

Reihe: Gesellschaft – Entwicklung – Politik (GEP)

Band 14

ReihenherausgeberInnen:

Manuela Boatcă

Petra Dannecker

Birgit Englert

Gerald Faschingeder

Johannes Jäger

Helmut Krieger

Rudy Weissenbacher

für den

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten

Sensengasse 3, A-1090-Wien

T. +43-1-317 40 17

www.mattersburgerkreis.at/gep

office@mattersburgerkreis.at

Johannes Jäger, Elisabeth Springler

**Ökonomie der
internationalen Entwicklung**

**Eine kritische Einführung in die
Volkswirtschaftslehre**

mandelbaum *verlag*

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Johannes Jäger, Elisabeth Springler
Ökonomie der internationalen Entwicklung
Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre
Mandelbaum 2015
ISBN: 978385476-386-4
0101 deutsche buecherei

1. Auflage 2012, 2. Auflage 2013, 3. Auflage 2015
© 2015 Mandelbaum Verlag / Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten
Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Gabriele Habinger, Carola Köhler
Korrekturat: Günter Strauch
Satz: Bettina Köhler
Grafiken: Bettina Köhler
Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Umschlagfoto: Alex Zyuzikov,
alex@redspherestudios.com,
www.redspherestudios.com
Produktionsleitung: Bettina Köhler
Druck: Prime Rate, Budapest

gefördert durch die

Österreichische
 Entwicklungszusammenarbeit

WIEN
KULTUR



Inhalt

Ökonomie der internationalen Entwicklung: Eine Einleitung	7
TEIL 1 GRUNDLEGUNGEN	13
1. Zugänge zum ökonomischen Denken	14
2. Die zentralen Paradigmen im Überblick	36
2.1 Neoklassik	37
2.2 Keynesianismus	54
2.3 Politische Ökonomie	69
Vertiefung: Gender und feministische Ökonomie (Karin Schönpflug)	96
Vertiefung: Formen der Arbeitsorganisation (Markus Aunger)	103
TEIL 2 ZENTRALE ÖKONOMISCHE THEMENFELDER	107
3. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft	108
3.1 Neoklassik	109
3.2 Keynesianismus	123
3.3 Politische Ökonomie	137
Vertiefung: Europäische Integration und Staatlichkeit (Hans-Jürgen Bieling)	152
4. Wachstum, Entwicklung und Krise	157
4.1 Neoklassik	163
4.2 Keynesianismus	175
4.3 Politische Ökonomie	193
Vertiefung: Ökonomischer Wohlstand und seine Messung (Wolfgang Fellner)	216
Vertiefung: Ressourcenpolitik (Ulrich Brand)	221
Vertiefung: Klimawandel (Markus Wissen)	230

5. Ungleichheit und Verteilung	234
5.1 Neoklassik	236
5.2 Keynesianismus	243
5.3 Politische Ökonomie	251
Vertiefung: Entwicklung von Ungleichheit und Verteilungspolitik (Martin Schürz)	267
Vertiefung: Agrarpolitik am Beispiel des Hungers (Franziskus Forster, Lukas Baar)	273
6. Geld und das Finanzsystem	278
6.1 Neoklassik	279
6.2 Keynesianismus	297
6.3 Politische Ökonomie	311
Vertiefung: Die Finanzkrise von 2007 bis 2009 (Christoph Scherrer)	327
7. Die Geographie globaler Ökonomie	331
7.1 Neoklassik	334
7.2 Keynesianismus	342
7.3 Politische Ökonomie	354
Vertiefung: Arbeitsrechte, Handel und Entwicklung (Christoph Scherrer)	370
Vertiefung: Der Aufstieg der BRIC-Staaten im Weltsystem (Stefan Schmalz)	376
AutorInnen	379

Ökonomie der internationalen Entwicklung: Eine Einleitung

„The ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else. Practical men, who believe themselves to be quite exempt from any intellectual influence, are usually the slaves of some defunct economist.“ (John Maynard Keynes)

Genauso wie wirtschaftspolitische Fragen meist umstritten sind, lassen sich auch wirtschaftliche Theorien häufig durch sehr widersprüchliche Argumente charakterisieren. Ziel dieser *kritischen Einführung in die Ökonomie* ist es deshalb, auf knappem Raum unterschiedliche Sichtweisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge darzulegen und damit die Basis für ein differenziertes Verständnis von Ökonomie und wirtschaftspolitischen Debatten zu liefern. In Zeiten einer integrierten Weltwirtschaft, rascher Veränderungen und internationaler Krisen liegt es nahe, Wirtschaft in ihrer internationalen Dimension in den Mittelpunkt zu stellen, anstatt wie gehabt meist nationale Ökonomien isoliert zu betrachten. Miteinander asymmetrisch verbundene Entwicklungen und Veränderungen in Nord und Süd, die auf globaler sowie zwischen nationaler und regionaler Ebene stattfinden, stellen somit einen zentralen Bezugspunkt dar. Daher der Titel des Buches: *Ökonomie der internationalen Entwicklung*.

Für die wissenschaftliche Analyse der ökonomischen bzw. wirtschaftlichen Zusammenhänge sind die Begriffe Volkswirtschaftslehre und Nationalökonomie auch heute noch sehr weit verbreitet – schließlich war der Nationalstaat für lange Zeit ein wichtiger Fokus ökonomischer Analysen und ist dies oft noch immer. Wir geben in diesem Buch jedoch dem gebräuchlichen Begriff *Ökonomie* den Vorzug, da dieser sich nicht explizit auf den Nationalstaat bezieht.

Ziele des Buches

Ein vorrangiges Ziel dieses Buches besteht darin, eine *kritische* – und *möglichst verständliche* – *Einführung in ökonomisches Denken* sowie eine Darstellung unterschiedlicher Zugänge zu diesem zu liefern. Den Kern wirtschaftswissenschaftlichen Interesses bildet die Frage, wer wie für wen (und warum) produziert. Damit stehen der Vorgang der Produktion, also die Transformation von Natur durch menschliche Arbeit, sowie die Verteilung des Reichtums und der Güter im Mittelpunkt. Produktion und Verteilung sind und waren gesellschaftlich sehr unterschiedlich organisiert. Auch gibt es in der ökonomischen Wissenschaft sehr unterschiedliche Perspektiven darauf, wie einerseits das Funktionieren von Wirtschaft erklärt wird und wie andererseits Wirtschaft organisiert sein soll.

Ein weiteres Ziel dieses Buches ist es, *aktuelle Entwicklungen und wichtige Kernfragen* der Ökonomie in den Bereichen Wachstum, Verteilung sowie Geld- und Finanzmärkte darzustellen. Diese werden in diesem Band nicht, wie häufig üblich, nur aus einer einzigen Perspektive betrachtet. Vielmehr werden systematisch zentrale – und in der Regel konträre – Zugänge einander gegenübergestellt. Dabei werden die jeweiligen Grundannahmen herausgearbeitet, deren Stärken benannt und Schwächen offengelegt. Außerdem werden die mit den einzelnen Perspektiven verbundenen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen und Implikationen explizit aufgezeigt. Überdies wird gefragt, warum es diese unterschiedlichen Positionen gibt und in welchem historischen Kontext sie entstehen konnten. Damit soll dem/der mündigen LeserIn die Möglichkeit geboten werden, sich selbst ein differenziertes Bild der Ökonomie zu machen.

Zentrale Herangehensweisen

Grundsätzlich unterschiedliche Sichtweisen werden als *wissenschaftliche Paradigmen* bezeichnet. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Perspektiven auf Realität oder auch „Brillen“, die als verschiedene Formen von Abstraktionen begriffen werden können. Sie können sowohl über den Alltagsverstand konstruiert sein als auch wissenschaftliche Zugänge darstellen. Ein Verständnis von ökonomischen Phänomenen ohne „Brille“ bzw. Perspektive ist nicht möglich. Ein Interpretations- und Ordnungsrahmen zur Wahrnehmung und für das Verständnis der ökonomischen Realität ist unerlässlich. Es ist daher umso wichtiger, sich der Perspektivenhaftigkeit des eigenen Blickwinkels auf Ökonomie bewusst zu sein. Nur so kann eine systematische, kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit ökonomischen Phänomenen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen erfolgen. Das übersichtliche Aufzeigen unterschiedlicher Sichtweisen bzw. Paradigmen und der damit verbun-

denen Implikationen ist die Basis für eine eigenständige Auseinandersetzung mit ökonomischen Fragen und stellt daher die zentrale Herangehensweise in diesem Buch dar.

Generell können heute drei wichtige Paradigmen bzw. Hauptströmungen ökonomischen Denkens ausgemacht werden: die *Neoklassik*, der *Keynesianismus* und die *Politische Ökonomie*. Diese unterscheiden sich bezüglich ihres Fokus auf unterschiedliche ökonomische Phänomene bzw. Aspekte sowie in ihrer Herangehensweise. Die einzelnen Paradigmen werden – auch dies ein besonderer Aspekt des vorliegenden Buches – parallel dargestellt, sodass die grundsätzlichen Perspektiven und Herangehensweisen zu einzelnen Themenbereichen *direkt vergleichbar* werden.

Die konkrete Ausrichtung und Länge der Darstellung der einzelnen Perspektiven variiert zwischen den Kapiteln, da diese bei der „Erklärung der ökonomischen Welt“ unterschiedliche Schwerpunkte setzen, deren Darstellung mal mehr, mal weniger Raum einnimmt. Da die neoklassische Perspektive einen universalistischen Anspruch hat, ist hier im Vergleich zum institutionalistischen und historischen Fokus im keynesianischen und vor allem im politökonomischen Paradigma die Notwendigkeit für detailliertere Ausführungen – beispielsweise zu Unterschieden in „entwickelten“ und „weniger entwickelten“ Ländern – weniger gegeben. Bei den einzelnen Themenfeldern wird die Sicht der Paradigmen auf spezifische Aspekte anschaulich dargestellt. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf der jeweiligen *Gesamtsicht*. Auf eine ausgeprägt kontroverse Diskussion innerhalb der Paradigmen wird daher zugunsten der besseren Übersichtlichkeit weitgehend verzichtet. Generell werden die einzelnen Paradigmen aus ihrer eigenen Logik heraus dargestellt, wodurch sich die Zugänge gegenseitig relativieren.

Den Ausgangspunkt der Darstellungen in den jeweiligen Kapiteln bildet das neoklassische Paradigma. Dies nicht nur deshalb, weil es weite Verbreitung findet und daher auch als ökonomischer *Mainstream* – ja, von manchen sogar als „die“ ökonomische Theorie – bezeichnet wird, sondern auch, weil es in der Neoklassik kaum explizite Bezüge zum Keynesianismus oder zur Politischen Ökonomie gibt und es sich daher als Ausgangspunkt gut eignet. Anders ist der Fall im keynesianischen Paradigma. Dessen wesentliches Element ist ein expliziter und kritischer Bezug zum neoklassischen Paradigma, weshalb der Keynesianismus im Anschluss an die Neoklassik dargestellt wird. Die Politische Ökonomie hingegen stellt das sozialwissenschaftlich breiteste Paradigma in der Ökonomie dar. Allerdings gibt es nur in Ausnahmefällen Querverweise zur Neoklassik, an einigen Stellen bezieht sie sich jedoch auf Elemente des keynesianischen Paradigmas. Daher wird die Politische Ökonomie an dritter Stelle erläutert.

In jedem Kapitel werden neben den theoretischen Zugängen immer auch empirische Bezüge hergestellt und praktische Beispiele angeführt. Das trägt nicht nur dazu bei, das Verständnis für die einzelnen Perspektiven zu vertiefen, sondern vermittelt auch systematisch Wissen über zentrale wirtschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen. Auf diese Weise wird den theoretischen Zugängen „Leben eingehaucht“, und ihre praktischen Implikationen werden dadurch anschaulicher und besser greifbar.

Übersicht

Der Band ist in zwei Hauptteile gegliedert. In einem *ersten Teil* werden allgemeine theoretische Grundlagen erläutert: Im *ersten Kapitel* wird dabei aufgezeigt, welche Erklärungen es für die Existenz der unterschiedlichen Paradigmen gibt. In diesem Zusammenhang erfolgt ein sehr knapper historischer Abriss der Entwicklung ökonomischen Denkens und der Herausbildung von unterschiedlichen Paradigmen. Explizit wird dabei auf die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Fundierungen, auf denen die einzelnen Paradigmen fußen, Bezug genommen. Darauf aufbauend werden auch die Unterschiede in der methodologischen Herangehensweise dargestellt.

Im *zweiten Kapitel* werden die drei heute zentralen *Paradigmen im Überblick* dargestellt. Insbesondere wird auf die unterschiedlichen Perspektiven und Annahmen, die Ziele und Herangehensweisen sowie die wirtschaftspolitischen Implikationen eingegangen. Dabei erfolgt weniger eine besonders ausführliche Diskussion der unterschiedlichen Positionen und Facetten innerhalb der Paradigmen. Vielmehr werden diese vereinfacht dargestellt, um den jeweiligen Kern der unterschiedlichen Denkweisen begreifbar zu machen.

Aufbauend darauf werden in einem *zweiten Teil* zentrale ökonomische Themenfelder jeweils aus der Perspektive der drei Paradigmen Neoklassik, Keynesianismus und Politische Ökonomie gesondert behandelt: Zu Beginn dieses Teils erfolgt im *dritten Kapitel* zunächst eine systematische Gegenüberstellung der einzelnen Paradigmen im Hinblick auf ihre Aussagen zur *Rolle des Staates und der Politik* in der bzw. für die Ökonomie. Dies ist zentral, um die grundsätzlich unterschiedlichen Zugangsweisen der einzelnen Paradigmen zur Frage der Bestimmungsgründe für Politik und zur Rolle von Wirtschaftspolitik zu erkennen. Darauf aufbauend werden die folgenden Kapitel, die jeweils spezifische ökonomische Themenbereiche und Fragestellungen in den Mittelpunkt rücken, besser verständlich.

Das *vierte Kapitel* beschäftigt sich unter dem Titel *Wachstum, Entwicklung und Krise* mit einem wichtigen und umfassenden Themenbereich in der Ökonomie, nämlich der Frage nach dem Wohlstand und seiner Veränderung.

Dieser wird meist mit der Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen gemessen. Aufbauend auf einer kritischen Analyse dieser Vorstellung steht die Frage nach den Ursachen von Wohlstand, Wachstum, Entwicklung und Krise im Vordergrund. Die Antworten darauf fallen in den einzelnen Paradigmen zum Teil sehr unterschiedlich aus.

Die Frage nach der *ungleichen Verteilung* des Wohlstands, das heißt von Einkommen und Vermögen, steht im Zentrum des *fünften Kapitels*. Überdies wird analysiert, welche Verteilungsmuster in den einzelnen Paradigmen als wünschenswert erachtet werden und welche Implikationen bestimmte Verteilungsmuster auf andere ökonomische Phänomene, wie etwa Wachstum, haben.

Im *sechsten Kapitel* wird schließlich der *Rolle des Geldes und der Finanzmärkte* in der Ökonomie nachgegangen. Auch hier zeigen sich fundamentale Unterschiede in der Sichtweise der einzelnen Paradigmen auf die Frage, was Geld ist, wie der Finanzsektor organisiert sein soll, was Geldpolitik machen kann, worauf sie ausgerichtet und wie diese ausgestaltet sein soll.

Das abschließende *siebte Kapitel* beschäftigt sich mit der *Geographie der globalen Ökonomie*, das heißt, die räumliche Dimension ökonomischer Aktivitäten wird konkret analysiert. Dabei wird sehr stark auf die internationale Ebene eingegangen, die mit anderen räumlichen Ebenen, wie etwa der regionalen oder nationalen, in Verbindung gebracht wird. Die drei Paradigmen liefern sehr unterschiedliche Erklärungen für die Ungleichheiten, die auf globaler, nationaler und lokaler Ebene beobachtet werden können. Daraus ergeben sich divergierende wirtschaftspolitische Implikationen.

Ergänzend werden am Ende jedes Kapitels wichtige aktuelle Themenbereiche gesondert in kurzen prägnanten Texten (*Vertiefungen*) aufgearbeitet. Dabei werden in der Regel – auf knappen Raum kondensiert – die Perspektiven der unterschiedlichen Paradigmen zu konkreten Phänomenen bzw. wirtschaftspolitischen Fragestellungen einander gegenübergestellt. So werden im direkten Vergleich jeweils deren Potenziale, aber auch deren Beschränkungen sichtbar.

Danksagung

Die Erstellung dieses Buches und seine hohe Qualität bezogen auf Inhalte und Lesbarkeit wären ohne die tatkräftige Unterstützung einer Vielzahl von Menschen nicht möglich gewesen.

Auch wenn hier nicht alle genannt werden können, so sollen doch jene angeführt werden, die sich besonders aktiv an Diskussionen zur Konzeption des Buches beteiligt, Rückmeldungen zu Texten gegeben und damit wertvolle Beiträge geleistet haben: Gilbert Ahamer, Joachim Becker, Manuela Boatca,

Anja Breitwieser, Alejandro Cuñat, Petra Dannecker, Birgit Englert, Gerald Faschingeder, Helmut Krieger, Wolfram Schaffar, Tino Stonisch und Rudy Weissenbacher.

Besonders bedanken möchten wir uns auch bei all jenen, die bereit waren, für dieses Buch im Rahmen der *Vertiefungstexte* wichtige aktuelle Themenbereiche einerseits knapp und andererseits wissenschaftlich fundiert aufzubereiten: Markus Auinger, Lukas Baar, Hans-Jürgen Bieling, Ulrich Brand, Wolfgang Fellner, Franziskus Forster, Christoph Scherrer, Stefan Schmalz, Karin Schönpflug, Martin Schürz und Markus Wissen.

Ökonomie wird zu Recht häufig als sperrig und schwer verständlich wahrgenommen. In diesem Buch wird jedoch der Versuch unternommen, ökonomische Zugänge möglichst nachvollziehbar und einfach darzustellen. Dies hat sich als alles andere als einfach herausgestellt. Besonderes bedanken möchten wir uns daher bei Bettina Köhler für die gesamte Produktionsleitung, die umsichtige und herausragende Betreuung, die Bearbeitung der Texte, die Koordination des Lektorats und die Erstellung des Layouts. Aber auch Günter Strauch für das gewissenhafte Erstlektorat der Texte und die finale Kontrolle der Druckfahnen sowie den beiden Lektorinnen Gabriele Habinger und Carola Köhler, die sich sehr darum bemüht haben, die grundlegende Verständlichkeit der Texte zu verbessern, möchten wir herzlich danken.

Ohne die entsprechende materielle Basis wäre die Erstellung des Buches nicht möglich gewesen. Für die äußerst großzügige Unterstützung des Buchprojektes seitens der Fachhochschule des bfi Wien durch Geschäftsführer Helmut Holzinger sowie für die Förderung durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit sowie die Kulturabteilung der Stadt Wien (MA7) möchten wir uns daher an dieser Stelle ebenso ausdrücklich bedanken.

Johannes Jäger, Elisabeth Springler

Teil 1 Grundlagen

1

Zugänge zum ökonomischen Denken

Ökonomie kann nicht unmittelbar erfahren werden, sondern es bedarf bestimmter Perspektiven bzw. „Brillen“, um wirtschaftliche Vorgänge wahrnehmen und erklären zu können. Gemeinhin wird in gängigen Lehrbüchern die Frage nach unterschiedlichen Perspektiven mit dem Verweis auf verschiedene Annahmen und unterschiedliche Erkenntnisinteressen abgetan (vgl. Mankiw/Taylor 2011: 21). Dies greift jedoch zu kurz. Vielmehr sind unterschiedliche Formen der systematischen Erfassung ökonomischer Phänomene einerseits historisch vor dem Hintergrund spezifischer ökonomischer Probleme und gesellschaftlicher Interessenslagen zu verstehen, andererseits basieren unterschiedliche Herangehensweisen auch auf unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Zugängen, woraus sich auch jeweils spezifische methodologische Implikationen, also Auswirkungen auf die Vorgangsweise bei der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung, ergeben.

In diesem Kapitel erfolgt daher im Anschluss an die Ausführung zu den grundsätzlichen Ursachen der Existenz unterschiedlicher Paradigmen in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit ökonomischen Fragen eine knappe Darstellung der Genese des ökonomischen Denkens. Damit können die heute wichtigen Paradigmen vor dem Hintergrund ihres historischen Entstehungskontexts und im Hinblick auf ihre Beziehungen zueinander begreifbar werden. Im Anschluss daran erfolgt eine systematische Gegenüberstellung zentraler wissenschaftstheoretischer Grundlagen. Wesentliche Unterschiede zwischen den grundsätzlich unterschiedlichen Zugängen in der ökonomischen Analyse ergeben sich nämlich nicht zuletzt daraus, dass diese auf verschiedenen wissenschaftstheoretischen Fundamenten aufbauen. In der Darstellung wird herausgearbeitet, welche erkenntnistheoretischen und methodologischen Unterschiede in den Herangehensweisen auf diese unterschiedlichen metatheoretischen Fundamente zurückzuführen sind.

1.1 Gründe für die Existenz verschiedener Paradigmen

Das Vorhandensein unterschiedlicher Formen des systematischen Nachdenkens über Ökonomie lässt sich zuallererst *historisch begreifen*. Unterschiedliche historische Kontexte haben unterschiedliche gesellschaftliche Problemstellungen und Fragen und damit zusammenhängend auch unterschiedliche theoretische Zugänge und Theorien hervorgebracht. Paradigmen können dabei als grundsätzliche Zugänge zur Welt verstanden werden und Theorien als Spezifizierungen, die die zentralen Annahmen der Ersteren für konkrete Fragestellungen ausformulieren. Vor diesem Hintergrund gibt es einerseits die Vorstellung, dass es sich dabei um eine historisch lineare Abfolge von Paradigmen handelt, wo ein neues das jeweils vorhergehende ablöst, und ein wissenschaftlicher Fortschritt auszumachen sei. Thomas Kuhn (1969) – der wesentlich den *Begriff des Paradigmas* in der Wissenschaftstheorie geprägt hat – hat aufgezeigt, dass häufig ein Paradigma dann aufgegeben wird, wenn es zunehmend schwieriger wird, mit dessen Hilfe sinnvolle Erklärungen zu finden, bzw. wenn viele „Anomalien“ auftreten und alternative Zugänge „bessere“ Erklärungen für die aufgeworfenen Fragen ermöglichen. Andererseits wird auch darauf hingewiesen, dass historisch (und auch heute) in der Regel nicht ein einziges Paradigma in einer Wissenschaft vorherrschend ist, sondern häufig mehrere gleichzeitig als Zugänge verwendet werden. Diese Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Erklärungsansätzen wird in vielen Wissenschaften als normal erachtet. So würde zum Beispiel in der Betriebswirtschaftslehre kaum jemand auf die Idee kommen, alle betriebswirtschaftlichen Phänomene im Rahmen einer einzigen Perspektive zu analysieren. Vielmehr zeigt sich, dass etwa zahlreiche Managementtheorien, die auf völlig unterschiedlichen Zugängen basieren, parallel nebeneinander stehen. Je nach Phänomen und *Erkenntnisinteresse* finden jeweils unterschiedliche Zugänge ihre Anwendung und Fortentwicklung. Es wäre daher problematisch anzunehmen, dass bei einem so komplexen Phänomen wie der Ökonomie ein einziges Paradigma alle Fragen ausreichend und bestmöglich erklären könnte, wenn bereits für das Verständnis der vergleichsweise geringeren Komplexität eines Betriebes zahlreiche Paradigmen Verwendung finden. Es erscheint somit als nicht besonders sinnvoll zu versuchen, eine Vielzahl unterschiedlichster Fragen im Rahmen nur eines Zugangs zu beantworten. Überdies werden manche Fragen in bestimmten Perspektiven gar nicht thematisiert. Wie auch in anderen Wissenschaften üblich, wird je nach Erkenntnisinteresse ein adäquates Erklärungsmodell verwendet. In der Physik ist zum Beispiel die Newtonsche Mechanik zentral für die Frage nach Konstruktionsprinzipien für Maschinen, die Theorie der schwachen Kernkräfte hingegen für das Verständnis der Kernfusion. In der Ökonomie eignet sich das neoklassische Paradigma etwa, um zu erklären, warum sich der Preis

für Kaffee ändert, wenn es zu einer schlechten Ernte kommt. Das keynesianische Paradigma kann zum Beispiel aufzeigen, wie Arbeitslosigkeit entsteht. Die Politische Ökonomie hingegen kann erklären, warum im Kapitalismus Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt sind.

Heute ist das neoklassische Paradigma in der ökonomischen Wissenschaft am weitesten verbreitet und wird daher auch als *Mainstream* bzw. Hauptströmung in der Ökonomie bezeichnet. Insbesondere VertreterInnen neuerer neoklassischer Zugänge, die bestimmte traditionelle Annahmen verändern, bevorzugen den Begriff *Mainstream*, um auf den Unterschied – etwa zur traditionellen neoklassischen Gleichgewichtstheorie – hinzuweisen. Obwohl keynesianische und politökonomische Theorien nicht zuletzt im Zuge der großen Krise ab 2008 wieder vermehrt Verbreitung gefunden haben, besteht nach wie vor eine Dominanz von Strömungen, die in der Neoklassik verortet werden können. Es gilt daher zu fragen, warum dies so ist, welche Entwicklungen dazu geführt haben und welche Implikationen damit verbunden sind. Auch zeigt sich, dass einzelne ÖkonomInnen primär innerhalb eines Paradigmas arbeiten. Vor diesem Hintergrund muss darauf hingewiesen werden, dass in der Regel die eigene Sichtweise als überlegen erachtet wird und versucht wird, diese über spezifische Argumentationslinien abzusichern. So stellen etwa manche VertreterInnen des *Mainstreams* ihr Paradigma als logische Fortsetzung einer linearen historischen Theorienentwicklung dar, um andere Zugänge als außerhalb der von ihnen eng definierten ökonomischen Disziplin stehend abzuwerten. Im Gegenzug werfen VertreterInnen der Politischen Ökonomie dem *Mainstream* vor, dass das neoklassische Paradigma gesellschaftliche Verteilungs- und Machtfragen systematisch ausblendet und dadurch tendenziell legitimierend für den Status quo der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen wirkt. Es gibt somit innerhalb der Disziplin Ökonomie Auseinandersetzungen zwischen VertreterInnen unterschiedlicher Paradigmen, die darauf abzielen, die eigene Position aufzuwerten und den eigenen Einfluss zu steigern. Auch wenn diese Diskussionen innerhalb der Ökonomie relativ isoliert von breiteren gesellschaftlichen Entwicklungen ablaufen, ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass diese nur vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Prozesse zu verstehen sind. Dies wird in der Analyse der theoriegeschichtlichen Entwicklungen besonders deutlich. So ist es sicher kein Zufall, dass die Theorie über die Segnungen des Freihandels bereits im klassischen Paradigma der Politischen Ökonomie in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts von David Ricardo formuliert wurde. In den damals vergleichsweise wirtschaftlich weniger entwickelten und damit weniger industriell konkurrenzfähigen Ökonomien wie in den USA oder in Deutschland entstanden hingegen andere Paradigmen. So wurde beispielsweise von Alexander Hamilton in den USA oder

Friedrich List im Rahmen der Historischen Schule in Deutschland die Problematik des ungehinderten Handels für nachholende Entwicklungsprozesse aufgezeigt und es wurden entsprechende zum Freihandel konträre wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet.

In diesem Teil wurden einige wichtige Gründe dafür angesprochen, warum in der Volkswirtschaftslehre unterschiedliche Paradigmen vorhanden sind. Im folgenden Teil werden zentrale Zugänge im Kontext ihrer jeweiligen historischen Entstehung knapp dargestellt. Damit können die heute noch verbreiteten Zugänge und ihre historischen Wurzeln besser verstanden und nachvollzogen werden.

1.2 Historische Genese ökonomischen Denkens

Das Wort Ökonomie stammt etymologisch vom altgriechischen Wort *oikos*, was so viel wie ganzes Haus oder Hauswirtschaft bedeutet. Schon in der Antike wurde die Frage nach der adäquaten Organisation der Hauswirtschaft gestellt. Auch im ausgehenden Mittelalter war die Auseinandersetzung mit der gerechten Organisation der Wirtschaft im Rahmen der Scholastik ein wichtiges Thema. Mit dem Erstarken des Handelskapitals im 16. und 17. Jahrhundert wurde die Rolle des Außenhandels für die Staatsfinanzen ein wichtiger Gegenstand ökonomischer Theoriebildung. Damit etablierte sich der Merkantilismus. Auch die Physiokraten Anfang des 18. Jahrhunderts besaßen ein historisch wichtiges Paradigma, welches insbesondere die Rolle der produktiven Landwirtschaft und damit die Bedeutung der natürlichen Ressourcen als Quelle des Reichtums betonte. Politisch versuchten sie damit die traditionelle Klasse der LandbesitzerInnen, den Adel, zu stützen.

Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts entstand die *Klassische Politische Ökonomie*. Diese stellt eine Gesellschaftswissenschaft dar, die sich gegen die alte feudale Ordnung wandte und argumentiert, dass kapitalistische Akkumulation und Märkte durchaus geeignet sein können, um gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Frage nach den Ursachen der langfristigen ökonomischen Entwicklungsdynamiken. Als zentral dafür wurde die Akkumulation erachtet, also die Anhäufung von Kapital. Während Adam Smith (1991 [1776]) in *Wealth of Nations* bezüglich der Wachstumsdynamik des Kapitalismus noch recht optimistisch war, ging David Ricardo (1997 [1817]) in seinen *Principles of Political Economy and Taxation* aufgrund der Knappheit von gutem Land und basierend auf seiner Rententheorie von langfristigen Stagnationstendenzen im Kapitalismus aus. Freihandel, also internationaler Handel, der nicht durch Handelshemmnisse wie Zölle eingeschränkt wird, war für ihn eine Lösung, um diesen Stagnationstendenzen zumindest mittelfristig entgegenzuwirken. Überdies

entwickelte er das Konzept des komparativen Vorteiles, wobei er argumentierte, dass Handel und Spezialisierung zwischen zwei Ländern auch dann insgesamt vorteilhaft seien, wenn sich diese auf die Produktion spezialisierten, bei der sie einen relativen Kostenvorteil haben. Im konkreten historischen Kontext empfahl Ricardo den freien Import von Lebensmitteln und argumentierte, gestützt auf seine Theorie, auch gegen die „Corn Laws“, die Importbeschränkungen für Nahrungsmittel vorsahen. Insgesamt zeigte sich dieses Paradigma der Klassischen Politischen Ökonomie, bei aller Widersprüchlichkeit, durchaus geeignet, um die Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie in England nach mehr ökonomischer Freiheit zu stützen und die alte feudale Ordnung zu untergraben.

Während in England vor allem die Klassische Politische Ökonomie stark war, welche, abgeleitet aus ihrem theoretischen Zugang, die Bedeutung von Freihandel betonte, wurden in Deutschland und Österreich ökonomische Fragen primär innerhalb der *Historischen Schule* behandelt. Innerhalb dieses Zugangs wurde betont, dass ökonomische Phänomene und ökonomisches Handeln nicht allein deduktiv aus Gesetzen ableitbar, sondern vor dem Hintergrund spezifischer historischer Institutionen und Konfigurationen zu begreifen sind. Das Augenmerk wurde insbesondere auch auf Prozesse und Fragen der „nachholenden Entwicklung“ und des internationalen Handels gerichtet. In diesem Zusammenhang formulierte Friedrich List in Anlehnung an Alexander Hamilton das „Schutzzollargument“. Damit wurde argumentiert, dass wirtschaftlich rückständigere Ökonomien durch staatliche Maßnahmen, wie beispielsweise Zölle, ihre im Aufbau befindlichen Industrien fördern könnten (List 2008 [1841]). Die methodische Zugangsweise der Historischen Schule wurde in der Auseinandersetzung mit dem neoklassischen Paradigma im sogenannten Methodenstreit (siehe unten) besonders deutlich.

Neben den alternativen Ansätzen der Historischen Schule wurde eine *Kritik der Klassischen Politischen Ökonomie* von Karl Marx zuerst 1858 systematisch in den *Grundrissen* formuliert. 1867 erschien der erste von drei Bänden des *Kapitals*, das den Untertitel *Kritik der Politischen Ökonomie* trägt (Marx 1983 [1867]). Dabei übernahm er den analytischen Kern der Klassischen Politischen Ökonomie. Dazu zählt die Zentralität von Klassen, wobei Marx allerdings eine stärker antagonistische Sichtweise vertrat. Während Adam Smith und David Ricardo noch den zum Überleben ausreichenden Subsistenzlohn als Selbstverständlichkeit bzw. natürlich erachteten und daher den weitgehenden Ausschluss der ArbeiterInnen von der Mehrung des Wohlstandes hinnahmen, wurde dies von Marx problematisiert und als Ausbeutung bezeichnet, die zu Verelendung führe. Er kritisierte damit auch die äußerst ungleiche Struktur der Verteilung der Früchte der Entwicklung der Produktivkräfte explizit aufgrund

ihrer zugrundeliegenden Herrschaftsstruktur. Damit hatte sich Karl Marx der damals vorherrschenden ökonomischen Argumentationsweise bedient und innerhalb dieses Paradigmas eine grundsätzliche Kritik formuliert. Diese wurde von der aufstrebenden ArbeiterInnenbewegung aufgegriffen, welche damit ihre Forderungen, zum Beispiel jene nach einer Verkürzung des Arbeitstages, dem Verbot von Kinderarbeit oder aber nach einer gänzlich anderen gesellschaftlichen Organisation von Produktion und Verteilung, wissenschaftlich legitimieren konnte.

Das bis dahin in der Ökonomie vorherrschende klassische Paradigma verlor somit an Legitimationskraft für kapitalistische Entwicklung im Sinne der Bourgeoisie. Damit war der Bedarf für einen alternativen Zugang gegeben, welcher für die Rechtfertigung bestehender dominanter ökonomischer Interessen bzw. der der Bourgeoisie besser geeignet war. Das ab den 1870er Jahren sich etablierende *neoklassische Paradigma* konnte diesen Anspruch erfüllen und verdrängte mit den 1890 erscheinenden *Principles of Economics* von Alfred Marshall (1997) die Klassische Politische Ökonomie weitgehend. Im Zuge dieses Prozesses fand auch die Institutionalisierung der Ökonomie an den Universitäten statt. Die neu geschaffenen Lehrstühle wurden in vielen Fällen mit VertreterInnen der Neoklassik besetzt, wodurch die Klassische Politische Ökonomie und auch die Historische Schule im akademischen Bereich weitgehend an den Rand gedrängt wurden. Im neoklassischen Zugang war eine Bezugnahme auf die Kategorie Klassen verschwunden. An deren Stelle traten die Kategorie Haushalte bzw. Individuen und Firmen. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive wurde somit durch einen „*methodologischen Individualismus*“ (die Vorstellung, dass alle ökonomischen Phänomene durch das Handeln von Individuen erklärt werden können) und das Konzept des „Homo oeconomicus“ (die Vorstellung des den Eigennutzen maximierenden Subjekts) ersetzt. Überdies wurde die Ökonomie im Sinne einer „reinen Ökonomie“ strikt von Politik getrennt und als völlig eigenständige Sphäre behandelt (vgl. Screpanti/Zamagni 2005: 165ff).

Die unterschiedlichen Positionen in der Auseinandersetzung zwischen der Historischen Schule und der Neoklassik wurden Ende des 19. Jahrhunderts im sogenannten *Methodenstreit* in der Nationalökonomie besonders deutlich. Der bekannte Disput fand zwischen Carl Menger, einem wichtigen Vertreter des frühen neoklassischen Paradigmas, der sogenannten Österreichischen Schule, und Gustav von Schmoller, einem Vertreter der Historischen Schule, statt. Menger argumentierte, dass alle ökonomischen Phänomene ausgehend vom Individuum mit seinen gegebenen Präferenzen, die nicht hinterfragt zu werden brauchten, verstanden werden müssten. Deduktiv sollten nun auf Basis dieser gegebenen Präferenzen und einer unterstellten rationalen Nutzenmaxi-

mierung ökonomisches Handeln und in der Folge die Interaktion über Märkte erklärt und damit alle ökonomischen Phänomene verstanden werden. Dem hielt Schmoller entgegen, dass es keine unveränderlichen Gesetze des Handelns gäbe. Ökonomie – und auch individuelles Handeln – verändern sich historisch und müssten als gesellschaftliche Phänomene verstanden und erklärt werden. Diese unterschiedlichen Zugänge wurden nicht zuletzt deshalb besonders erbittert vertreten, weil sich aus den jeweiligen Paradigmen auch stark voneinander abweichende wirtschaftspolitische Implikationen ableiten ließen. VertreterInnen der Historischen Schule forderten eine aktive Staatsintervention in wirtschaftliches Geschehen und zum Teil auch die Einführung von ArbeiterInnenrechten. Hingegen propagierten VertreterInnen der Neoklassik eine Laissez-faire-Politik, sie plädierten also für ein weitgehend unreguliertes Walten der Märkte und den Verzicht auf direkte staatliche Steuerung.

Nach der breiten Durchsetzung und Ausdifferenzierung des neoklassischen Paradigmas und der damit verbundenen Zurückdrängung anderer Paradigmen wurde dessen Vorherrschaft erst mit dem Aufkommen des *keynesianischen Paradigmas*, benannt nach John Maynard Keynes, in den 1930er Jahren auf breiter Basis in Frage gestellt. Entscheidend hierfür war das Scheitern der wirtschaftspolitischen Programme während der Wirtschaftskrise. Die neoklassisch inspirierte Laissez-faire-Politik fand ihren Ausdruck im Dogma des ausgeglichenen staatlichen Budgets sowie restriktiver Geldpolitik, die in der Krise der 1930er Jahre im Kontext der Deflation zu einem starken Anstieg der Realzinsen führte. Dies resultierte in einer massiven Verschärfung der Krise, womit der liberale Kapitalismus, die wirtschaftspolitische Umsetzung des neoklassischen Paradigmas sowohl in den USA als auch in Europa vorerst diskreditiert war. Politisch kam es angesichts der Krise zu einer Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte. Faschismus, aber auch linksradikale politische Bewegungen bedrohten potenziell die Stabilität der gesellschaftlichen Struktur und damit die Position der Bourgeoisie. John Maynard Keynes (1883–1946), Ökonom in Cambridge und Mitglied der Liberalen Partei in England, ging davon aus, dass die Lösung der Krise und damit eine Rettung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nur durch massive staatliche Intervention möglich wären. Er entwickelte vor diesem Hintergrund eine fundamental neue Sichtweise auf die Ökonomie.

Dieses neue Paradigma zeichnete sich dadurch aus, dass mit dem methodologischen Individualismus gebrochen wurde und ökonomische Aggregate wie Wirtschaftswachstum, Konsumverhalten, Arbeitslosigkeit und Zinssatz etc. für sich und in ihren Beziehungen untereinander analysiert wurden. Damit wurde ein neuer, nunmehr als makroökonomisch bezeichneter Zugang etabliert. Im Kern stand die Vorstellung, dass Ökonomie nicht – wie im neo-

klassischen Paradigma angenommen – optimal funktioniere, sondern dass sie zu Instabilität tendiere, da ökonomische Stagnationstendenzen vorherrschten. Staatsinterventionen zur Stabilisierung der Ökonomie und zur Erreichung von Vollbeschäftigung seien daher unerlässlich. Ab dem Zweiten Weltkrieg wurden diese keynesianische Sichtweise und die sich daraus ergebenden Politiken vor allem in Europa, aber auch in zahlreichen Ländern des Globalen Südens wirtschaftspolitisch handlungsleitend.

Auf zwei unterschiedlichen wissenschaftlichen Ebenen wollte man dem neuen Paradigma in der Folge entgegenwirken. Einerseits wurde in den 1930er Jahren versucht, das neoklassische Gedankengebäude auf ein breiteres Fundament zu stellen. Die *neoliberale Theorie*, verbunden mit Autoren wie August Hayek, wurde begründet, mit einer offensichtlichen wirtschaftspolitisch liberalen Stoßrichtung. Bereits kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges warnte Hayek vor einem ausufernden Wohlfahrtssystem und forderte eine Zurückdrängung des Staates. Neoliberale Theorie wurde zunächst im Rahmen der 1947 gegründeten Mont Pèlerin Society kultiviert. Dieses Forum der strategischen Vernetzung diente zudem als Basis für die Durchsetzung von neoliberalen Sichtweisen und liberaler Wirtschaftspolitik (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Mitglied dieses relativ kleinen Kreises waren neben ÖkonomInnen auch PhilosophInnen, einer der bekanntesten Karl Raimund Popper, der Begründer des Kritischen Rationalismus.

Andererseits wurden die theoretischen Grundlagen, die John Maynard Keynes 1937 (1964) im Rahmen seines Werkes *The General Theory of Employment, Interest, and Money* konzipiert hatte, bereits kurz nach dessen Erscheinen von der damals herrschenden ökonomischen Strömung, der Neoklassik, vereinnahmt und in das Investment-Saving/Liquidity-Money-Modell (kurz: IS/LM-Modell) (siehe Kapitel 6.1) integriert. Zentral dafür war der bereits 1937 durch John Hicks vorgelegte Aufsatz *Mr. Keynes and the 'Classics': A Suggested Interpretation*. In diesem Modell wird postuliert, dass sich eine Volkswirtschaft auf lange Sicht einem natürlichen Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf den Märkten annähere. Ein derartiges Gleichgewicht widerspricht jedoch grundlegend der Idee von Keynes, der von einem andauernden Prozess von Unterbeschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit ausging und die effektive Nachfrage als Angelpunkt weiterer notwendiger wirtschaftspolitischer Eingriffe in den Mittelpunkt rückte. Somit wurde versucht, Aspekte der keynesianischen Theorie in das neoklassische Paradigma zu integrieren, was später als neoklassische Synthese bezeichnet wurde. Davon heben sich jedoch *postkeynesianische* Weiterentwicklungen, die an die Grundgedanken von Keynes anknüpfen, ab. Die postkeynesianische Theorie geht im Gegensatz zur neoklassischen Synthese und wie auch Keynes von einem persistenten Ungleichgewicht aus

(Genauerer unter anderem bei Tsoulfidis 2010; Snowdon/Vane 2005). Wenn in diesem Band die „keynesianische Sichtweise“ als eine von drei zentralen ökonomischen Paradigmen dargestellt wird, dann wird in den nachfolgenden Kapiteln auf die postkeynesianische Weiterentwicklung dieser Strömung Bezug genommen.

Mit der von Keynes angestoßenen Debatte, die auch als „keynesianische Revolution“ bezeichnet wird, erhielt die ökonomische Diskussion eine neue Dynamik. Auch andere alternative Zugänge wurden weiterentwickelt. Einen wichtigen Ausgangspunkt bildete etwa das 1960 erschienene Buch *Production of Commodities by Means of Commodities* von Piero Sraffa, in dem der ursprünglich von David Ricardo entwickelte Zugang formalisiert wurde, welcher heute als *Neo-Ricardianismus* bekannt ist. Aufbauend auf Ricardo und Marx wurde damit eine konsistente Theorie der relativen Preise auf Basis der klassischen Arbeitswerttheorie, in der Werte auf die zugrundeliegenden Arbeitsinputs zurückgeführt werden, entwickelt. Dabei wurde im Unterschied zur Klassischen Politischen Ökonomie von den sozialen Verhältnissen abstrahiert, die Verteilung der Einkommen jedoch als von außen vorgegeben erachtet (Screpanti/Zamagni 2005: 441ff). In der als „Cambridge Controversy on Capital“ bekannten Auseinandersetzung wurde seitens KeynesianerInnen und Neo-RicardianerInnen der Neoklassik vorgeworfen, dass diese über eine nicht logisch konsistente Theorie der Verteilung der Einkommen verfüge (siehe Kapitel 5.2). Dieses Problem zeige sich nicht nur bei traditionellen ökonomischen Modellen, sondern auch beispielsweise bei neueren neoklassischen Wachstumsmodellen, die versuchen, die dynamische Entwicklung von Wirtschaft zu erklären (Fine 2006: 204ff). Entsprechend wurde die neoklassische Aussage, dass Einkommen von der Grenzproduktivität – das heißt, dem relativen zusätzlichen Beitrag zum Output eines Produktionsfaktors wie Arbeit oder Kapital – abhängen, als nicht haltbar erachtet. Ebenso wie auch im neo-ricardianischen Modell müsse eine bestimmte Verteilung der Produktionsfaktoren, eine sogenannte Ausgangsverteilung, vorausgesetzt werden bzw. eine außerökonomische Bestimmung der Löhne erfolgen, um in der Folge die Preise und die Verteilung der Einkommen bestimmen zu können. Somit seien die im neoklassischen Modell abgeleiteten Aussagen nicht haltbar (Hunt/Schwartz 1972: 19f).

Eine wichtige Weiterentwicklung innerhalb des neoklassischen Paradigmas war in den 1950er und 1960er Jahren die mit dem Namen Milton Friedman (1912–2006) verbundene *monetaristische Theorie*. Damit wendete er sich gegen eine aktive keynesianisch orientierte Geldpolitik und sprach sich für eine regelgebundene Politik, die vor allem die Inflation im Auge haben sollte, aus. Auch wenn teilweise keynesianische Argumente aufgegriffen wurden, so

standen die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen diesen diametral entgegen. Wirtschaftspolitische Umsetzung fanden monetaristische Politiken in den 1970er Jahren in Chile, beginnend mit der Diktatur von Augusto Pinochet, sie wurden aber ab 1979 auch für die US-Notenbank, die Federal Reserve, zumindest für einige Jahre handlungsleitend. Auch wenn das Ziel der Inflations-senkung zum Teil erreicht werden konnte, so geschah dies doch auf Kosten tiefer wirtschaftlicher Rezession.

Vorherrschend im neoklassischen Paradigma war bis in die 1970er Jahre die *allgemeine Gleichgewichtstheorie*. Diese versuchte zu erklären, warum Marktwirtschaften stabil seien und wirtschaftlich optimale Ergebnisse erbringen würden. Dies wurde basierend auf der Annahme perfekten Wettbewerbs, das heißt einer großen Anzahl von AnbieterInnen und NachfragerInnen, vollständiger Information, also dass alle MarktteilnehmerInnen immer über alle relevanten Informationen verfügen, und rationaler Entscheidungen zu zeigen versucht. In diesem Zusammenhang entstand die Theorie der rationalen Erwartungen. Damit sollte nachgewiesen werden, dass ein Gleichgewicht nicht nur stationär, also in einem Moment, vorliegen kann, sondern dass rationale, also im Schnitt richtige Entscheidungen auch über längere Zeit hinweg zu optimalen Ergebnissen führen, was auch mit der *Effizienzmarkthypothese* ausgedrückt wurde. Diese lieferte eine wichtige Legitimationsgrundlage für die in den 1970er Jahren einsetzende Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte. In der Tradition der allgemeinen Gleichgewichtstheorie stand auch das von Robert M. Solow entwickelte neoklassische Modell zur Erklärung von Wachstum. Auch der sogenannte *Neokeynesianismus* steht in der Tradition der allgemeinen Gleichgewichtstheorie. Hier wird basierend auf der Annahme nicht perfekter Märkte (monopolistischer Konkurrenz) davon ausgegangen, dass die Ökonomie zwar über Fiskalpolitik kurzfristig stabilisiert werden könne, es aber eine natürliche Arbeitslosigkeit gäbe, die allenfalls durch Kürzung von Arbeitslosenunterstützung reduziert werden könne. Bezogen auf die wirtschaftspolitischen Implikationen ist dieser Ansatz somit sehr eng an traditionellen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen orientiert.

Ab den 1970er Jahren erfolgte eine Ausdifferenzierung des neoklassischen Paradigmas, indem zum Teil jeweils einzelne zentrale Annahmen aufgegeben wurden. Dazu zählte im Rahmen der *Informationsökonomie* zum Beispiel die Aufgabe der Annahme vollkommener Information. War diese nicht gegeben, so konnte auch das Marktergebnis nicht optimal sein. Wirtschaftspolitisch wurde gefolgert, dass im Falle von fehlender Information diese zum Beispiel durch mehr Transparenz zu schaffen sei. Darüber hinaus wurde nicht perfekten Märkten und dem Handeln der MarktteilnehmerInnen auf diesen, etwa im Rahmen der *Spieltheorie* oder der für raumbezogene Fragen wichtigen *Neuen*

Wirtschaftsgeographie, vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Zuletzt wurden im Rahmen der *Verhaltensökonomie* die Annahmen bezüglich der Rationalität der Entscheidungen verändert. Insgesamt waren die wirtschaftspolitischen Implikationen, die im Rahmen der weniger rigiden Annahmen erzielt wurden, zum Teil konträr zu denen, die aus traditionellen Gleichgewichtstheorien abgeleitet wurden. Das Grundprinzip des methodologischen Individualismus wurde jedoch in den Ausdifferenzierungen der Neoklassik beibehalten.

Ab den 1970er Jahren gewannen auch Zugänge an Dynamik, die nicht im neoklassischen Paradigma verwurzelt waren. Dazu zählt die Weiterentwicklung der Grundkonzepte von Keynes im Rahmen des Postkeynesianismus, der im Rahmen dieses Buches, wie erwähnt, unter dem Paradigma des *Keynesianismus* gefasst wird. Neben einer Kritik der Neoklassik steht hier vor allem die Analyse realer ökonomischer Phänomene und ökonomischer Ungleichgewichte im Vordergrund. Aber auch die Kritische Politische Ökonomie, wie sie im Folgenden im Rahmen des *politökonomischen Paradigmas* dargestellt wird, erlebte eine neuerliche dynamische Entwicklungsphase. Zunächst war das 1966 erschienene Buch, *Monopoly Capitalism. An Essay on the American Economic and Social Order*, von Paul Baran und Paul Sweezy (1989) äußerst einflussreich. Die beiden US-amerikanischen Ökonomen griffen hier auf Marx zurück und versuchten, die Zugänge im politökonomischen Paradigma entsprechend zu adaptieren und den damals vorherrschenden *monopolistischen Kapitalismus* zu analysieren. In adaptierter Form wurde in den 1990er Jahren der *finanzmarktdominierte Kapitalismus* im Kontext neoliberaler Wirtschaftspolitik von Gérard Duménil und Dominique Lévy (1994) konzeptionell gefasst. Darüber hinaus erfolgten Weiterentwicklungen in politökonomischer Tradition, wie die *Regulationstheorie* in den 1970er Jahren sowie in den 1960er Jahren in Lateinamerika die *Dependenztheorie* (siehe beispielsweise Kapitel 4.3 und 7.3).

Auffallend ist, dass kritische politökonomische Zugänge in der ökonomischen Wissenschaft eine marginale Rolle spielten und daher stärker von WissenschaftlerInnen anderer Disziplinen, wie etwa der Geographie, der Soziologie oder der Politikwissenschaft, weiterentwickelt wurden, womit ihr inter- bzw. transdisziplinärer Charakter gestärkt wurde. Damit wurden zum Beispiel raumbezogene Fragestellungen unter dem Titel der *Kritischen Geographie* oder Fragen der internationalen Ökonomie und Politik unter dem Schlagwort *Neo-Gramscianismus* zu zentralen Aspekten, die im Rahmen des politökonomischen Paradigmas aufgearbeitet wurden. In jüngerer Zeit erfolgte zum Teil eine Öffnung gegenüber poststrukturalistischen Aspekten, etwa Fragen nach der Rolle von gesellschaftlichen Diskursen, wobei jedoch betont wurde, dass materielle politökonomische Strukturen nicht vernachlässigt werden dürften

(vgl. Browning/Kilmister 2006: 193ff). Vor diesem Hintergrund kann die Politische Ökonomie auch als *transdisziplinärer Zugang* bezeichnet werden, da sie systematisch die Grenzen historisch etablierter Disziplinen überschreitet. Bob Jessop und Ngai-Ling Sum (2001) bezeichnen Politische Ökonomie entsprechend auch als postdisziplinäre Disziplin. Zurückgreifend auf ihre Wurzeln in der klassischen Politischen Ökonomie halten sie jedoch fest, dass diese auch als prä-disziplinär verstanden werden kann. Denn vor der bis heute weitgehend vorherrschenden disziplinären Trennung zwischen Ökonomie und Politik (in Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft und später Soziologie) stellte die Politische Ökonomie noch eine einheitliche Sozialwissenschaft dar, ein Anspruch, den sie noch heute hat. Zu dieser Trennung war es im Rahmen der „Disziplinierung“ der Wissenschaften im 19. Jahrhundert gekommen. Dabei wurde die Beschäftigung mit der Frage nach der Macht von der Frage der Schaffung und Verteilung des Wohlstandes getrennt. Für die Macht war fortan die Politikwissenschaft zuständig, für den Wohlstand die Ökonomie (vgl. Nitzan/Bichler 2002: 67).

Trotz des breiten sozialwissenschaftlichen Ansatzes der Politischen Ökonomie streben deren VertreterInnen eine größere Relevanz innerhalb der ökonomischen Disziplin an. Dies haben sie mit VertreterInnen des keynesianischen Paradigmas und anderer nicht-neoklassischer Zugänge gemeinsam. Diese in der Wirtschaftswissenschaft eher an den Rand gedrängten Perspektiven werden im Unterschied zur vorherrschenden neoklassischen Orthodoxie auch als *heterodoxe Zugänge* bezeichnet (vgl. Becker et al. 2009: 8). Zusammenschlüsse von ÖkonomInnen, die diese Ansätze vertreten, wie die International Initiative for the Promotion of Political Economy, die European Memorandum-Group, das Critical Political Economy Research Network, die World Economics Association oder das Forschungsnetzwerk Makroökonomie, versuchen, alternative Zugänge auch institutionell voranzutreiben. Damit zeigt sich deutlich, dass auch heute die Frage, welche Paradigmen ökonomische Phänomene erklären können und sollen, durchaus umstritten ist. Diese Problematik kann jedoch nicht auf der Ebene der wissenschaftlichen Auseinandersetzung allein – etwa im Sinne eines Kampfes der „besten“ Ideen – geklärt werden. Denn bei den einzelnen Paradigmen werden ganz unterschiedliche Perspektiven eingenommen bzw. Aspekte behandelt, mit denen auch unterschiedliche Werthaltungen, Interessen, Absichten und politische Implikationen einhergehen. Überdies ist wissenschaftliche Tätigkeit in gesellschaftliche Strukturen eingebettet, die sie entsprechend widerspiegelt. Wie sich bereits in der Darstellung der historischen Entwicklung der wissenschaftlichen Zugänge gezeigt hat, ist die relative Bedeutung einzelner Paradigmen sowie ihre Ausrichtung von außerwissenschaftlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Entwicklungen abhängig. Damit ist davon auszugehen, dass die 2008 einsetzende große Wirtschaftskrise längerfristig noch deutlicher ihre Spuren in den Paradigmen und im Verhältnis zwischen ihnen hinterlassen wird. Die zentralen konzeptionellen Unterschiede zwischen den einzelnen Paradigmen werden in der folgenden Darstellung bezogen auf ihre wissenschaftstheoretischen Fundamente und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Methodologien herausgearbeitet.

1.3 Wissenschaftstheoretische Grundlagen ökonomischer Paradigmen

In diesem Abschnitt soll gezeigt werden, dass in metatheoretischer bzw. wissenschaftstheoretischer Hinsicht die verschiedenen ökonomischen Paradigmen auf sehr unterschiedlichen Fundamenten aufbauen. Grundsätzlich finden sich auf wissenschaftstheoretischer Ebene zwei Herangehensweisen: Einerseits der in der positivistisch-analytischen Tradition stehende Kritische Rationalismus, andererseits der dem Realismus verbundene sowie aus hermeneutisch-dialektischen Zugängen schöpfende Kritische Realismus. Während sich die Neoklassik in positivistischer Tradition verortet, bauen Keynesianismus und Politische Ökonomie in der Regel auf den Kritischen Realismus. In den Sozial- und Geisteswissenschaften gewinnen heute neben diesen Zugängen auch radikal subjektivistische Konstruktivismen an Bedeutung, im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften wird auf diese jedoch kaum direkt zurückgegriffen. Dennoch wird die Politische Ökonomie zum Teil als konstruktivistischer Zugang bezeichnet, da gesellschaftliches Sein ebenso wie die Sichtweisen darauf als historisch entstanden begriffen werden. Damit einhergehend wird, wie in der hermeneutischen Tradition auch, der subjektiven Sinngebung und Deutung bei der Analyse des Sozialen ein hoher Stellenwert zugewiesen, woran auch poststrukturalistische Perspektiven anschlussfähig sind (vgl. Pühretmayer 2010: 22). Die Konstruktionen in den Köpfen werden jedoch als nicht beliebig betrachtet, sondern als in Abhängigkeit von materiellen Prozessen und mit ihnen in einem Wechselverhältnis stehend.

Der *Kritische Rationalismus* wurde von Karl Popper (2005 [1935]) begründet. Ähnlich wie im Positivismus, der wissenschaftstheoretischen Vorstellung, dass man die Welt objektiv erkennen kann, wird darin von einem stetigen Fortschritt in der Wissenschaft ausgegangen. Untaugliche Theorien und Paradigmen sollten demnach im historischen Verlauf verschwinden, neuere und bessere Erkenntnisse würden sich durchsetzen, so die Annahme. Dennoch seien Erkenntnisse vorläufig. Sichtweisen könnten, wenn sie falsifiziert werden, das heißt, sich als falsch herausstellen, verworfen werden. Die so gewonnenen Einsichten würden zu einer Steigerung des Allgemeinwohls beitragen. Dabei wird unterstellt, dass zwischen faktischem (positivem) Wissen

und als normativ bezeichneten Werturteilen unterschieden werden kann. Wissenschaft soll und kann in dieser Perspektive frei von Werturteilen agieren, und so gewonnenes wissenschaftliches Wissen wird entsprechend als gesellschaftlich „neutral“ betrachtet. Die Entwicklung ökonomischer Theorie wird jedoch nur als Weiterentwicklung innerhalb der Theorie, nicht jedoch im Hinblick auf „außerwissenschaftliche“ Ereignisse oder Verhältnisse gedeutet und gilt damit nicht als gesellschaftlich basiert. Dabei bleibt die Analyse der Genese von Theorien in der Regel auf den theoriegeschichtlichen Kontext bzw. die Ideen und ihre gegenseitige Beeinflussung beschränkt (vgl. Blaug 2001). Die Frage der gesellschaftlichen Wirkungen von bestimmten Perspektiven sowie die Verwobenheit der Theorieproduktion mit spezifischen Interessen werden ebenso negiert wie die gesellschaftlichen institutionellen Produktionsbedingungen von (ökonomischem) Wissen.

In der Tradition des von Roy Bhaskar (1975) begründeten *Kritischen Realismus* wird auf die Eingebundenheit von wissenschaftlicher Theorieproduktion in gesellschaftliche Prozesse hingewiesen. Zentraler Ausgangspunkt dafür ist die *ontologische* Annahme hinsichtlich der Frage, wie die Welt grundsätzlich beschaffen ist, dass es sich bei der gesellschaftlichen Realität um ein komplexes Ganzes und damit um ein offenes System handelt. Entstehung und Entwicklung eines bestimmten Phänomens sind niemals mit nur einer Ursachenkette erklärbar bzw. nur auf einen Mechanismus zurückzuführen. Vielmehr sind theoretisch unendlich viele Begründungskombinationen bzw. Determinanten auszumachen, das heißt es gibt eine „multiple Determination“. Jede Erkenntnis und damit auch jede wissenschaftliche Erkenntnis muss bestimmte Ursachen bzw. Zusammenhänge herausgreifen und damit spezifische Abstraktionen vornehmen. Diese Abstraktionen können als „Totalität der Strukturen“ verstanden werden. Sie stellen spezifische generative Faktoren bzw. eine Erklärung für eine „verbundene Konjunktur von Ereignissen“ dar (siehe Abbildung 1-a).

Damit muss Wissenschaft immer selektiv und perspektivisch sein. Überdies ist es theoretisch unmöglich, eine objektiv „richtige“ Perspektive einzunehmen. Vor diesem Hintergrund fragt der Kritische Realismus, welche ontologischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit Wissenschaft in einem emanzipatorischen Sinne möglich ist. Denn ginge man etwa von einer gänzlich deterministischen, also vorherbestimmten Welt aus, so hätten Menschen und damit auch Wissenschaft keinerlei Handlungsalternativen und damit keine Möglichkeit, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen.

Spezifische Perspektiven einzunehmen bzw. bestimmte Themen aufzugreifen wird als in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet betrachtet. Damit müssen Wissenschaft und Theorie immer im Hinblick auf gesellschaftliche Verhältnisse und Prozesse gedacht werden. Es besteht jedoch kein Beurteilungs-

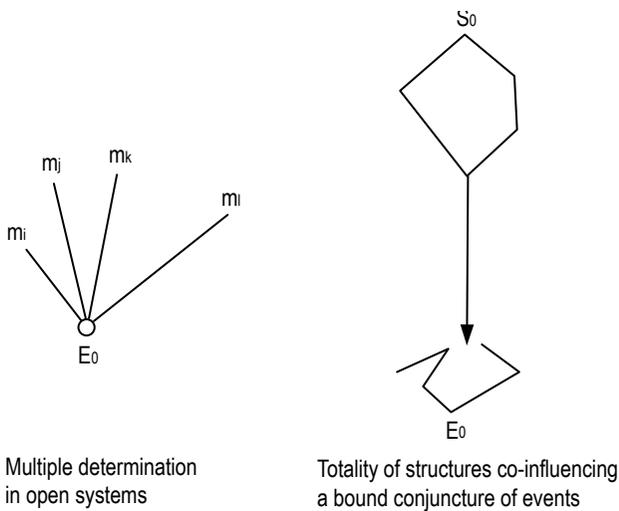


Abbildung 1-a: Determination eines Ereignisses (E) durch mehrere Mechanismen (m); Totalität von Strukturen (S), die eine verbundene Konstellation von Ereignissen (E) mit beeinflussen

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Bhaskar (1998: 635f)

relativismus, obwohl es sich um einen subjektivistischen Zugang handelt. Das heißt, wenn Menschen eine bestimmte Perspektive auf ein reales Phänomen einnehmen, so sollten sie unabhängig voneinander zu denselben Erkenntnissen gelangen (vgl. ausführlicher Pühretmayer 2005: 32ff). Der Kritische Realismus geht vor dem Hintergrund unterschiedlicher Perspektiven und Gruppen sowie asymmetrischer, machtdurchzogener gesellschaftlicher Beziehungen davon aus, dass Wissenschaft nicht ein definierbares Allgemeinwohl anstreben kann, sondern sich auf die Sichtbarmachung bzw. die Hinterfragungen bzw. „Dekonstruktion“ von gesellschaftlichen Strukturen konzentrieren soll, um so Raum für die Entwicklung emanzipatorischer Perspektiven zu schaffen. Überdies wird – zum Teil auch mit dem Verweis auf wissenschaftssoziologische und wissenschaftshistorische Arbeiten – darauf hingewiesen, dass die Etablierung und Ausrichtung des Wissenschaftssystems spezifischen gesellschaftlichen Interessen folgt, die teilweise über den Staat vermittelt werden. Insbesondere im Fall von Auftragsforschung ist dies besonders offensichtlich. Aber auch die Grundlagenforschung orientiert sich – nicht zuletzt über die staatliche Dotierung bzw. Nicht-Dotierung von bestimmten Forschungsfeldern und Zugängen – eng an dominanten gesellschaftlichen Anforderungen. So wird zum Beispiel für Forschung im militärischen Bereich ungleich mehr ausgegeben als für Ent-

	Kritischer Rationalismus	Kritischer Realismus
Ontologische Annahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Ontologie kein zentrales Thema - Geschlossenheit sozialer Systeme - Struktur oder Handlung - Suche nach allgemeingültigen Gesetzen - Tendenziell harmonistische Gesellschaftssicht und Bezug auf „Allgemeinwohl“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Reflexion ontologischer Annahmen: Wie muss die Welt beschaffen sein, damit Wissenschaft möglich ist? - Komplexität/Offenheit von (sozialen) Systemen - Struktur und Handlung (Reflexion ontologischer Annahmen) - Suche nach spezifischem Verständnis historischer Gesellschaften - Meist konfliktive Gesellschaftssicht und Bezug auf partikuläre Perspektiven
Epistemologische Zugänge	<ul style="list-style-type: none"> - Wertfreiheit im Forschungsprozess möglich - Objektivität angestrebt - Wissen ist kumulativ - Wissen wird als „unparteiisch“ gesehen - Gesellschaftlicher Wissensproduktionsprozess wird nicht thematisiert - Wissensverwendung kein Thema (implizite Vorstellung: Wissenschaftliche Erkenntnis muss von Politik umgesetzt werden) 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Wertfreiheit möglich - „Objektive Subjektivität“ – kein Beurteilungsrelativismus - Wissen ist zirkulär - Wissen ist immer parteiisch/perspektivisch - Wissensproduktionsanalyse als Gesellschaftsanalyse - Wissensverwendung wird thematisiert (Wissen kann soziale Akteure ermächtigen)
Methodologie	<ul style="list-style-type: none"> - Deduktion, Testung bzw. Falsifikation von Hypothesen - „Anhäufung von Wissen“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Abstraktion und Konkretion (Hermeneutischer Zirkel) - Handlungsrelevantes Wissen für AkteurInnen bereitstellen „Produktion und Diffusion von relevantem Wissen“
Ziele und gesellschaftliche Wirkung	<ul style="list-style-type: none"> - Problemlösung innerhalb bestehender Strukturen - „Bürgerliche Wissenschaft“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Gesellschaftsveränderung (Ermächtigung, Abbau von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen), Veränderung von Strukturen - „Kritische Wissenschaft“
Methoden	<ul style="list-style-type: none"> - korrekte Anwendung von empirischen Methoden - Quantitative Daten im Vordergrund - Quantitative Methoden: Empirische Erhebung (quantitativer Fragebogen, Statistik etc.) 	<ul style="list-style-type: none"> - Abstraktion und Konkretion - Quantitative Daten sind eigentlich qualitative Daten, da sie der Interpretation bedürfen - Verwendung von quantitativen und qualitativen Methoden (z.B. qualitatives Interview)
Methoden in der Ökonomie	<ul style="list-style-type: none"> - Methodologischer Individualismus in der Neoklassik 	<ul style="list-style-type: none"> - Dialektik von Abstraktion und Konkretion im Zuge konkreter Forschung (Politische Ökonomie, Keynesianismus)

Tabelle 1-a: Gegenüberstellung von Kritischem Rationalismus und Kritischem Realismus

Quelle: Eigene Systematik

wicklungsforschung. Es stellt sich daher die Frage, wie im Wissenschaftsprozess gesellschaftlich nicht dominante Interessen wahrgenommen und aufgegriffen werden (können) und wie Wissenschaft daher emanzipatorisch wirken kann. In diesem Sinn zielt der Kritische Realismus auf bewusste Kritik an und Veränderung von Strukturen ab, während dem Kritischen Rationalismus vorgehalten wird, allenfalls Probleme innerhalb vorgegebener Strukturen zu lösen (vgl. Cox 1981: 128).

Eine vereinfachte und systematisierte Gegenüberstellung zwischen Kritischem Rationalismus und Kritischem Realismus – bezogen auf ontologische Annahmen, epistemologische Zugänge, also die Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnis überhaupt möglich ist, Methodologie und gesellschaftliche Wirkungen – findet sich in Tabelle 1-a.

1.4 Wissenschaftstheoretische Basis und Methodologie

Während sich das neoklassische Paradigma, wozu auch der Neokeynesianismus zählt, durchgängig auf den Kritischen Rationalismus als wissenschaftliche Fundierung beruft, wird bei postkeynesianischen Zugängen und im politökonomischen Paradigma der Kritische Realismus in der Regel als metatheoretische Fundierung verwendet. Nachdem es sich sowohl beim Kritischen Rationalismus als auch beim Kritischem Realismus um Perspektiven handelt, die ab den 1930er bzw. 1970er Jahren entwickelte wurden, ist es offensichtlich, dass diese nicht seit jeher die metatheoretischen Grundlagen für ökonomische Theoriebildung im Allgemeinen und die diskutierten Paradigmen im Besonderen darstellen. Im Fall des Kritischen Rationalismus steht es außer Zweifel, dass dieser direkt in der Tradition des seit dem 19. Jahrhundert in der Wissenschaft vorherrschenden Positivismus steht. Im Falle des kritischen Realismus ist die historische Tradition weniger deutlich. Einerseits können Wurzeln im Historismus des 19. Jahrhunderts gefunden werden, andererseits finden sich auch Elemente der Hermeneutik sowie des dialektischen Materialismus (vgl. Bhaskar 1998). Die unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen Grundlagen der drei großen Paradigmen spiegeln sich in deren methodologischer Ausrichtung wider. Im Folgenden werden die zentralen wissenschaftstheoretischen Merkmale der drei Paradigmen kurz skizziert.

Neoklassik

Die neoklassische Methodik basiert auf der *Deduktion*, also der Vorstellung, dass wissenschaftliche Erkenntnisse durch Ableitung aus Annahmen und Gesetzen gewonnen werden können. Im Kern steht dabei der *methodologische Individualismus*. Innerhalb dessen wird die Erklärung jeglicher ökonomischer Phänomene auf das rationale und den Eigennutzen – der als vom

Individuum autonom festgelegte Präferenz angenommen wird – maximierende Handeln von Individuen (den Homo oeconomicus) zurückgeführt bzw. aus diesem abgeleitet. Wirtschaftliche Phänomene werden damit ausschließlich aus diesem a priori gesetzten Verhaltensmuster von Individuen erklärt (vgl. Milonakis/Fine 2009: 98). Während bis vor kurzem in allen Bereichen der Neoklassik vom perfekt informierten und rational nach Nutzenmaximierungskriterien entscheidenden Individuum ausgegangen wurde, so wird in manchen Fällen – etwa in der Verhaltensökonomie – die Annahme der kompletten Informiertheit oder der rationalen Nutzenmaximierung gelockert. Jegliche ökonomische Phänomene werden dennoch ausschließlich aus dem Verhalten der Individuen erklärt. Dabei wird die ökonomische Sphäre strikt von der politischen oder gesellschaftlichen getrennt analysiert. Warum Individuen so (und ausschließlich so) handeln, wird nicht thematisiert. Ebenso werden gesellschaftliche Einflussfaktoren auf die Präferenzen genauso wenig analysiert wie etwa historische Zeit (vgl. Milonakis/Fine 2009: 109ff). Überdies wird der methodologische Individualismus auch auf andere gesellschaftliche Bereiche, zum Beispiel Heiratsentscheidung, familiäre Arbeitsteilung, Verhalten von Parteien, angewandt.

Keynesianismus

Je nach Ausprägung der keynesianischen Sichtweise ergeben sich unterschiedliche methodologische Herangehensweisen. Im Rahmen einer neo- bzw. neukeynesianischen Sicht ist die Modellwelt der Neoklassik entsprechend den obigen Ausführungen anwendbar, nicht jedoch im Postkeynesianismus. Während sich die Modellwelt der Neoklassik einer deduktiven Herangehensweise verschreibt, zielt der Postkeynesianismus darauf ab, Phänomene der realen Welt zu erklären. Dabei erweist sich die Philosophie des Kritischen Realismus als gute Ausgangsbasis (Lawson 1999). Wesentliche Elemente des Kritischen Realismus sind dessen Sicht der realen Welt als dynamisches und offenes System sowie die Ablehnung der positivistischen Perspektive der Neoklassik. Sobald das Ziel eines ökonomischen Modells darin bestehe, Gesetzmäßigkeiten und Regelmäßigkeiten festzustellen, würden konkrete Dynamiken im sozialen Prozess ausgeklammert. Dadurch würde letztendlich die Anwendbarkeit ökonomischer Modelle zur Erklärung realer sozialer Phänomene stark eingeschränkt (Brown 2003: 84). Im Gegensatz dazu zieht die Anwendung des Kritischen Realismus innerhalb des Postkeynesianismus keine allgemeinen wirtschaftspolitischen Empfehlungen nach sich. WissenschaftlerInnen, die diesen Ansatz anwenden, können dagegen vielmehr, je nach dem spezifischen Untersuchungsrahmen, zu konkreten und an die Situation angepassten Empfehlungen gelangen. Das bedeutet aber auch, dass keine unmittelbare Generalisierung erfolgen

kann. Aufgrund unterschiedlicher historischer Gegebenheiten (die verschiedene institutionelle Strukturen nach sich ziehen) kann man dementsprechend auch bei ähnlichen Problemstellungen zu fundamental unterschiedlichen Empfehlungen gelangen. Mit dem Kritischen Realismus ist also nicht eine bestimmte methodologische Herangehensweise für eine bestimmte Problemstellung verbunden, sondern das Bestreben, eine problemadäquate Vorgehensweise zu wählen. Das bedeutet beispielsweise, dass dem dynamischen Prozess und den *Veränderungen von Institutionen* im historischen Zeitablauf Beachtung geschenkt wird. Eine Beachtung dieser Fragen ist demgegenüber in der deduktiven Modellanalyse der Neoklassik oder auch des Neokeynesianismus nicht verankert. Der Kritische Realismus als wissenschaftstheoretischer Hintergrund des Postkeynesianismus ist jedoch keineswegs unumstritten. Unter anderem wird kritisiert, es handle sich dabei um ein philosophisches Modell und es bestehe die Gefahr, dass wirtschaftspolitische Positionen und Empfehlungen durch dessen Anwendung in den Hintergrund treten könnten (vgl. unter anderem Rotheim 1999: 71). Dennoch ist der Kritische Realismus eine zentrale Grundlage für postkeynesianische Postulate. Die Betonung der Ökonomie als *offenes System*, die Anerkennung der *Bedeutung von Institutionen* und die Berücksichtigung von *fundamentaler Unsicherheit* für ökonomische Analysen zeigen dies sehr deutlich (vgl. Dow 1999; Rotheim 1999).

Politische Ökonomie

Die kritische Politische Ökonomie baut heute stark auf den Kritischen Realismus (vgl. Jessop 2001). In methodologischer Hinsicht tritt hier an die Stelle der Suche nach allgemein gültigen Gesetzen die Akzeptanz einer gewissen Offenheit bzw. Kontingenz sozialer Phänomene. Ökonomische Aspekte werden als wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Phänomene begriffen. Überdies wird in der Politischen Ökonomie sowie im Kritischen Realismus, ein emanzipatorischer Anspruch an die Wissenschaft gestellt. In der Annahme einer grundsätzlichen Offenheit sozialer Prozesse werden ökonomische Phänomene niemals nur auf einzelne Ursachen zurückgeführt, sondern multiple Ursachen bzw. Determinanten berücksichtigt (Jessop 2008: 21ff, 225ff). Ein simples Herausheben von einzelnen Kausalitäten greift daher zu kurz. Entsprechend wird auch eine rein deduktive Vorgehensweise, wie sie in der Neoklassik praktiziert wird, abgelehnt, da diese auf der Annahme geschlossener Systeme beruht. Der Kritische Realismus impliziert ein *kausal-explanatorisches Vorgehen* (vgl. Fleetwood 2002: 66ff). Mittels der *Methodik der Abstraktion und Konkretion* werden bestimmte Kausalitäten und Zusammenhänge herausgehoben, die sich für das Erkenntnisinteresse als wichtig erweisen. Die Kunst bestehe dabei in folgendem Balanceakt, wie Jessop (2008: 225) formuliert: „Do not

multiply complications beyond what is necessary but do introduce as many as are necessary.“ Um ein konkretes Phänomen zu analysieren, werden adäquate Theorien bzw. Abstraktionen herangezogen, die mit konkret erfahrbaren Phänomenen in Bezug gesetzt werden (vgl. Sayer 1992: 85ff). Da Laborbedingungen für gesellschaftliche Fragen nicht herstellbar sind, erfolgen Erkenntnisprozesse wesentlich durch systematische Reflexion bezogen auf konkrete Phänomene. Im Gegensatz zu positivistischen Zugängen versucht man, sich nicht auf oberflächlich beobachtbare bzw. messbare Zusammenhänge zu beschränken, sondern die Realität mit ihren Wechselwirkungen abzubilden und die zugrundeliegenden generativen Kräfte herauszuarbeiten. Anstatt auf einfache bzw. oberflächlich beobachtbare Kausalitäten zu fokussieren, richtet sich der Blick auf Prozesse und interdependente Faktoren. Überdies wird im Kritischen Realismus versucht, die Struktur-Handlungs-Frage nicht einseitig aufzulösen. Die soziale Welt und damit auch die Ökonomie werden vielmehr weder als rein aus individuellem Handeln erklärbar erfasst – wie dies in der Neoklassik der Fall ist – noch als ausschließlich durch ökonomische Strukturen bestimmt gesehen. Vielmehr gilt es, sowohl die Handlungs- als auch die Strukturdimension integrativ zu berücksichtigen und diese Dualität nicht einseitig aufzulösen. Konkret passiert dies dadurch, dass Strukturen sowohl als begrenzend als auch als Potenzial gedacht werden. Menschen handeln auf Basis von Strukturen zu einem bestimmten Zeitpunkt t_1 . Damit reproduzieren sie nicht nur Strukturen, sondern können diese auch verändern, womit sich zu einem späteren Zeitpunkt t_2 geänderte Strukturen ergeben, die wieder Basis für Handeln sind usw. (vgl. Pühretmayer 2005).

Zusammenfassung

Ökonomische Phänomene können nicht ohne Perspektive bzw. „theoretische Brille“ betrachtet werden. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Phänomenen zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht nur eine einzige Sichtweise, sondern zahlreiche Paradigmen im Sinne grundsätzlicher Herangehensweisen und Perspektiven gibt. Historisch haben sich unterschied-

REFLEXIONSFRAGEN

Warum gibt es verschiedene Paradigmen in der Ökonomie?

Worin unterscheiden sich die Zugänge des Kritischen Realismus und des Kritischen Rationalismus? Wo gibt es Übereinstimmungen?

Welche Paradigmen basieren auf welchen wissenschaftstheoretischen Grundlagen und welche methodologischen Implikationen sind damit verbunden?

Warum ist es wichtig, sich der wissenschaftstheoretischen Grundlagen eines Paradigmas bewusst zu sein?

liche Paradigmen entwickelt. Auch heute bestehen verschiedene wissenschaftliche Zugänge zur Erklärung ökonomischer Prozesse nebeneinander. Eine sehr weite Verbreitung weist die Neoklassik auf, die auch als ökonomischer Mainstream bezeichnet wird. Darüber hinaus sind das keynesianische Paradigma, das wesentlich eine Kritik der neoklassischen Theorie beinhaltet, und die Politische Ökonomie, die eine breite gesellschaftliche Perspektive auf Wirtschaft einnimmt, von zentraler Bedeutung. Die Existenz unterschiedlicher Paradigmen kann insbesondere mit dem jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Kontext begründet werden, der bestimmte Fragestellungen und Sichtweisen in den Vordergrund rücken lässt. Überdies basieren unterschiedliche Paradigmen auch auf verschiedenen wissenschaftstheoretischen Fundamenten. Auch das erklärt wesentlich die verschiedenen Herangehensweisen.

Literatur

- Baran, Paul A./Sweezy, Paul M. (1989 [1966]): *Monopoly Capital: An Essay on the American Economic and Social Order* New York: Monthly Review Press.
- Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oliver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg., 2009): *Heterodoxe Ökonomie*. Marburg: Metropolis.
- Bhaskar, Roy (1975): *A Realist Theory of Science*. London: Verso.
- Bhaskar, Roy (1998): *Critical Realism and Dialectic*. In: Archer, Margaret/Bhaskar, Roy/Collier, Andrew/Lawson, Tony/Norrie, Alan (Hg.): *Critical Realism. Essential Readings*. London: Routledge, 575-640.
- Blaug, Marc (2001): *No History of Ideas, Please, We're Economists*. In: *The Journal of Economic Perspectives* 15 (1), 145-164.
- Browning, Gary/Kilmister, Andrew (2006): *Critical and Post-Critical Political Economy*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Brown, Andrew (2003): *Critical Realism*. In: King, John Edward (Hg.): *The Elgar Companion to Post Keynesian Economics*. Cheltenham: Edward Elgar, 82-86.
- Cox, Robert (1981): *Social Forces, States, and World Orders: Beyond International Relations Theory*. In: *Millennium: Journal of International Studies* 10 (2), 126-155.
- Dow, Sheila (1999): *Post Keynesianism and critical realism: What is the connection?* In: *Journal of Post Keynesian Economics* 22 (1), 15-33.
- Fine, Ben (2006): *New Growth Theory*. In: Chang, Ha-Joon (Hg.): *Rethinking Development Economics*. London: Anthem Press, 201-218.
- Fleetwood, Steve (2002): *What kind of theory is Marx's labour theory of value?* In: Brown, Andrew/Fleetwood, Steve/Roberts, John Michael (Hg.): *Critical Realism and Marxism*. London: Routledge, 57-86.
- Hicks, John (1937): *Mr. Keynes and the „Classics“: A Suggested Interpretation*. In: *Econometrica* 5 (2), 147-159.
- Hunt, Emery Kay/Schwartz, Jesse G. (1972): *A Critique of Economic Theory*. Harmondsworth: Penguin Books.
- Jessop, Bob (2001): *Capitalism, the Regulation Approach, and Critical Realism*. In: Brown, Andrew/Fleetwood, Steve/Roberts, John Michael (Hg.): *Critical Realism and Marxism*. London: Routledge, 88-115.
- Jessop, Bob (2008): *State Power*. Cambridge: Polity Press.

- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2001): Pre-Disciplinary and Post-Disciplinary Perspectives in Political Economy. In: *New Political Economy* 6 (1), 89-101.
- Keynes, John Maynard (1964 [1937]): *The General Theory of Employment, Interest, and Money*. New York: Harcourt Brace & Company.
- Kuhn, Thomas (1969): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lawson, Tony (1999): Connections and distinctions: Post Keynesianism and critical realism. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 22 (1), 3-14.
- List, Friedrich (2008 [1841]): *Das nationale System der Politischen Ökonomie*. Baden-Baden: Nomos.
- Mankiw, Gregory N./Taylor, Mark P. (2011): *Economics*. Andover: Cengage Learning.
- Marshall, Alfred (1997 [1890]): *Principles of Economics*. New York: Riverhead.
- Marx, Karl (1983 [1867]): *Das Kapital. Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. MEW, Band 23. Berlin: Dietz.
- Milonakis, Dimitris/Fine, Ben (2009): *From Political Economy to Economics. Method, the social and the historical evolution of economic theory*. London: Routledge.
- Nitzan, Jonathan/Bichler, Shimshon (2002): Capital accumulation: breaking the dualism of ‚economics‘ and ‚politics‘. In: Palan, Ronen (Hg.): *Global Political Economy. Contemporary Theories*. London: Routledge, 67-88.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 29 (115), 203-236.
- Popper, Karl Raimund (2005 [1935]): *Logik der Forschung*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pühretmayer, Hans (2005): Über das Politische des Wissenschaftlichen. Interventionen des Critical Realism in verschiedenen Ökonomietheorien. In: *Kurswechsel* 4/2005, 28-44.
- Pühretmayer, Hans (2010): Zur Kombinierbarkeit von Critical Realism und Poststrukturalismus: Eine Reformulierung der Struktur-Handlungs-Frage. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39 (1), 9-26.
- Ricardo, David (1997 [1817]): *Principles of Political Economy and Taxation*. Amherst: Prometheus Books.
- Rotheim, Roy (1999): Post Keynesian economics and realist philosophy. In: *Journal of Post Keynesian Economics* 22 (1), 71-103.
- Sayer, Andrew (1992): *Method in Social Science. A Realist Approach*. London: Routledge.
- Screpanti, Ernesto/Zamagni, Stefano (2005): *An Outline of the History of Economic Thought*. Oxford: Oxford University Press.
- Smith, Adam (1991 [1776]): *Wealth of Nations*. Amherst: Prometheus Books.
- Snowdon, Brian/Vane, Howard (2005): *Modern Macroeconomics, Its Origins, Development and the Current State*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Sraffa, Piero (1975 [1960]): *Production of Commodities by Means of Commodities. A Prelude to a Critique of Economic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tsoulfidis, Lefteris (2010): *Competing Schools of Economic Thought*. Heidelberg: Springer.

2

Die zentralen Paradigmen im Überblick

Wie bereits im vorigen Kapitel dargelegt, können Paradigmen als grundsätzlich verschiedene Zugänge zur Ökonomie unterschieden werden. Im Folgenden werden die konkreten Zugangsweisen und Methoden der drei zentralen Paradigmen einander gegenübergestellt. Die Unterschiede sind eng mit der oben dargestellten wissenschaftstheoretischen Fundierung, aber auch mit den divergierenden Erkenntnisinteressen und Zielsetzungen verbunden. Zunächst werden die zentralen Grundlagen des neoklassischen Paradigmas vorgestellt. In der Folge wird das keynesianische Paradigma dargestellt. Dies deshalb, weil es zum Teil explizite Bezugspunkte zu bzw. Kritikpunkte an der Neoklassik enthält. Abschließend erfolgt die Darstellung der Grundzüge des politökonomischen Paradigmas, welches sich durch ein breites Ökonomieverständnis auszeichnet. Die Struktur der Unterkapitel ist bei allen drei Paradigmen gleich, die Struktur der einzelnen Abschnitte unterscheidet sich jedoch, da die „interne Logik“ der einzelnen Zugänge unterschiedliche Schwerpunktsetzungen impliziert. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit einem Vertiefungstext zu *Gender und feministischer Ökonomie* sowie einer Vertiefung zu *Formen der Arbeitsorganisation*.

2.1 Neoklassik

Die Neoklassik ist ein heute sehr weit verbreitetes Paradigma, das häufig als ökonomischer *Mainstream* bezeichnet wird. Einige zentrale Grundkonzepte und Annahmen, auf denen sie basiert, wurden bereits im ersten Teil der vorliegenden Publikation dargelegt. In diesem Abschnitt werden wichtige Herangehensweisen und Konzepte genauer vorgestellt. Im Unterschied zur Klassischen Politischen Ökonomie stehen in der Neoklassik nicht mehr die langfristigen Fragen nach Wachstum, Entwicklung und Krise oder die der Verteilung im Vordergrund. Vielmehr geht es um die Erklärung der Preise und des Funktionierens einzelner Märkte. Die genauere Darstellung der Ziele und Erkenntnisinteressen erfolgt in einem eigenen Teil in diesem Kapitel.

Der Kern neoklassischer Theorie, der von Alfred Marshall (1997 [1890]) in seinen *Principles of Economics* dargelegt wurde, ist bis heute weitgehend unverändert. In sehr ähnlicher Form werden die Grundkonzepte auch noch heute in Lehrbüchern dargestellt (vgl. Mankiw/Taylor 2011). Auf die teilweise übliche formalisierte mathematische Darstellung wird der Einfachheit halber weitgehend verzichtet, wodurch die Argumentation leichter nachvollziehbar wird. Dennoch soll angemerkt werden, dass bereits von Leon Walras, einem der zentralen Begründer der neoklassischen Theorie, darauf hingewiesen wurde, dass ökonomische Wissenschaft Wertfreiheit anstreben und damit dem Vorbild der Naturwissenschaften folgen sollte. Der Einsatz von mathematischen Modellen gilt dafür als wichtig (vgl. Milonakis/Fine 2009: 94ff, 122ff). Methodisch wird davon ausgegangen, dass neoklassische Theorie immer, das heißt, unabhängig vom historischen und geographischen Kontext, angewendet werden kann, um ökonomische Zusammenhänge zu analysieren. Genauer wird dies im abschließenden Teil dieses Kapitels zu den Methoden dargelegt.

2.1.1 Grundsätzliche Herangehensweise

Ausgangspunkt bildet die *Knappheit* der gegebenen Ressourcen, das heißt der Mittel, die verwendet werden können, um notwendige Güter zu produzieren. Im Rahmen der deduktiven Methodik steht in der Neoklassik der *methodologische Individualismus* im Zentrum. Zentraler Bezugspunkt ist der als Homo oeconomicus konzipierte Mensch, dessen Handeln an der Maximierung des Nutzens orientiert ist. Damit ist der Drang nach Gütern potenziell unbeschränkt. Mit diesem so gedachten individuellen entscheidungstheoretischen Verhalten des Homo oeconomicus werden in der Regel alle ökonomischen

mischen Phänomene erklärt, wenn auch in jüngerer Zeit, etwa im Rahmen der Verhaltensökonomik oder experimentellen Ökonomie der Grad bzw. die Form der Rationalität dieses Handelns relativiert werden. Die individuellen Entscheidungen ökonomischer AkteurInnen (die Frage, wie viel sie anbieten oder nachfragen) führen im Rahmen von Märkten zu einem Gleichgewicht, welches determiniert, welche und wie viele Güter mit welchen Ressourcen produziert werden. Es wird daher auch von einer *Gleichgewichtstheorie* gesprochen. Je nach den Präferenzen der Individuen, der Ressourcenausstattung etc. ergeben sich entsprechende Entscheidungen und Marktgleichgewichte.

Um das Entscheidungsproblem zu verdeutlichen, wird als Beispiel häufig Robinson Crusoe angeführt, der allein auf einer Insel entscheiden muss, ob er lieber mehr Fisch oder mehr Ziegen am Speiseplan hat und der seine Ressourcen, das heißt Arbeitskraft und Werkzeuge, entsprechend einsetzt. Im vereinfachten Fall von zwei Gütern muss er seine Ressourcen auf die Jagd und den Fischfang aufteilen, um die gewünschte Güterkombination zu erhalten. Die maximale Menge an beiden Gütern, die er aus dem Einsatz seiner gegebenen Ressourcen erreichen kann, wird *Transformationskurve* genannt. Auf einer Achse wird die Anzahl des Gutes A, auf der anderen Achse die Anzahl des Gutes B dargestellt. Dabei wird zunächst dargestellt, wie viele Einheiten des Gutes A produziert werden können, wenn alle Ressourcen für dieses verwendet werden. Dann wird ein Teil der Ressourcen für Gut B verwendet, die dabei erreichbare Güterkombination zwischen Gut A und Gut B wird eingetragen usw. bis schließlich alle Ressourcen für Gut B verwendet und die damit erzielbare Gütermenge eingetragen wird (siehe Abbildung 2.1-a). Nun muss gewählt werden, welche Güterkombination produziert werden soll und wie entsprechend die beschränkten Ressourcen einzusetzen sind.

Das Konzept der Transformationskurve kann aber auch für ganze Volkswirtschaften angewendet werden. Das hierfür angeführte Beispiel ist traditioneller Weise die Entscheidung, welche Güterkombination aus Butter (landwirtschaftlichen Produkten) und Kanonen (Militär) ein Land produzieren sollte. Damit wird ein generell vorherrschender *Zielkonflikt* deutlich. Es kann nicht beliebig produziert werden, sondern um mehr von einem Gut zu erhalten, muss in der Regel etwas vom anderen geopfert werden. Dies wird mit dem Konzept der *Opportunitätskosten* beschrieben. Wenn ich eine zusätzliche Kanone herstellen möchte, kann ich dafür x Einheiten weniger Butter produzieren. Die Opportunitätskosten einer Kanone sind daher x Einheiten Butter.

In der *KonsumentInnentheorie* bzw. der Theorie des Haushalts wird davon ausgegangen, dass der Homo oeconomicus mit Präferenzen und mit einem gegebenen Budget ausgestattet ist. Im Rahmen einer spezifischen Form der Rationalität wird angenommen, dass das Individuum (bzw. wird häufig auch

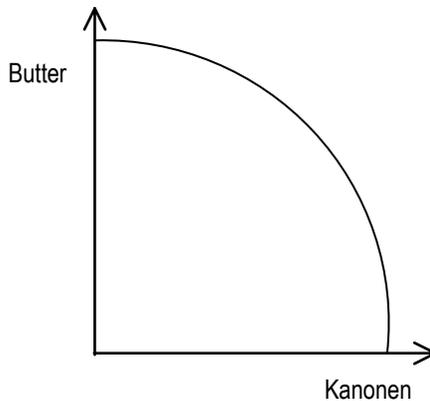


Abbildung 2.1-a: Transformationskurve

Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 29)

von Haushalten gesprochen) entsprechend seinen Präferenzen, die sich aus dem Vergleich des Nutzens unterschiedlicher Produkte vor dem Hintergrund der Budgetrestriktion ergeben, entscheidet, welche Menge es von welchen Produkten auf dem Markt kauft. In dieser Form versucht der Homo oeconomicus im Rahmen eines als rational bezeichneten Entscheidungsprozesses seinen eigenen *Nutzen zu maximieren*. Neben der Theorie zur Entscheidung der Individuen wird im Rahmen der *Theorie der Firma* geklärt, wie Unternehmen agieren. Analog zur Maximierung des Nutzens geht man davon aus, dass Firmen (bzw. deren EigentümerInnen) versuchen, den Profit zu maximieren. Dies erreichen sie dadurch, dass sie vor dem Hintergrund von gegebenen Kostenstrukturen und der Nachfrage auf dem Markt über eine optimale Angebotsmenge (und bei manchen Marktformen auch über den optimalen Preis) entscheiden (sowohl KonsumentInnentheorie als auch die Theorie der Firma werden weiter unten genauer ausgeführt).

Zentraler Ort, an dem die Entscheidungen von Firmen und KonsumentInnen aufeinander treffen, ist der *Markt*. Auf jedem Markt gibt es AnbieterInnen und NachfragerInnen, die ihre Kauf- bzw. Angebotsentscheidungen vor dem Hintergrund der individuellen Nutzen- bzw. Profitmaximierung treffen. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass präferiert wird, mehr von einem Gut zu haben als weniger, da das mehr Nutzen stiftet. Dennoch wird auch angenommen, dass häufig der *Zusatznutzen* bzw. der *Grenznutzen* eines Gutes allmählich abnimmt, da das zehnte Glas Wasser an einem Tag wohl weniger wertvoll erscheint als das erste. Auch tendiert jemand dazu, mehr aus seinem

Besitz zu verkaufen, wenn mehr Geld dafür geboten wird. Dies stellt also eine einfache Erklärung für das Angebot dar. Ein Beispiel mag diese Grundprinzipien von Angebot und Nachfrage verdeutlichen:

Ein Individuum ist auf Grund seiner den Nutzen maximierenden Überlegung zur Erkenntnis gelangt, wie viele Einheiten von einem Gut (zum Beispiel Eiscreme) es zu einem jeweiligen Preis bereit wäre zu kaufen bzw. zu konsumieren. Dies lässt sich im Rahmen einer Nachfragetabelle (oder auch durch eine Nachfragefunktion) darstellen: Zum Preis von 7 € würde nichts nachgefragt, zum Preis von 5 € eine Einheit, zum Preis von 3 € 2 Stück, bei 1 € 3 Stück, bei 0 € 4 Stück. Diese Nachfragefunktion lässt sich graphisch im Rahmen einer Nachfragekurve darstellen. Im Beispiel nehmen wir an, dass jemand Eiscreme besitzt und bereit ist, diese zu verkaufen. Üblicherweise wird davon ausgegangen, dass bei höherem Preis die Bereitschaft, mehr zu verkaufen – und damit das Angebot – größer wird. Auch die Angebotsentscheidung in Abhängigkeit vom Preis kann im Rahmen einer Angebotstabelle (oder auch durch eine Angebotsfunktion) dargestellt werden und beispielsweise so aussehen: Zum Preis von 7 € werden 4 Stück angeboten, zum Preis von 5 € 3 Stück, zum Preis von 3 € 2 Stück, zum Preis von 1 € 1 Stück, zum Preis von 0 € 0 Stück. Nachfrage- und Angebotskurve können dann im Rahmen eines einfachen Diagramms gleichzeitig analysiert werden, und der *Gleichgewichtspreis* bzw. *Marktpreis* sowie die *Gleichgewichtsmenge*, die auf dem Markt realisiert wird, ergeben sich im Schnittpunkt der beiden Kurven (siehe Abbildung 2.1-b).

Der Gleichgewichtspreis von 3 € ergibt sich dort, wo die angebotene Menge und die nachgefragte Menge übereinstimmen. Bei diesem Beispiel sind dies 2 Einheiten. Das freie Festsetzen der Preise im Rahmen von Märkten ermöglicht das Finden des Gleichgewichts, zu dem Märkte automatisch tendieren bzw. im perfekten Fall wird der Preis sofort gefunden. Wäre er unter dem Gleichgewichtspreis, so würde die nachgefragte die angebotene Menge übersteigen. Wäre der Preis hingegen über dem Gleichgewichtspreis, so würde mehr angeboten, als nachgefragt, und der Preis würde entsprechend sinken.

Ausgehend von diesem Beispiel mit nur einem/r AnbieterIn und einem/r NachfragerIn kann das Modell auch für Märkte mit mehreren AnbieterInnen und NachfragerInnen generalisiert werden. So kommt man *von den individuellen Angebots- und Nachfragekurven zur Marktnachfragekurve*, der Marktangebotskurve und zu Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge auf dem Markt. Nehmen wir beispielsweise die ganze Nachfrage für Eiscreme an einem Strand mit vielen KäuferInnen und AnbieterInnen, so kann die Marktnachfrage durch die horizontale Addition der Nachfragekurven und das Marktangebot durch die horizontale Addition der Angebotskurven errechnet werden.

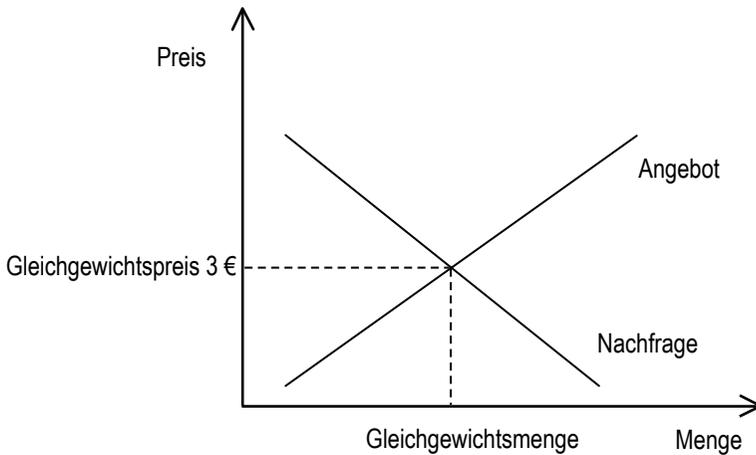


Abbildung 2.1-b: Angebot-Nachfrage-Diagramm

Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 81)

Damit ergeben sich am Schnittpunkt von Marktangebotskurve und Marktnachfragekurve Marktmenge und Marktpreis für Eiscreme an diesem Strand. Märkte und Marktgleichgewicht werden entsprechend als nichts anderes als die Summe einzelner Angebots- und Nachfragefunktionen verstanden. Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge sind *effizient* und damit in neoklassischer Perspektive als gesellschaftlich *optimal* einzuschätzen, denn nur der Gleichgewichtspreis führt zur *Markträumung*. Das heißt, es besteht kein Überhang an Angebot und die gesamte Marktnachfrage (zum Marktpreis) wird befriedigt. Überdies sind die Individuen durch den Tausch auf dem Markt individuell – im Vergleich zur Situation vor dem Austausch über den Markt – besser gestellt, da sie ja sonst nicht freiwillig tauschen würden.

Diese Form der neoklassischen Analyse, die sich mit einzelnen Individuen, AnbieterInnen oder Märkten auseinandersetzt, wird auch *Mikroökonomie* genannt. Neoklassik beschäftigt sich jedoch auch mit Volkswirtschaften als Ganzes, was als *Makroökonomie* bezeichnet wird. Dabei ist die Mikrofundierung wichtig, das heißt, was auf gesamtwirtschaftlicher Ebene passiert, wird als Summe aller Märkte und damit als auf die rationale Entscheidung von einzelnen Individuen rückführbar und durch diese erklärbar betrachtet. Daher wird von der Mikrofundierung der Makroökonomie gesprochen. Dies wird in einer einfachen Form im makroökonomischen Haushalte-Firmen-Modell dargestellt (siehe Abbildung 2.1-c).

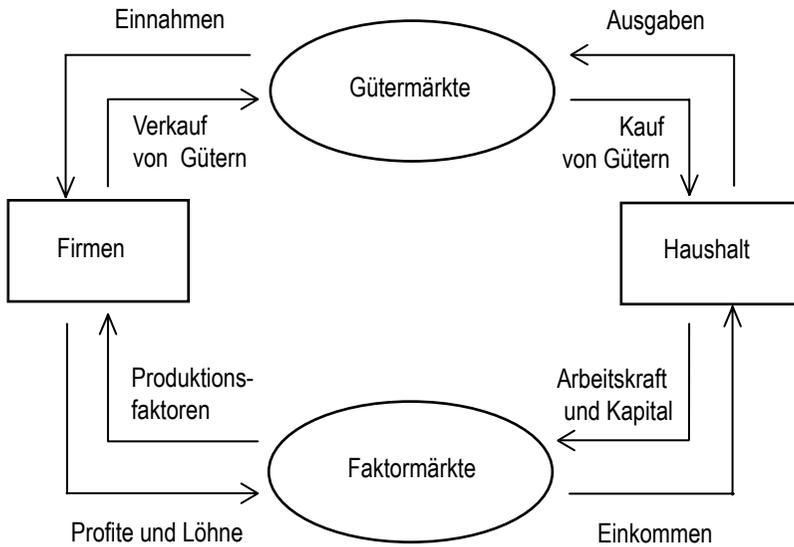


Abbildung 2.1-c: Haushalte-Firmen-Modell

Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 27)

Wie im Haushalte-Firmen-Modell ersichtlich, stellen auf Faktormärkten, das heißt den Märkten für Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital, Haushalte ihre Ressourcen zur Verfügung. Firmen fragen diese Produktionsfaktoren nach und verwenden diese zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen. Diese werden auf Gütermärkten wieder von Haushalten gekauft. Haushalte bestimmen damit durch ihre Nachfrage auf dem Gütermarkt, welche Güter in welcher Menge produziert werden. Die Individuen als KonsumentInnen sind damit der Souverän des Modells. Im Austausch für Produktionsfaktoren wie Arbeit oder Kapital erhalten Haushalte Geld, welches sie auf dem Gütermarkt für den Einkauf nutzen. Das Modell macht deutlich, dass freie Märkte somit dazu führen, dass Volkswirtschaften das produzieren, was auch nachgefragt wird. Staatliche Eingriffe in das freie Spiel der Marktkräfte reduzieren jedoch deren Effizienz (siehe weiter unten) und sind daher in neoklassischer Perspektive nur in begründeten Ausnahmefällen, etwa im Falle externer Kosten (siehe Kapitel 3.1), zu befürworten.

Geld stellt in neoklassischer Perspektive jedoch nur einen „Schleier“ dar. Es wird deshalb verwendet, weil es *Transaktionskosten*, das heißt mit einem Kauf oder Verkauf auf dem Markt verbundene Kosten, senkt. Grundsätz-

lich handelt es sich bei neoklassischen Modellen daher um *realwirtschaftliche Modelle*. Das heißt, von der Rolle des Geldes wird in der Regel abgesehen. Dieses wird gesondert im Rahmen *monetärer Modelle* untersucht. Deutlich wird dies beispielsweise im Zuge der strikten Trennung zwischen realer und monetärer Außenwirtschaftstheorie (siehe Kapitel 6.1 und 7.1).

2.1.2 Zentrale Konzepte

Analyse von Angebot und Nachfrage

Mittels des einfachen Angebot-Nachfrage-Instrumentariums kann analysiert werden, was in Märkten passiert, wenn sich die Zahl der NachfragerInnen erhöht, wenn sich deren Präferenzen ändern oder wenn beispielsweise AnbieterInnen aufgrund höherer Kosten für die Eiscreme weniger anbieten. Dabei handelt es sich um eine *komparativ-statische Analyse*, da zwei statische Modelle bzw. Situationen miteinander verglichen werden. Wenn sich Angebots- und Nachfragekurve aufgrund unterschiedlicher Faktoren verschieben, ändern sich der Gleichgewichtspreis und die Gleichgewichtsmenge. So kann partiell analysiert werden, welche Einflüsse auf das Marktgleichgewicht etwa die Erhöhung der Kosten für Inputfaktoren wie beispielsweise Arbeit, die Veränderung der Präferenz der KonsumentInnen oder die Veränderung des Preises eines komplementären Gutes hat. Dabei werden ein oder mehrere Faktoren gezielt verändert, alle anderen jedoch gleich gehalten, was als *ceteris paribus* bezeichnet wird. Angebots- und Nachfragekurven können anhand ihrer *Elastizität* charakterisiert werden. Die Preiselastizität der Nachfrage wird durch die prozentuale Änderung der Menge dividiert durch die prozentuale Änderung des nachgefragten Preises an einem bestimmten Punkt definiert.

Liegt die so errechnete Elastizität über dem Wert 1, das heißt, die Mengenveränderung ist relativ stärker als die Veränderung des Preises, so wird in diesem Punkt von einer elastischen Nachfrage gesprochen. Bei einem Wert unter 1 wird von einer unelastischen Nachfrage gesprochen, die nachgefragte Menge verändert sich durch Preisänderungen also nur wenig.

Die Analyse von Angebot und Nachfrage wird jedoch auch dazu verwendet, die Auswirkungen von Staatseingriffen auf Märkte komparativ-statisch zu untersuchen. Beispielsweise wird analysiert, welche Konsequenzen ein Maximalpreis oder ein Mindestpreis auf einen Markt hat. Liegt ein festgesetzter Mindestpreis unter dem Marktgleichgewicht, so hat er keine Wirkung. Liegt er darüber, so fallen zu diesem Preis angebotene und nachgefragte Menge auseinander. Es ergibt sich ein Angebotsüberhang. Als Beispiel für einen solchen Fall werden häufig Mindestlöhne angeführt, die zu einem Auseinanderfallen von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und damit zu Arbeitslosigkeit

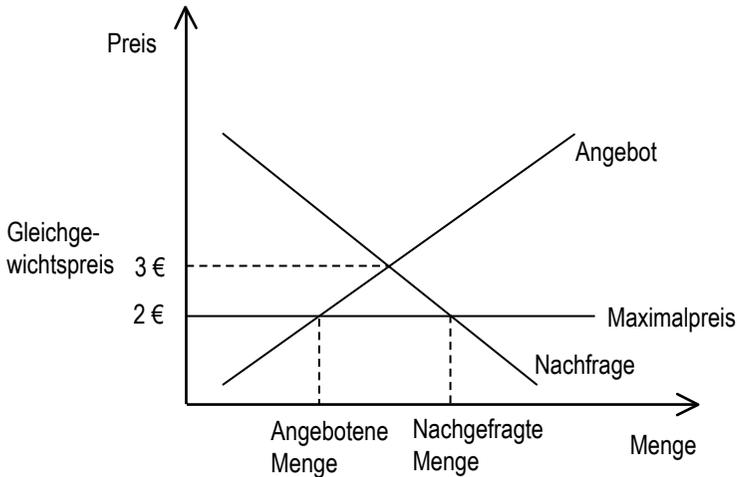


Abbildung 2.1-d: Wirkung eines bindenden Maximalpreises von 2 €
 Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 119)

führen. Für den Fall eines bindenden Maximalpreises unterhalb des Marktgleichgewichts ergibt sich ein Nachfrageüberhang. Ein Beispiel dafür sind Mietpreisbindungen (siehe Abbildung 2.1-d).

Auch die Einführung einer Steuer kann untersucht werden. Wird etwa eine Steuer pro Einheit auf den/die AnbieterIn gelegt, so wirkt sich dies in einer Verschiebung der Angebotskurve nach oben aus und es kommt im Falle eines typischen Verlaufs von Angebots- und Nachfragekurven zu einer Reduktion der gehandelten Menge und zu einer Erhöhung des Marktpreises (siehe detaillierter Kapitel 3.1).

Theorie des Haushalts

Die rationale Entscheidung des/der KonsumentIn wird in der Regel mittels *Indifferenzkurven* und *Budgetgeraden* dargestellt. Daraus kann die *Nachfragekurve abgeleitet* werden. Im Falle von zwei Gütern A und B werden die jeweiligen Güterkombinationen aufgetragen, die ein gleiches Nutzenniveau haben, deren Kombination ein Individuum jedoch indifferent gegenüber steht. Diese Indifferenzkurven müssen als von Preisen unabhängig erachtet werden. Für unterschiedliche Nutzenniveaus ergeben sich jeweils unterschiedliche Indifferenzkurven. Je nach Art der Güter verändert sich üblicherweise die Form der

Kurve, abhängig davon, inwieweit sie komplementär sind oder Substitute darstellen. Je weiter diese Kurve vom Ursprung entfernt liegt, umso höher ist das Nutzenniveau, weshalb ein Punkt auf einer höheren einem Punkt auf einer niedrigeren Indifferenzkurve vorgezogen wird. Die höchstmöglich erreichbare Indifferenzkurve, das heißt das größtmöglich erreichbare Nutzenniveau, wird durch die Budgetgerade bestimmt. Diese zeigt bei gegebenem verfügbarem Einkommen und bei gegebenen relativen Preisen der Güter A und B, welche Kombination aus beiden Gütern maximal konsumiert werden kann. Derjenige Punkt, an dem die Budgetgerade die höchste Indifferenzkurve tangiert, also das mit gegebenem Budget höchstmöglich erreichbare Nutzenniveau, determiniert die Kombination aus beiden Gütern (siehe Abbildung 2.1-e). Dabei handelt es sich um eine optimale individuelle Entscheidung, weshalb auch vom Haushaltsoptimum gesprochen wird.

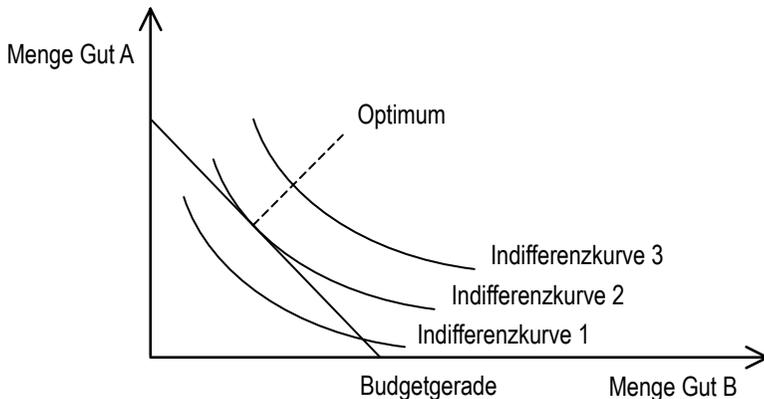


Abbildung 2.1-e: Das Haushaltsoptimum

Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 446)

Variiert man nun den Preis eines Gutes und stellt fest, wie sich dadurch die nachgefragte Menge verändert, und trägt dies in eine Grafik ein, die den Zusammenhang zwischen Preis und Menge darstellt, ergibt sich die Nachfragekurve.

Theorie der Firma und der Kosten

Der Zusammenhang zwischen Kosten und Produktion wird in der *Produktionsfunktion* dargestellt. Diese stellt den Output in Abhängigkeit von einer gegebenen Technologie und der Menge der verwendeten Inputfaktoren Arbeit und Kapital dar. In der *kurzen Frist* wird davon ausgegangen, dass zumindest ein Inputfaktor limitiert ist. Wird dann ein zweiter Faktor stetig

dazugefügt, so wird in der Regel zunächst ein steigender Grenzertrag beobachtbar sein. An einem gewissen Punkt wird der Grenzertrag jedoch abnehmen. Man spricht daher vom Gesetz des abnehmenden Ertrags. In der *langen Frist* wird davon ausgegangen, dass die Menge aller Produktionsfaktoren verändert werden kann. In diesem Fall wird zwischen steigenden, konstanten und fallenden Skalenerträgen unterschieden. Steigende Skalenerträge bedeuten, dass der Output im Vergleich zum Input proportional schneller steigt. Bei konstanten Skalenerträgen steigen Input und Output proportional, bei fallenden Skalenerträgen steigt der Input proportional stärker als der Output.

Eine Firma versucht, den Gewinn zu maximieren. Die Angebotsfunktion einer Firma hängt von ihrer Kostenstruktur ab. Dabei wird zwischen kurzfristigen und langfristigen Kosten unterschieden. Für den Begriff der Kosten werden nicht buchhalterische Kosten, sondern kostenrechnerische Kosten angesetzt. Das heißt, die hypothetischen Kosten für das verwendete Eigenkapital sowie ein Unternehmerlohn werden den tatsächlich anfallenden Kosten hinzugefügt. Wenn diese Kosten berücksichtigt werden und ein kostenrechnerischer bzw. ökonomischer Gewinn von Null das Ergebnis ist, ist das Unternehmen dennoch rentabel, da ja der Gewinn in Form von Kapitalkosten schon eingerechnet ist. Bei den Kosten werden zunächst fixe Kosten und variable Kosten und in weiterer Folge Durchschnittskosten, Gesamtkosten und Grenzkosten, das heißt die Kosten für die Produktion einer weiteren Einheit, unterschieden. In der langen Frist wird davon ausgegangen, dass Fixkosten durch Veränderung der Größe der Produktionseinheit auch verändert werden kön-

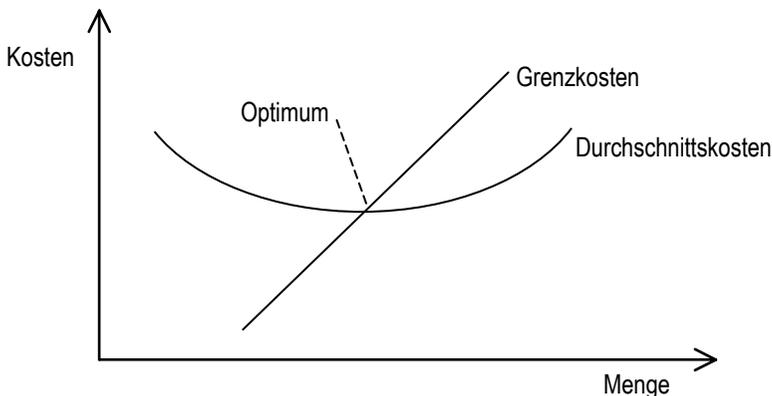


Abbildung 2.1-f: Grenzkosten und Durchschnittskosten im Optimum
Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 297)

nen und damit variabel werden. Somit kann eine Unternehmensgröße gefunden werden, die langfristig – und damit auch in der kurzen Frist – die niedrigsten durchschnittlichen Produktionskosten aufweist. Dies ist in der Regel der Punkt, an dem sich Grenzkostenkurve und Durchschnittskostenkurve schneiden (siehe Abbildung 2.1-f).

Marktformen

Ein *perfekter Markt* charakterisiert sich durch eine sehr große Anzahl von AnbieterInnen und NachfragerInnen für ein identisches Produkt, freien Markteintritt und Marktaustritt und perfekte Information aller MarktteilnehmerInnen. Damit kann kein/e MarktteilnehmerIn den Preis beeinflussen, sondern jede/r muss den Marktpreis akzeptieren. Alle sind damit PreisnehmerInnen und können nur entscheiden, wie viele Einheiten sie von einem Gut kaufen bzw. verkaufen wollen. Die Angebotsfunktion lässt sich im perfekten Markt unmittelbar aus der Grenzkostenkurve ableiten bzw. ist mit dieser in jenem Bereich, in dem sie kurzfristig über den durchschnittlichen variablen Kosten und langfristig über den durchschnittlichen Gesamtkosten liegt, identisch. Die genaue Angebotsmenge wird durch den Punkt bestimmt, an dem die Grenzkostenkurve die Grenzerlöskurve schneidet. Im perfekten Markt ist die Grenzerlöskurve horizontal und gleich dem Marktpreis, da aus Sicht eines/r einzelnen Anbieters/in jede beliebige Menge abgesetzt werden kann. Liegt der Preis über den Durchschnittskosten, wird ein Gewinn erzielt. Dies ist jedoch im perfekten Markt allenfalls temporär der Fall, da durch Markteintritt anderer AnbieterInnen der Marktpreis wieder auf die Null-Gewinn-Schwelle gesenkt wird.

Ein monopolistischer Markt liegt dann vor, wenn einzelne AnbieterInnen nicht nur Mengenentscheidungen, sondern auch Preisentscheidungen treffen müssen bzw. können. Die Extremform des monopolistischen Marktes stellt das *Monopol* dar. Hier versucht der/die MonopolistIn, den optimalen Punkt ebenso im Schnittpunkt von Grenzerlöskurve und Grenzkostenkurve zu finden. Die Grenzerlöskurve ist jedoch nicht horizontal, sondern weist in der Regel eine negative Steigung auf, da die Nachfrage nach dem Produkt bei niedrigeren Preisen höher ist. Im Falle einer linearen Nachfragekurve beträgt die Steigung der Grenzerlöskurve genau die Hälfte der Nachfragekurve. Der Gewinn ergibt sich aus der Differenz zwischen den durchschnittlichen Kosten bei dieser Menge und dem Preis, zu dem diese Menge abgesetzt werden kann (siehe Abbildung 2.1-g).

Das *Oligopol*, also das Vorhandensein von zwei oder einigen wenigen AnbieterInnen, ist ein weiterer Fall monopolistischer Märkte. OligopolistInnen agieren ähnlich wie MonopolistInnen, der Gewinn ist jedoch vergleichsweise geringer. Wenn sie jedoch kooperieren und sich wie Monopolis-

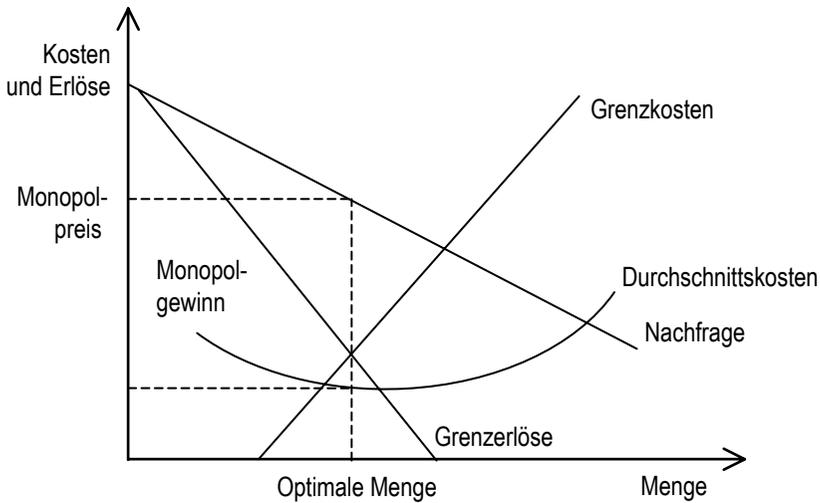


Abbildung 2.1-g: Optimierung im Monopol

Quelle: Eigene Darstellung, nach Mankiw/Taylor (2011: 319)

tInnen verhalten, beispielsweise durch Preis- und Mengenabsprachen, können sie ihren Gewinn erhöhen. Im Falle *monopolistischer Konkurrenz* bieten zahlreiche Unternehmen nicht identische, sondern differenzierte Produkte an. Beispiele hierfür sind etwa Autos, Haushaltsgeräte etc. Alle diese Produkte erfüllen die gleiche Funktion, werden jedoch von den KonsumentInnen als einzigartiges Produkt wahrgenommen. Dies wird etwa durch Ausgaben für Werbung oder Markenbildung gefördert. Die Unternehmen haben damit eine gewisse Monopolmacht und entscheiden über Preis und Menge wie im Monopol. Aufgrund der Vielzahl von AnbieterInnen und der Möglichkeit des Markteintritts wird jedoch davon ausgegangen, dass dadurch in der langen Frist die Monopolgewinne verschwinden. Die Unternehmen operieren jedoch im Bereich der fallenden Durchschnittskosten und damit unterhalb der effizienten Menge.

2.1.3 Ziele, Erkenntnisinteresse und wirtschaftspolitische Implikationen

Ziel neoklassischer Ökonomie ist es, ökonomische Zusammenhänge im engeren Sinn zu verstehen. Dabei ist es zentral, alle ökonomischen Phänomene auf das individuelle Handeln zurückzuführen. Auf Basis dieser Analyse können Empfehlungen für die Rahmenbedingungen von Marktwirtschaften sowie für wirtschaftspolitische Maßnahmen gegeben werden.

Als wirtschaftspolitisches Postulat im neoklassischen Paradigma lässt sich festhalten, dass, wenn perfekter Wettbewerb gegeben ist, *freie Märkte mikroökonomisch effizient* sind und über das Marktgleichgewicht AnbieterInnen und NachfragerInnen koordiniert werden. Ein staatlicher Eingriff in den Markt, wie etwa eine Steuer oder Mindestpreise, führt dazu, dass die gehandelte Menge reduziert wird, was als wohlfahrtsmindernd erachtet wird (detaillierter zur Wohlfahrtsökonomie siehe Kapitel 5). Ebenso soll der Staat davon Abstand nehmen, selbst in den Wirtschaftsprozess einzugreifen, etwa durch staatliche Betriebe oder indem Güter zur Verfügung gestellt werden, die auch über Märkte bereitgestellt werden könnten. Dazu zählen beispielsweise auch die Bereiche Wohnen, Bildung, Altersvorsorge und Gesundheit.

Dennoch werden auch im neoklassischen Paradigma zahlreiche Fälle ausgemacht, in denen – wenn die Voraussetzungen für perfekten Wettbewerb nicht gegeben sind – die *Notwendigkeit staatlichen Eingriffs* gesehen wird. Ein großer Teil der Arbeiten im neoklassischen Paradigma befasst sich heute genau mit diesen Situationen des *Marktversagens* bzw. der *Marktunvollkommenheiten*, die dazu führen, dass sich kein als effizient zu bezeichnendes Marktgleichgewicht einstellt. Dies ist etwa im Bereich *reiner öffentlicher Güter*, wie der Hoheitsverwaltung oder des Militärs, der Fall. Aber auch hier sollen wenn möglich Märkte etabliert werden. Dies wurde zum Teil im Rahmen von New Public Management bei der Organisation des öffentlichen Bereichs umgesetzt und kann zum Beispiel durch Auslagerung von Teilen der Leistungserstellung erfolgen (vgl. Kromphardt 1986: 180ff).

Der Staat soll, wenn nötig, dafür sorgen, dass auf den Märkten möglichst perfekter Wettbewerb herrscht. Dies soll durch ein entsprechendes Wettbewerbsrecht garantiert werden. Oft wird jedoch davon ausgegangen, dass dies nicht nötig sei, sondern die Konkurrenz in Märkten in der Regel ausreichend ist. Diese Argumentation findet sich etwa im Konzept der „bestreitbaren Märkte“. Andere neoklassische Zugänge, wie beispielsweise die Informationsökonomie, die Marktunvollkommenheiten wie etwa nicht perfekte Information thematisieren, finden ebenso Argumente für Staatseingriffe. Dies können Offenlegungsvorschriften sein, die Informationsasymmetrien ausgleichen und damit mehr wünschenswerten Wettbewerb herstellen. Auch bei sogenannten externen Effekten, wie etwa Umweltverschmutzung, können staatliche Eingriffe – etwa durch Umweltsteuern – mikroökonomische Marktverzerrungen und Ineffizienzen reduzieren.

Der Staat wird meist als neutraler Akteur gesehen. Im Zuge der neoklassischen *Theorie der Politik*, zum Teil auch bezeichnet als „Neue Politische Ökonomie“, wird die neoklassische Methodik jedoch auch auf die Analyse des

Staates angewendet. Dazu gehört etwa die Theorie der Bürokratie. Dabei wird den MitarbeiterInnen in den Bürokratien rationales, den Eigennutzen maximierendes Verhalten unterstellt. Ebenso werden Parteien als Organisationen von nutzenmaximierenden Individuen aufgefasst, die versuchen, Stimmen und damit Zugang zu Ressourcen zu maximieren (siehe Kapitel 3).

Von der potenziellen *Effizienz* der Märkte ist nicht nur auf mikroökonomischer, sondern auch auf *makroökonomischer Ebene* auszugehen. Sowohl die Märkte für Ressourcen, wie der Arbeits- und der Kapitalmarkt, als auch der Markt für Güter gelten als effizient bzw. können durch Staatseingriffe effizient gemacht werden. Generell steht man Staatseingriffen ins Marktgeschehen skeptisch gegenüber, es sei denn, sie können mikroökonomisch begründet werden. Der Staat soll daher den Markt störende Eingriffe möglichst zurücknehmen und damit die Rahmenbedingungen für privates Wirtschaften verbessern, was auch häufig als Angebotspolitik bezeichnet wird (Heine/Herr 2003: 519). Da auch auf makroökonomischer Ebene davon ausgegangen wird, dass der Staat Marktgleichgewichte stören und damit grundsätzlich stabile Märkte destabilisieren kann, wird eine regelgebundene Wirtschaftspolitik bevorzugt, um das grundsätzlich als problematisch erachtete diskretionäre Eingreifen durch WirtschaftspolitikerInnen zu verhindern. Insbesondere in der *ordoliberalen* Theorie wurden dazu systematische Überlegungen entwickelt. Es ist daher notwendig, den Markt vor dem Staat zu schützen. Sowohl in der Wachstums- bzw. Stabilisierungspolitik (siehe Kapitel 4) als auch im Bereich der Geldpolitik (siehe Kapitel 6) gelten daher defensive bzw. regelgebundene Politiken als wünschenswert. Überdies soll der Staat aus neoklassischer Perspektive tunlichst von Umverteilung Abstand nehmen (siehe Kapitel 5).

2.1.4 Methodologische Grundlagen und Zugänge

Auf Basis des kritischen Rationalismus als wissenschaftstheoretischer Grundlage wird heute in der Neoklassik, in der Tradition des Positivismus, Wertfreiheit angestrebt. Wichtig ist dabei die Vorstellung, dass eine klare Unterscheidung zwischen *positiven Aussagen* bzw. positiver Ökonomie und *normativen Aussagen* möglich ist. Erstere beinhalten in dieser Sichtweise keine Werturteile – sind daher nicht im geläufigen Sinne positiv, sondern stellen wertfreie Aussagen über ökonomische Fakten dar. Beispielsweise gelten Aussagen und Annahmen, wie „die Arbeitslosigkeit beträgt 4,6%“, „es gibt eine natürliche Rate der Arbeitslosigkeit“, „intersubjektiver Nutzen ist nicht vergleichbar“, „der methodologische Individualismus ist die einzig richtige Form, wie ökonomische Phänomene analysiert werden können“ etc. als positiv und damit als wertfrei. Normative Aussagen sind beispielsweise, „die Arbeitslosigkeit soll reduziert werden“, „Einkommen soll hin zu den Ärmeren umverteilt

werden“ etc. Ökonomische Wissenschaft soll sich jedoch – nach Ansicht der Neoklassik – nicht mit normativen Aspekten beschäftigen, sondern wertfrei als positive Ökonomie praktiziert werden.

Dabei ist der bereits angesprochene *methodologische Individualismus* das leitende Prinzip im neoklassischen Paradigma. Alle ökonomischen Phänomene werden auf Basis des Handelns von Individuen erklärt, das zum Ziel hat, rationalen Nutzen zu maximieren, und das auf Märkten zusammentrifft und zu einem Gleichgewicht führt. Auch wenn die neoklassische Theorie unterschiedliche Ursprünge hatte und die österreichische Schule eine nicht-mathematisierte Argumentationsform wählte, so wird heute in der Regel davon ausgegangen, dass ökonomische Phänomene mittels *mathematischer Modelle* adäquat erfasst werden sollen (Milonakis/Fine 2009). Die Ausnahme bildet die neoliberale Theorie, wie sie etwa von August Friedrich Hayek (1991 [1960]) weiter entwickelt wurde, die ohne jeglichen Bezug zu mathematischen Symbolen auskommt.

Die Mathematik gilt als präzise und exakte Wissenschaft und soll damit dem Anspruch des Kritischen Rationalismus gerecht werden. Dies entspricht auch der angestrebten Wertfreiheit der neoklassischen Theorie. In der Regel wird auf eine bestimmte Form der Mathematik zurückgegriffen, wie sie im 19. Jahrhundert entwickelt wurde. Modelle bestehen in der Regel aus einem System von Gleichungen mit Informationen bzw. Annahmen zu einzelnen Variablen. Da Grenzkosten, Grenzerlöse und auch Grenznutzen wichtige Kategorien darstellen, spielen Differentialgleichungen eine prominente Rolle. Im Rahmen des *Gleichungssystems* können Lösungen, wie etwa Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge, gefunden werden. Durch Variation der Variablen können komparativ-statische Analysen vorgenommen werden. Die mathematischen Modelle können sehr einfach sein, wenn einzelne Märkte und Zusammenhänge beschrieben werden. Werden mehr Variablen erfasst, sind die Modelle jedoch entsprechend komplexer und mathematisch ist das Gleichungssystem dann zum Teil nicht mehr lösbar. Seit einiger Zeit wird versucht, dies durch Computersimulation zu lösen. Von Paul Krugman und anderen wurde beispielsweise versucht, etwas komplexere räumliche Phänomene in der Ökonomie – wie etwa Agglomerationen – mit Hilfe von Simulationsmodellen zu beschreiben, da diese bis dato im Rahmen von mathematischen Gleichungsmodellen nicht lösbar waren (siehe Kapitel 7). Im Zuge ökonometrischer Untersuchungen kann dann versucht werden festzustellen, inwieweit die Modelle mit empirischen Daten übereinstimmen.

Da es sich um Gleichungssysteme handelt, die jeweils ausgehend von der Entscheidung rationaler Individuen ökonomische Phänomene erklären, kommt „historische Zeit“ nicht vor. Diese Aussparung von historischer

Zeit bedeutet auch, dass nicht nur Marktergebnisse, wie Preise und Mengen, sondern auch Institutionen als direktes Ergebnis des rationalen Handelns von Individuen erachtet werden. So wurde etwa von Ronald Coase (1937) die Existenz von Firmen, die ja wichtige Institutionen darstellen, dadurch erklärt, dass sie Transaktionskosten senken. In Firmen gebe es Hierarchien, die helfen, derartige Kosten zu sparen, die anfallen würden, wenn man jede einzelne Leistung immer direkt auf dem Markt kaufen müsste.

Im Zuge einer Ausdifferenzierung der neoklassischen Theoriebildung treten heute allgemeine Gleichgewichtsmodelle, die sich auf die Ökonomie in ihrer Gesamtheit beziehen, in den Hintergrund. Vielmehr erfolgt eine Hinwendung zu spezifischen mikroökonomischen Fragestellungen, wie etwa die Analyse des strategischen Verhaltens von TeilnehmerInnen auf monopolistischen Märkten im Rahmen der Spieltheorie. Überdies wird das neoklassische Instrumentarium auch für die Erforschung nicht-ökonomischer Bereiche, wie etwa Heiratsentscheidungen, angewendet (Screpanti/Zamagni 2005). In wichtigen Strömungen der Neoklassik findet sich eine verstärkte Beschäftigung mit *Marktimperfectionen*. Dazu gehört nicht nur die Informationsökonomie, die Fälle unvollständiger Information aufgreift, sondern auch Ansätze, die sich mit nicht gänzlich rationalem Verhalten von Individuen, beispielsweise im Rahmen der Verhaltensökonomie, beschäftigen (vgl.

Milonakis/Fine 2009: 306ff). Dennoch liefert die neoklassische Theorie heute noch zahlreiche Beiträge zu wirtschaftspolitischen Diskussionen auf makroökonomischer Ebene. Hierbei stehen insbesondere sogenannte neokeynesianische Modelle im Vordergrund.

Milonakis/Fine 2009: 306ff). Dennoch liefert die neoklassische Theorie heute noch zahlreiche Beiträge zu wirtschaftspolitischen Diskussionen auf makroökonomischer Ebene. Hierbei stehen insbesondere sogenannte neokeynesianische Modelle im Vordergrund.

Zusammenfassung

Die neoklassische Theorie erklärt ökonomische Phänomene ausgehend von der Annahme der Knappheit der natürlichen Ressourcen und basierend auf dem methodologischen Individualismus. Dabei stehen insbesondere mikroökonomische Fragestellungen im Vordergrund. Es wird davon ausgegangen, dass Märkte grundsätzlich effizient sind und damit zu optimalen Lösungen wirtschaftlicher Fragen führen. Staatliches Eingreifen in Märkte wird mit

REFLEXIONSFRAGEN

Was sind die zentralen Konzepte der Neoklassik?

Welche methodologischen Kernelemente zeichnen sie aus?

Wie hängen die wirtschaftspolitischen Empfehlungen mit der Methodik der Neoklassik zusammen?

In welchem historischen Kontext hat sich die Neoklassik entwickelt und warum fand sie rasche Verbreitung?

großer Skepsis betrachtet, wenn es auch in bestimmten Fällen von Marktversagen als notwendig erachtet werden kann. Dies wird etwa im Rahmen der Informationsökonomie oder der Verhaltensökonomie thematisiert. Die makroökonomische Ebene wird ebenso auf Basis des methodologischen Individualismus analysiert. Hier wird generell von der Stabilität und Effizienz der Märkte ausgegangen. Staatliche Intervention soll möglichst regelgebunden sein und die Effizienz des Marktes nicht beeinträchtigen.

Literatur

- Coase, Ronald (1937): The Nature of the Firm. In: *Economica* 4 (16), 386-405.
- Hayek, August Friedrich (1991 [1960]): *Die Verfassung der Freiheit*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Heine, Michael/Herr, Hans-Jörg (2003): *Volkswirtschaftslehre*. München: Oldenburg.
- Kromphardt, Jürgen (1986): *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Mankiw, Gregory N./Taylor, Mark P. (2011): *Economics*. Andover: Cengage Learning.
- Marshall, Alfred (1997 [1890]): *Principles of Economics*. New York: Riverhead.
- Milonakis, Dimitris/Fine, Ben (2009): *From Political Economy to Economics. Method, the social and the historical evolution of economic theory*. London: Routledge.
- Screpanti, Ernesto/Zamagni, Stefano (2005): *An Outline of the History of Economic Thought*. Oxford: Oxford University Press.
- Sherman, Howard J./Hunt, E.K./Nesiba, Reynold F./Ohara, Phillip Anthony/Wiens-Tuers, Barbara (2008): *Economics. An Introduction to Traditional and Progressive Views*. Armonk: M.E. Sharp.

2.2 Keynesianismus

Der Keynesianismus ist durch seine oppositionelle Haltung gegenüber der Neoklassik geprägt sowie deren Weiterentwicklung im Rahmen der *neoklassischen Synthese* (wobei es sich nicht um das Konzept des Neoklassizismus handelt, sondern um die unmittelbare Integration der keynesianischen in die neoklassische Theorie Ende der 1930er Jahre) und des *Monetarismus*. Seine spezifische theoretische Ausgestaltung, die historisch besonders von *John Maynard Keynes* (1883–1946) beeinflusst wurde, bemüht sich um ein dauerndes Hinterfragen der Adäquatheit theoretischer Modelle zur Erklärung und zum Verständnis realer Probleme – das bedeutet, dass die realwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen der theoretischen Konzeption einen wichtigen Bestandteil der Diskussion einnehmen. Mit dieser Ausrichtung an der Empirie soll gleichzeitig eine Alternative zu Modellen der Neoklassik geschaffen werden, die stärker theoriegeleitet sind. Wie bereits in Kapitel 1 beschrieben, erweist sich der philosophische Ansatz des *Kritischen Realismus* als Möglichkeit zur strukturierten Darstellung der Fragestellungen des Postkeynesianismus. Diese Strömung der keynesianischen Theorie versteht sich als unmittelbare Weiterführung der theoretischen Konzeption von Keynes und wird in diesem und den nachfolgenden Kapiteln als keynesianischer Ansatz vorgestellt.

Ein wesentlicher Kritikpunkt des Postkeynesianismus an der Neoklassik besteht darin, dass deren abstrakte Modelle durch enge Axiome (= Grundsätze) bestimmt werden, die nicht die realen Phänomene (wie das Vorhandensein unfreiwilliger Arbeitslosigkeit) der Wirtschaft widerspiegeln. Dennoch ist auch der Postkeynesianismus nicht frei von Axiomen, wenn auch ihre Verwendung nicht dem Selbstzweck der Schaffung eines formalen Modells dient, wie in der Neoklassik, sondern der Erklärung realer Phänomene.

Nachdem sich der Postkeynesianismus um eine Einbettung der ökonomischen Theorie in den historischen Kontext bemüht, ist es auch notwendig, einen Blick auf die historische Genese des Postkeynesianismus selbst und dessen interne theoretische Dissonanzen und Konflikte zu werfen. Im Anschluss daran werden die grundlegenden ökonomischen Konzepte – wobei die *effektive Nachfrage* im Zentrum steht – vorgestellt. Die Diskussion um die *Bedeutung von Unsicherheit*, von *historischer Zeit* sowie die Forderungen nach einem *offenen System*, nach *Interdisziplinarität* und die *Bedeutung von Institutionen* stellen zentrale methodologische Grundlagen dar.

2.2.1 Grundsätzliche Herangehensweise

Im Hinblick auf die unterschiedlichen Weiterentwicklungen des Keynesianismus lassen sich drei Strömungen unterscheiden: die neoklassische Synthese, der Neo- oder auch Neukeynesianismus und der Postkeynesianismus. Während sowohl die neoklassische Synthese als auch der Neo-/Neukeynesianismus um eine Integration in die Paradigmen der Neoklassik bemüht waren und sind, stellt der Postkeynesianismus eine unmittelbare Weiterführung der keynesianischen Paradigmen dar. Daher wird er im Folgenden als Synonym für Keynesianismus verwendet.

Der Postkeynesianismus basiert im Wesentlichen auf den Werken von John Maynard Keynes und versteht sich als Weiterentwicklung seines theoretischen Rahmens. Bereits vor dem Erscheinen der *General Theory of Employment, Interest, and Money* von John Maynard Keynes gab es unter seinen SchülerInnen eine lebhaft diskutierte Diskussion um deren Inhalte und gesellschaftspolitische Konsequenzen (King 2002: 1). Von zentraler Bedeutung war dabei Joan Robinson, die in den 1930er Jahren lebhaft an der Diskussion der keynesianischen Theorie teilnahm und von Keynes selbst nicht beachtete Aspekte, wie Fragen der Einkommensverteilung und der Kapitalakkumulation, analysierte.

Neben Joan Robinson zählen auch Roy F. Harrod, Nicholas Kaldor und Sidney Weintraub zu jenen Ökonomen, die eine Diskussion der keynesianischen Theorie im Sinne von Keynes, das heißt, abseits der bereits erwähnten neoklassischen Synthese, vorgenommen haben (siehe Abbildung 2.2-a). Diese ÖkonomInnen werden auch häufig als Cambridge-ÖkonomInnen (auch Cambridge Schule), nach ihrem Wirkungskreis Cambridge, GB (oder, wie im Fall von Roy F. Harrod und auch Michal Kalecki, in der Nähe, nämlich Oxford) bezeichnet (Lavoie 2006: 4f).

Das bedeutet, dass der Postkeynesianismus in seinen Anfängen, also vor allem in den 1940er und 1950er Jahren, von einem breiten Kreis an ÖkonomInnen und deren theoretischen Zugangsweisen beeinflusst wurde. Die dadurch initiierte Entwicklung des Postkeynesianismus wird besonders in zwei zentralen Werken sichtbar: dem *Guide to Post Keynesian Economics*, herausgegeben von Alfred Eichner im Jahr 1979, und dem *New Guide to Post Keynesian Economics*, herausgegeben von Richard Holt und Steven Pressman aus dem Jahr 2001, und den darin enthaltenen theoretischen Konzeptionen. Während im Sammelband von 1979 der Schwerpunkt auf eine Abgrenzung vom ökonomischen Mainstream, genauer gesagt der neoklassischen Synthese, gelegt und der Konzeption von Sraffa (siehe Abbildung 2.2-a) ein eigenes Kapitel zugesprochen wurde, wird dem theoretischen Ansatz von Sraffa im „neuen Guide“ kein Platz mehr eingeräumt. Demgegenüber wird der Fokus verstärkt auf die methodologischen Grundlagen und die zukünftige Ausrichtung des Postkeynesianismus gelegt.

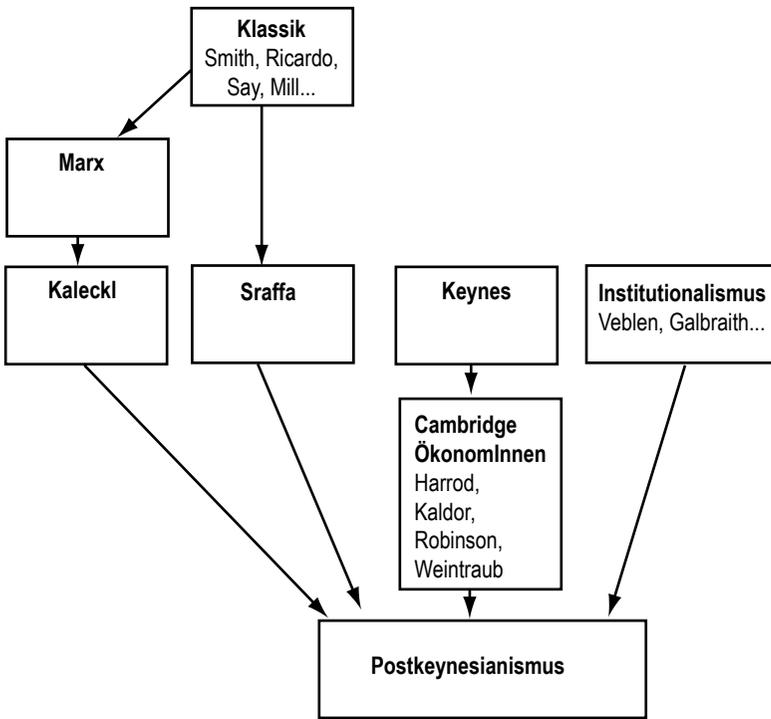


Abbildung 2.2-a: Genese des Postkeynesianismus

Quelle: Eigene Darstellung, nach Lavoie (2006: Abb. 1.1)

Zwar hat dadurch im Laufe der historischen Entwicklung des Postkeynesianismus (im Wesentlichen von den 1940er Jahren bis heute) eine Fokussierung auf die theoretischen Wurzeln bei Keynes stattgefunden, in den wirtschaftspolitischen Empfehlung und bei den theoretischen Analysen werden jedoch durchwegs auch Einflüsse aus anderen theoretischen Strömungen, wie unter anderem dem *Institutionalismus* oder auch der *Regulationstheorie*, deutlich (Genauerer bei King 2002: 225ff). So schrieb beispielsweise Keynes an John Commons – einen Vertreter des Institutionalismus in Großbritannien: „[...] there seems to me no other economist with whose general way of thinking I fell myself in such general accord“ (zitiert nach King 2002: 226). Dies verdeutlicht, dass bereits Keynes selbst seinen ökonomischen Ansatz nicht losgelöst von anderen herrschenden ökonomischen Strömungen gesehen hat, sondern in der Kooperation und in der Betrachtung ökonomischer Probleme vor dem Hintergrund unterschiedlicher ökonomischer Modelle einen zusätzlichen Erklärungswert finden konnte. Demnach war der Postkeynesianismus

in seiner historischen Genese von einem Spannungsverhältnis geprägt – von theoretischer Fokussierung in Bezug auf die eigenen Wurzeln einerseits und Kooperation mit anderen entstehenden ökonomischen Richtungen andererseits. Im Rahmen dieses Kapitels 2 wird ersterer Aspekt ins Zentrum gerückt, und die wesentlichen Elemente, die zur heutigen Ausgestaltung dieses Paradigmas beigetragen haben, werden beschrieben. Auf die Bedeutung eines multidisziplinären Ansatzes und die Integration weiterer ökonomischer Sichtweisen in das postkeynesianische Modell wird dann in den nachfolgenden Kapiteln 3 bis 7 im Bezug auf die jeweiligen Forschungsfragen der dort dargestellten ökonomischen Themenfelder verwiesen. In der historischen Entwicklung des Postkeynesianismus erweisen sich zwei Elemente als wesentlich:

- (1) zum einen die wachsende Bedeutung von ÖkonomInnen außerhalb Großbritanniens, vor allem in den USA;
- (2) und zum anderen die sogenannte *Cambridge-Kontroverse*, die eine inhaltliche Auseinandersetzung mit und eine Kritik an den Grundelementen des ökonomischen Mainstream darstellen.

Da im Zentrum der *Cambridge-Kontroverse* die Diskussion um die Messung von Kapitalwerten und eine Kritik an der neoklassischen Produktionstheorie stehen (siehe unter anderem Robinson 1953), werden diese in Kapitel 4 (Wachstum, Entwicklung und Krise) genauer vorgestellt. An dieser Stelle soll auf die Verbreiterung des Ansatzes durch ÖkonomInnen vor allem aus und in den USA eingegangen werden, die seit den 1960er Jahren wichtige Beiträge geliefert haben. Daneben hat der postkeynesianische Ansatz aber auch in Kanada etwa durch *Marc Lavoie*, in Frankreich unter anderem durch *Alain Parguez*, in Italien durch *Luigi Pasinetti* und in Österreich durch *Joseph Steindl* und *Kurt Rothschild* Erweiterungen erfahren.

An der Entwicklung in den USA war *Sidney Weintraub* maßgeblich beteiligt, der Ende der 1930er Jahre an der London School of Economics (King 2002: 105) unterrichtete und nach seiner Rückkehr in die USA postkeynesianische Konzepte lehrte. Zu seinen Schülern zählt *Paul Davidson*, der in der Folge vor allem den monetären Postkeynesianismus vorangetrieben hat. In Kapitel 6, das sich der Rolle des Geldes widmet, werden diese Konzepte genauer besprochen. Während die *Cambridge-Kontroverse* die Entwicklung des Postkeynesianismus in den 1950er Jahren vor allem in Bezug auf die Fragen von Verteilung und Wachstum nachhaltig geprägt hatte, so war es Ende 1971 wiederum *Joan Robinson*, die mit ihrer vielbeachteten Rede vor der *American Economics Association* in New Orleans (King 2002: 123f) den Grundstein für eine breitere Basis des postkeynesianischen Paradigmas lieferte. Sie schaffte es, mit ihrer Analyse der großen Depression und indem sie deutlich machte, dass die neoklassische Theorie nicht in der Lage wäre, Beschäftigung zu schaffen,

den anwesenden ÖkonomInnen, die selbst innerhalb der postkeynesianischen Theorie forschten, Motivation und Hoffnung auf eine „zweite keynesianische Revolution“, eine „postkeynesianische Revolution“, und damit eine stärkere wirtschaftspolitische Wahrnehmung des Ansatzes innerhalb der wissenschaftlichen Community, zu geben. Zwei weitere Ökonomen, *Alfred Eichner* und *Jan Kregel*, publizierten 1975 vor diesem Hintergrund des theoretischen Aufbruchs und motiviert durch die Tatsache, dass die neoklassische Theorie reale Phänomene nicht erklären konnte, einen ersten Überblicksartikel, der die Elemente des postkeynesianischen Paradigmas in vier wesentlichen Punkten zusammenfasste. Ein weiterer Überblicksartikel von *Antony Thirlwall* aus dem Jahr 1993 ist es schließlich, der anhand von sechs Elementen den theoretischen Grundstock des Postkeynesianismus liefert (Thirlwall 1997). Im Folgenden wird zunächst auf jene Aspekte dieser einflussreichen Beiträge eingegangen, welche die theoretischen Grundannahmen festlegen, im Anschluss daran werden die methodologischen Grundlagen aufgearbeitet.

2.2.2 Zentrale Konzepte

Insgesamt liegt der Schwerpunkt des Postkeynesianismus im Bereich der Analyse von realen Phänomenen, ausgelöst durch wirtschaftliches Handeln. Das bedeutet, dass im Gegensatz zur Neoklassik angenommen wird, dass das wirtschaftliche und marktförmige Handeln unter anderem zu Arbeitslosigkeit führen kann. Der spezielle Fokus liegt auf einer makroökonomischen Betrachtung. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die oben erwähnten Aufsätze von Thirlwall (1997) und Eichner/Kregel (1975), die die wesentlichsten Elemente des postkeynesianischen Ansatzes pointiert zusammengefasst haben.

Effektive Nachfrage und unfreiwillige Arbeitslosigkeit

Im Mittelpunkt der keynesianischen Analyse stehen die *effektive Nachfrage* und das Gleichgewicht auf dem Gütermarkt, die hier genauer erklärt werden sollen. Es wird davon ausgegangen, dass – entgegen der Meinung der Neoklassik – die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch die *makroökonomische Nachfrage* – im Speziellen durch die effektive, also tatsächliche Nachfrage – geprägt ist. Darunter ist die gesamtwirtschaftliche (auch aggregierte) Nachfrage (AN) von Haushalten im Rahmen von Konsumausgaben, Unternehmen durch Investitionen und dem Staat im Rahmen von Staatsausgaben zu verstehen. Handelt es sich um eine offene Volkswirtschaft, das heißt, eine Ökonomie, die Außenhandel betreibt und Importe zulässt, so sind auch die Nettoexporte – der sogenannte Außenbeitrag – in die gesamtwirtschaftliche Nachfrage integriert.

Bereits Keynes geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche *effektive Nachfrage* zu einer Situation der Unterbeschäftigung führt. Das Aufeinandertreffen der freien Marktkräfte bewirkt demnach nicht, dass ein Gleichgewicht im Sinn eines optimalen Preises und einer optimalen Menge auf allen Märkten erreicht wird. Diese Form der Unterbeschäftigung begründet die Existenz von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, die Keynes folgendermaßen beschreibt:

„Men are involuntarily unemployed if, in the event of a small rise in the price of wage-goods relatively to the money-wage, both the aggregate supply of labour willing to work for the current money-wage and the aggregate demand for it at that wage would be greater than the existing volume of employment.“ (Keynes 1964: 15)

Aus obigem Zitat ergeben sich zwei Ansatzpunkte für die Kritik an der Neoklassik, nämlich zum einen deren mikroökonomische Fundierung und zum anderen die daraus resultierende Bedeutung des Arbeitsmarktes. Anders als in der neoklassischen Betrachtung sieht die keynesianische Ökonomie die Ursache für Arbeitslosigkeit nicht im Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, sondern in einem Mangel bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der wiederum zu einer geringeren Produktion und damit einer sogenannten „*deflatorischen Lücke*“ führt. Das bedeutet, dass zuwenig Nachfrage herrscht, wodurch Preise nicht ansteigen und die Gefahr von Inflation besteht, sondern vielmehr das Preisniveau zu gering ist und damit Deflation herrscht. Der Begriff „*deflatorische Lücke*“ symbolisiert daher die Differenz zwischen der tatsächlichen Nachfrage und jener, die herrschen müsste, um zu einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen. Gleichzeitig bedeutet das, dass Arbeitslosigkeit nicht dadurch entsteht, dass ArbeitnehmerInnen zu hohe Lohnforderungen stellen, vielmehr wären ArbeitnehmerInnen durchaus gewillt, auch zum gängigen oder sogar zu einem geringeren realen Lohn zu arbeiten, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten (Thirlwall 1997: 9; eine genauere Darstellung der Bedeutung des Arbeitsmarktes findet sich in Kapitel 3.2). Die Bedeutung der effektiven Nachfrage für die keynesianische Argumentation ist in Abbildung 2.2-b dargestellt.

Die gesamtwirtschaftliche (auch aggregierte) Nachfrage (AN) besteht aus den Komponenten makroökonomischer Konsum, Investitionen und Staatsausgaben sowie dem Außenbeitrag. In Abbildung 2.2-b ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage als fallende Funktion dargestellt. Entgegen den Annahmen der Neoklassik, die von einem vertikalen Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion ausgeht (entsprechend dem Say'schen Gesetz), wird in der keynesianischen Ökonomie von einer zunächst flachen und im weiteren Verlauf steiler ansteigenden gesamtwirtschaftlichen Angebotsfunktion (AA) ausgegangen. Dabei wird angenommen, dass bei einem größeren Abweichen vom

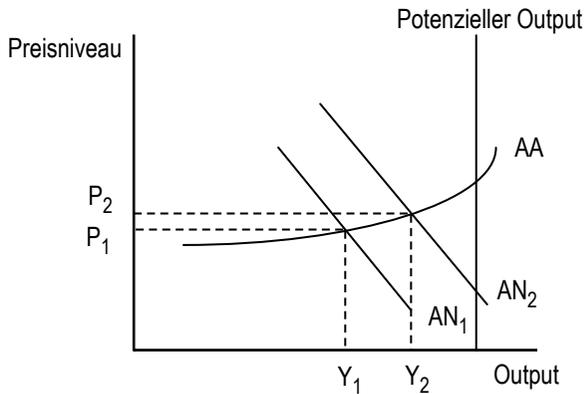


Abbildung 2.2-b: Effektive Nachfrage

Quelle: Eigene Darstellung, nach Samuelson/Nordhaus (1995: 455)

potenziellen Output die Arbeitslosigkeit so groß ist, dass eine Outputerhöhung keinen Lohndruck nach sich zieht. Eine steigende Nachfrage erhöht den Güterumschlag und bewirkt dabei einen leichten Preisauftrieb. Im Extremfall kann auch ein horizontaler Verlauf bis zum Niveau des potenziellen Outputs argumentiert werden; im potenziellen Output schließlich ergibt sich ein vertikaler Verlauf des gesamtwirtschaftlichen Angebots. Der Schnittpunkt der beiden Funktionen stellt das tatsächliche Outputniveau (Y_1) dar, dem ein entsprechendes Preisniveau (P_1) gegenüber steht. Das bestehende Gleichgewicht auf dem Gütermarkt muss nun nicht dem potenziellen – das heißt jenem bei vollständiger Auslastung der Ressourcen möglichen – Outputniveau entsprechen. Das Bestehen von Arbeitslosigkeit zeigt die nicht-vollständige Auslastung der Kapazitäten. Angesichts bestehender Arbeitslosigkeit wird davon ausgegangen, dass ein derartiges *Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung* ein wahrscheinliches Szenario in einer Volkswirtschaft darstellt. Eine Verbesserung der Situation, also eine Reduktion der Arbeitslosigkeit, kann durch eine Erhöhung der aggregierten Nachfrage erzielt werden. Diese kann einerseits durch eine Steigerung einer der genannten Komponenten, Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und Außenbeitrag (für eine offene Volkswirtschaft), erzielt werden, andererseits auch durch eine Veränderung der realen Geldmenge. Auf letztere Möglichkeit des Eingriffs wird hier nicht genauer eingegangen, nachdem Fragen der Geldpolitik und deren Effektivität ausführlich in Kapitel 6 besprochen werden. An dieser Stelle sollen die *fiskalpolitischen Möglichkeiten* (= Eingreifen des Staates durch Staatsausgaben und Steuern) vorgestellt werden.

Während der Konsum der Haushalte und die Investitionen der Unternehmen lediglich *indirekt* – nämlich über die Konsumfunktion als Element der aggregierten Nachfrage – durch staatliche Anreize beeinflusst werden können, ergibt sich durch Staatsausgaben eine *direkte* Eingriffsmöglichkeit auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Eine *Erhöhung der Staatsausgaben* kann somit eine Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach oben (außen) bewirken (siehe AN_2 in Abbildung 2.2-b) und auf diese Weise eine Erhöhung des Outputs (auf Y_2) bei lediglich einer geringen Erhöhung des Preisniveaus (von P_1 auf P_2) erzielen. Auf diese Weise ist ein fiskalpolitisches Eingreifen des Staates *realwirtschaftlich wirksam*.

Anerkennung der Folgen der Geldwirtschaft und der Bedeutung des Geldes

„... it [die postkeynesianische Theorie] retains the fundamental approach to a monetized production economy outlined by Keynes [...] it implies as well the following: [...] the need to recognize that real commodity and labor flows are expressed in a system as monetary flows, the real aspect being reflected on the product side of the national accounts and the monetary flows on the income side.“ (Eichner/Kregel 1975: 1300)

Obiges Zitat verdeutlicht, dass in der postkeynesianischen Theorie die Struktur einer ökonomischen Analyse auf das System der Geldwirtschaft ausgerichtet sein muss. Dies impliziert auch die Kritik an der Neoklassik, da diese in ihrem Modellrahmen von einer Tauschwirtschaft ausgeht und den spezifischen Effekt der Geldwirtschaft außer Acht lässt. Demgegenüber muss anerkannt werden, dass Güterproduktion und Arbeit mit Geld abgegolten werden und Geld *nicht neutral* ist, das heißt, es hat eine Auswirkung auf die Realwirtschaft. Dies zieht weitere Effekte für die monetäre Analyse nach sich:

- Zum einen dient Geld als die Entlohnung der Arbeitskraft, somit ist die Höhe der Entlohnung im Vergleich zum erwirtschafteten Wert (Arbeitsproduktivität) maßgeblich für den Wert des Geldes – und somit auch für die Inflation. Diese wird also durch die Kostenseite determiniert, nicht etwa durch die Nachfrage nach Gütern oder das Geldangebot.
- Weiteres steht im Postkeynesianismus auch bei der monetären Analyse (siehe Kapitel 6) entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Ausrichtung die Nachfrageorientierung im Mittelpunkt. Dadurch ergibt sich entgegen dem neoklassischen Ansatz ein Modell des *endogenen Geldes*, indem die Zentralbank nicht mehr die vollständige Kontrolle über das Geldangebot hat.

Dynamik und wirtschaftliche Entwicklung

Zeit und *historischer Kontext* sind wesentlich für die postkeynesianische Analyse. Daher wird die kapitalistische Entwicklung immer vor dem Hintergrund eines historischen Ablaufs gesehen. Daraus ergibt sich, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine Volkswirtschaft einem langfristigen Gleichgewicht zustrebt, sondern dass sich persistente Ungleichgewichte ergeben, die sich etwa durch Unterbeschäftigung zeigen. Ausgangspunkt für die Frage nach wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung stellten die Modelle von *Harrod* und *Domar* dar. Deren Anwendung und die Unterschiede im Vergleich zur neoklassischen Weiterentwicklung werden in Kapitel 4 beschrieben. Im Hinblick auf die Frage nach der Dynamik und der wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich folgende Kennzeichen der postkeynesianischen Ökonomie festhalten:

- Investitionen werden als wesentliche Determinante für wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum angesehen. Doch gegen das neoklassische Postulat *Sparen gleich Investitionen*, dass also getätigte Sparvolumina Investitionen ermöglichen (für die entsprechenden Ausführungen im Rahmen der Neoklassik siehe Kapitel 4.1), verwehrt sich der keynesianische Ansatz. Zwar wird angenommen, dass sich *ex post* – das heißt, im Nachhinein – die Gleichung erfüllt, doch es muss nicht zu Sparvolumina kommen, um Investitionen zu ermöglichen. Vielmehr ergeben sich nach dem Postkeynesianismus Verschuldungspositionen und Kreditverbindlichkeiten durch die Investitionswünsche der Unternehmen, die durch Reserven und Sparvolumina im Nachhinein durch Geschäftsbanken besichert werden. Damit begründet sich die Vorstellung endogenen Geldes.
- Aus der Anerkennung, dass wirtschaftliche Entwicklung nicht immer einem Gleichgewicht zustrebt, dass es beispielsweise zu Unterbeschäftigung kommen kann, ergibt sich für den postkeynesianischen Ansatz auch die Bedeutung der Verteilung von Wachstum und Entwicklung einer Volkswirtschaft. Dabei steht neben der personellen Einkommensverteilung und -umverteilung die *funktionale Einkommensverteilung*, das heißt, die Frage nach der Verteilung der Entgelte der Wertschöpfung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, im Mittelpunkt. Den Zusammenhängen und Effekten im Bereich der Verteilung wird in der Folge in Kapitel 5 nachgegangen.
- Nachdem wirtschaftliche Entwicklung zu Ungleichgewichten führen und die effektive Nachfrage Unterbeschäftigung nach sich ziehen kann, die wiederum eine Outputleistung unterhalb des Potenzials bewirkt, werden aktive wirtschaftspolitische Maßnahmen gefordert, die sich entgegen

der neoklassischen Ausrichtung nicht in einer liberalen, sondern einer aktiven interventionistischen Richtung manifestieren. Ein starker Staat wird gefordert, um Ungleichgewichte, aber auch Krisen (vgl. Kapitel 4) zu überwinden. Die Stellung des Staates und der Fiskalpolitik wird in Kapitel 3 genauer erläutert.

Zusammenhang zwischen Mikro- und Makroökonomie

Makroökonomische Zusammenhänge lassen sich nicht durch eine Aggregation der Mikroökonomie erklären. Keynes verweist hier auf die Möglichkeit von „Trugschlüssen“. Das Beispiel des Sparparadoxons anhand der „Bienenfabel“ (siehe Keynes 1964: 358ff), die bereits Bernard Mandeville 1723 beschrieben hatte, zeigt, dass Sparen für den einzelnen Haushalt positiv ist, eine Volkswirtschaft durch steigendes Sparvolumen jedoch an einem Mangel effektiver Nachfrage leidet und damit schlussendlich mit einem Rückgang an Investitionen und Output zu rechnen hat (siehe auch Abbildung 2.2-b).

„A diminished propensity to consume to-day can only be accommodated to the public advantage if an increased propensity to consume is expected to exist some day. We are reminded of ‚The Fable of the Bees‘ – the gay of to-morrow are absolutely indispensable to provide a *raison d’être* for the grave of to-day“. (Keynes 1964: 106)

In der postkeynesianischen Theorie kommt zwar mikroökonomischen Zusammenhängen eine besondere Bedeutung bei den Fragen nach Preisbildung und Effekten unterschiedlicher Wettbewerbsstrukturen zu; diese mikroökonomischen Elemente der postkeynesianischen Ökonomie sind jedoch seit den 1970er Jahren in den Hintergrund getreten. Allgemein wird im Rahmen des Postkeynesianismus die Mikrofundierung der Makroökonomie abgelehnt, da die aggregierte Betrachtung einzelwirtschaftlicher Phänomene keine hinreichenden Schlüsse auf gesamtwirtschaftliche Konstellationen ermöglichen.

2.2.3 Ziele, Erkenntnisinteresse und wirtschaftspolitische Implikationen

Nachdem eine Volkswirtschaft nach keynesianischem Ansatz nicht am potenziellen Output operiert und es nicht angenommen werden kann, dass eine Ökonomie von sich aus einem Gleichgewicht bei Vollauslastung aller Ressourcen zustrebt, ergibt sich die Notwendigkeit für staatliche Eingriffe. Ausgehend von der effektiven Nachfrage kann die deflatorische Lücke in der Ökonomie verdeutlicht werden und, wie oben gezeigt, mit Hilfe von *expansiven fiskalpolitischen Maßnahmen* verringert werden. Ein derartiger Eingriff muss auf die jeweilige Situation im Konjunkturverlauf abgestimmt sein, soll dementsprechend *antizyklisch* erfolgen, das heißt, dass in wirtschaftlichen Abschwüngen die staatlichen Ausgaben ausgeweitet werden sollen und in

Aufschwungsphasen gespart werden soll. Weiters sollte der Eingriff *diskretionär* erfolgen, also ad hoc im Bedarfsfall. Im Gegensatz dazu sind Maßnahmen, die *regelgebunden* und damit vorhersehbar sind – und die vor allem von Seiten der monetaristischen ÖkonomInnen (zur theoretischen Abgrenzung siehe die Darstellung am Beginn dieses Kapitels) im Rahmen ihrer Geldpolitik favorisiert werden –, abzulehnen.

Weitere Möglichkeiten des wirtschaftspolitischen Eingriffs ergeben sich im Rahmen der *Geldpolitik* und im Rahmen der *Lohnpolitik*. Im Gegensatz zur Fiskalpolitik erweist sich ein geldpolitischer Eingriff jedoch als weniger effektiv, zumal unter anderem die Transmission, also die Wirkung der geldpolitischen Änderung auf die Realwirtschaft, nicht unmittelbar gegeben ist, sondern nur durch eine Kausalkette erfolgt (siehe Genaueres in Kapitel 6). Die Lohnpolitik als dritte Ebene des wirtschaftspolitischen Eingriffs ist durch die institutionellen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt gegeben. Aus keynesianischer Sicht ist es wichtig, dass diese Eingriffsebene nicht nur als wirtschaftspolitisches Residuum betrachtet wird, sondern dass man sich *aktiv* um eine gerechte Entlohnung bemüht. Lohnpolitik ist jedoch nicht geeignet, Beschäftigung zu erhöhen (King 2001: 72). Damit wenden sich die keynesianischen Ansätze gegen das Postulat der Neoklassik, dass eine geeignete Lohnhöhe den Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage schaffen könnte. Vielmehr gilt es, eine der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Lohnhöhe zu finden. Mindestlöhne sind damit auch nicht an Arbeitslosigkeit schuld, so wie das in der Neoklassik argumentiert wird. Wesentliches Element für das Bestehen von Arbeitslosigkeit ist, wie oben beschrieben, eine mangelnde gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

2.2.4 Methodologische Grundlagen und Zugänge

Aus methodologischer Sicht ergeben sich aus der Kritik am neoklassischen Modellrahmen und dessen eingeschränkter Anwendbarkeit zur Erklärung realer Phänomene folgende Kernelemente postkeynesianischer Theorie.

Historische Zeit und Institutionen

Während im standardökonomischen Modellrahmen von *logischer Zeit* ausgegangen wird, was bedeutet, dass im Zeitablauf immer wieder mit den gleichen Voraussetzungen zu rechnen ist, betrachtet der Postkeynesianismus ökonomische Prozesse im Rahmen von *historischer Zeit*. Das heißt, dass das dynamische System kapitalistischer Entwicklung durch konkrete historische Ereignisse, den jeweiligen institutionellen Rahmen und die spezifische Situation geprägt ist. Aus diesem Grund ist ein dauernder gesellschaftspolitischer und ökonomischer Wandel zu beobachten. Sollen Modelle zur Erklärung

realer Phänomene geschaffen werden, so müssen potenzielle Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen explizit beachtet werden. Ansätze im Rahmen der Neoklassik gehen von ökonomischen dynamischen Systemen als *ergodische* Systeme (Dow 2001: 14f) aus, das heißt, dass die Entwicklung von Systemen bei der Betrachtung als gemittelte Funktion vom derzeit aktuellen Stand über einen langen Zeitraum und deren mittlere Bewertung von allen möglichen Ausprägungen zum gleichen Ergebnis führt. Demgegenüber postuliert der Postkeynesianismus die *Nicht-Ergodizität* eines Systems. Logische Zeit kann historische Zeit nicht ersetzen und die beobachteten gemittelten Ausprägungen sind nicht zwingend durch das Mittel einer langfristigen Funktion erklärbar, sondern können davon abweichen.

Unsicherheit und Erwartungen

Eng verbunden mit der Annahme von *Nicht-Ergodizität* dynamischer Systeme ist das Konzept der fundamentalen Unsicherheit im ökonomischen Handeln. Der Ursprung dieses Konzepts liegt in den Analysen von Keynes, der 1920 in seinem Werk *Treatise on Probability* zeigt, dass es Situationen gibt, in denen nicht ausreichend Informationen akkumuliert werden können, um das Eintreten zukünftiger Ergebnisse mittels Wahrscheinlichkeitsrechnungen ermitteln zu können (zur Darstellung der unterschiedlichen Formen von Unsicherheit vgl. Fontana 2006).

Geht man nun davon aus, dass dynamische Prozesse durch historische Zeit und ihre zum Zeitpunkt der Beobachtung festgestellte institutionelle Ausgestaltung determiniert werden, so kann aus dem jeweils aktuellen Zustand keine Berechnung über das Eintreten zukünftiger Ereignisse stattfinden. Daher ist die Zukunft nicht nur unsicher, sondern *fundamental unsicher* (Rosser 2001: 53ff). Bestimmt wird die Zukunft vor allem durch Erwartungen der Individuen (Haushalte und Unternehmen) und „*animal spirits*“ (durch die animalischen Instinkte) der handelnden AkteurInnen. Die Nicht-Quantifizierbarkeit zukünftiger Ereignisse hat Auswirkungen auf wirtschaftspolitische Empfehlungen. So geht man im Keynesianismus davon aus, dass eine geeignete Ausgestaltung von Institutionen das Umfeld ökonomischer Handlungen stabilisiert, weshalb starke Institutionen gefordert werden, während reine marktförmige (liberale) Lösungen nicht zu einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung führen. Diese Grundhaltung ist auf verschiedene Märkte anwendbar, wie auf die Frage nach einer Liberalisierung oder Regulierung von Finanzmärkten. Liberale ÖkonomenInnen würden hier eine Absicherung durch Vertrauen fordern, das heißt, dass etwa durch Transparenz und verstärkte Informationen Vertrauen geschaffen werden sollte. Wird dieses missbraucht, so sollen die AkteurInnen das Fehlverhalten bestrafen. Dies erfolgt beispielsweise durch den Verkauf von Aktien,

wenn die vorgegebenen Ziele nicht eingehalten werden (oder die angegebenen Informationen nicht der Realität entsprechen) und damit das Vertrauen der Shareholder missbraucht wurde. Demgegenüber fordern postkeynesianische ÖkonomInnen keine Selbstregulierung, sondern unter anderem unabhängige Institutionen, die eine direkte Regulierung des Sektors ermöglichen und somit Vertrauen durch einen starken institutionellen Rahmen schaffen.

Pluralismus und ein offenes System – methodisches Vorgehen

Die Annahmen von Nicht-Ergodizität und fundamentaler Unsicherheit führen zu einem weiteren Kernelement der postkeynesianischen Theorie: der Forderung nach *Pluralismus* bei der methodischen Vorgangsweise. Eine rein quantitative Analyse ist nach den oben genannten Postulaten nicht ausreichend, um Phänomene der realen Welt darzustellen. Die Methodologie des Postkeynesianismus erfordert ein offenes System, das heißt, die Analysen erfolgen mit einem geeigneten Set an quantitativen und qualitativen Methoden (siehe auch Rothschild/King 2009: 151ff), um ein spezifisches Phänomen zu beleuchten. Pluralismus bedeutet damit auch, andere Disziplinen als gleichwertig anzuerkennen, und führt damit zum Wunsch nach interdisziplinärer Forschung zur Erklärung realer Phänomene.

Eine andauernde Diskussion besteht innerhalb des postkeynesianischen Ansatzes über die Verwendung von quantitativen, genauer gesagt ökonometrischen Methoden zur Analyse und damit verbunden über die Stellung der

Mathematik. Um eine Abgrenzung zur Neoklassik zu schaffen, die sich verstärkt um eine Quantifizierung der Ökonomie bemüht, stand der Postkeynesianismus historisch der Verwendung mathematischer Methoden kritisch gegenüber (vgl. unter anderem Dow 2003). Dem Wunsch des Pluralismus folgend und der eigenen Forderung nach einer adäquaten methodischen Analyse der jeweiligen Fragestellung nachkommend, spricht

REFLEXIONSFRAGEN

Welche methodologischen Kernelemente zeichnen den Postkeynesianismus aus?

Skizzieren Sie die Entwicklung der postkeynesianischen Theorie.

Worin bestehen die Kernkonflikte zwischen dem neoklassischen und dem postkeynesianischen Paradigma?

sich der Postkeynesianismus nicht grundsätzlich gegen die Verwendung von ökonometrischen Modellen aus, allerdings soll die Analyse realer Phänomene und nicht die Methode selbst im Zentrum der Fragestellung stehen (vgl. auch Springler 2011).

Zusammenfassung

Der Postkeynesianismus unterstellt der neoklassischen Analyse, durch einen ahistorischen Zugang und mangels Berücksichtigung institutioneller und struktureller Besonderheiten Modelle auf Basis enger Axiome um ihrer selbst willen zu schaffen. Im Gegensatz dazu stellt der Postkeynesianismus makroökonomische Fragestellungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit und ist um die Auseinandersetzung mit realen Phänomenen bemüht. Dementsprechend sind auch die Methoden der Analyse ausgerichtet. Qualitativen und quantitativen Methoden soll in gleichem Maß Beachtung geschenkt werden. Die Wahl der adäquaten Methode ergibt sich aus der jeweiligen Fragestellung. Für den Analyserahmen selbst gilt, dass es sich um ein offenes System handelt, das durch fundamentale Unsicherheit und historische Zeit geprägt ist. Daher ist die Ausgestaltung von Institutionen von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund gilt es, bestehende Ungleichgewichte aufzuzeigen, die effektive Nachfrage anzukurbeln und zu stabilisieren und wirtschaftspolitische Eingriffe unter anderem in Form von Umverteilungsmaßnahmen vorzunehmen.

Literatur

- Dow, Sheila (2001): Post Keynesian methodology. In: Holt, Richard/Pressman, Steven (Hg.): A new guide to Post Keynesian Economics. London: Routledge, 11-20.
- Dow, Sheila (2003): Understanding the relationship between mathematics and economics. In: Journal of Post Keynesian Economics 25 (4), 547-560.
- Eichner, Alfred (Hg., 1979): A guide to Post Keynesian Economics. New York: M.E. Sharpe.
- Eichner, Alfred/Kregel, Jan (1975): An Essay on Post-Keynesian Theory: A new Paradigm in Economics. In: Journal of Economic Literature 13 (4), 1293-1314.
- Fontana, Giuseppe (2006): Keynesian uncertainty and money. In: Arestis, Philip/Sawyer, Malcom (Hg.): A Handbook of Alternative Monetary Economics. Cheltenham: Edward Elgar, 438-453.
- Keynes, John Maynard (1964): The General Theory of Employment, Interest, and Money. New York: Harcourt Brace & Company.
- King, John E. (2002): A History of Post Keynesian Economics since 1936. Cheltenham: Edward Elgar.
- King, John E. (2001): Labor and unemployment. In: Holt, Richard/Pressman, Steven (Hg.): A New Guide to Post Keynesian Economics. London: Routledge, 65-78.
- Lavoie, Marc (2006): Introduction to Post-Keynesian Economics. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Holt, Richard/Pressman, Steven (2001): A New Guide to Post Keynesian Economics. London: Routledge.
- Robinson, Joan (1953): The Production Function and the Theory of Capital. In: The Review of Economic Studies 21 (2), 81-106.
- Rosser, J. Barkley (2001): Uncertainty and expectations. In: Holt, Richard/Pressman, Steven (Hg.): A New Guide to Post Keynesian Economics. London: Routledge, 52-64.

- Rothschild, Kurt/King, John (2009): A Conversation with Kurt Rothschild. In: *Review of Political Economy* (21) 1, 145-155.
- Samuelson, Paul/Nordhaus, William (1995): *Economics*. New York: MacGraw-Hill.
- Springler, Elisabeth (2011): Kurt Rothschilds postkeynesianische Methodologie. In: *Kurswechsel* 2/2011, 18-26.
- Thirlwall, Anthony (1997): The Renaissance of Keynesian Economics. In: *Macroeconomic Issues from a Keynesian Perspective Selected Essays of A.P. Thirlwall, Volume two*. Cheltenham: Edward Elgar, 3-11 [Reprint von 1993: *Banca Nazionale de'Lavoro Quarterly Review* 186, 335-337].

2.3 Politische Ökonomie

Der Begriff *Politische Ökonomie* wird in vielerlei Art und Weise verwendet und hat daher je nach Kontext unterschiedliche Bedeutungen. Bereits in ihrer ursprünglichen Ausformung im Rahmen der Klassischen Politischen Ökonomie wurden wirtschaftliche und politische bzw. gesellschaftliche Prozesse in die Analyse integriert. Fragen der ökonomischen Entwicklung verstand man als breite gesellschaftliche Phänomene. Heute wird der Begriff zum Teil auch mit dem Präfix „Neue“ Politische Ökonomie verwendet. Manchmal findet sich auch die Bezeichnung Ökonomische Theorie der Politik. Dieser Zugang hat jedoch mit dem traditionellen Verständnis von Politischer Ökonomie nicht wirklich etwas gemein. Vielmehr geht es dabei darum, die neoklassische Methode des methodologischen Individualismus auch auf die Analyse von politischen Abläufen anzuwenden, zum Beispiel auch im Rahmen von spieltheoretischen Zugängen (siehe Kapitel 3.1). Beim hier verwendeten Konzept der Politischen Ökonomie als Bezeichnung eines Paradigmas wird auf die Grundlagen der Klassischen Politischen Ökonomie von Adam Smith und David Ricardo und insbesondere deren Kritik und Erweiterung durch Karl Marx zurückgegriffen. Ebenso umfasst sie die neueren Entwicklungen und Zugänge in diesem Bereich. In dieser Bedeutung wird meist auch im Englischen der Begriff *Political Economy*, teilweise auch mit dem Präfix *Critical*, verwendet. Auch im Deutschen findet sich der Begriff *Kritische Politische Ökonomie* oder *Kritik der Politischen Ökonomie* (vgl. Heinrich 2005). Zentrales Moment stellt jedenfalls die integrative Analyse von Ökonomie und Politik und Gesellschaft dar. Der Begriff der Politischen Ökonomie wird damit hier für ein Paradigma verwendet, das im Kern Ökonomie als gesellschaftliches Verhältnis begreift. Auf einen systematischen historischen Abriss der Entwicklung des Paradigmas wird angesichts der Tiefe und Breite der Politischen Ökonomie beginnend bei Smith über Ricardo und Marx bis zu den vielfältigen aktuellen Entwicklungen verzichtet. Vielmehr werden in diesem Kapitel zunächst wichtige Grundlagen und dann zentrale Konzepte dargestellt, darauf aufbauend Erkenntnisinteressen und Ziele sowie die wirtschaftspolitischen Implikationen. Abschließend werden die methodologischen Vorgangsweisen in der politischen Ökonomie näher erläutert.

2.3.1 Grundsätzliche Herangehensweise

Grundlegender Ausgangspunkt der Politischen Ökonomie ist die Tatsache, dass die Menschheit seit jeher gezwungen ist zu arbeiten bzw. zu produzieren. Nur so können die zum Überleben notwendigen Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnen etc. abgedeckt werden. Die Produktion erfolgt in der Regel in einem gesellschaftlichen Rahmen und auf Basis gegebener Produktivkräfte (siehe Abbildung 2.3-a).

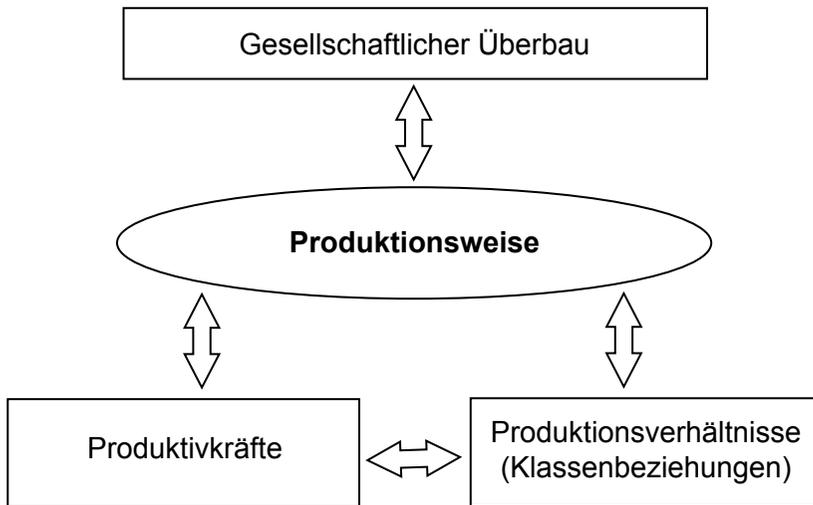


Abbildung 2.3-a: Grundmodell der Politischen Ökonomie
Quelle: Eigene Darstellung

Eine zentrale Rolle spielen im politökonomischen Paradigma die Begriffe Produktionsweise, Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte. Im Zentrum steht die *Produktionsweise*, die ökonomische und gesellschaftliche Prozesse als Einheit begreift. Die Basis bildet die Interaktion von menschlicher Gesellschaft und Natur bzw. die Transformation der Natur durch menschliche Arbeit. Natur muss transformiert werden, um sie entsprechend für den Menschen nutzbar zu machen, das heißt, einen Gebrauchswert zu schaffen. Denn der Apfel am Baum kann den Menschen nicht ernähren. Es ist erst menschliche Arbeit notwendig – er muss gepflückt werden –, um ihn nützen zu können und damit menschliches (Über-)Leben zu sichern. In arbeitsteiligen Gesellschaften ist die Produktion immer durch deren technische und menschliche Organisa-

tion und den damit verbundenen Machtverhältnissen und Konsequenzen für die Verteilung gekennzeichnet. Auch die subjektive Identität der Menschen, ihr Bewusstsein, baut auf einer bestimmten Produktionsweise auf. Sie ist somit für menschliches Handeln zentral. Diese wird in spezifischen Institutionen verkörpert (vgl. Cox 1987: 17). Die Art und Weise der Interaktion mit der Natur und damit der Produktion und Verteilung wird durch gesellschaftliche Verhältnisse determiniert.

Historische Veränderungen der Produktionsweise sind wesentlich von der Entwicklung der *Produktivkräfte* abhängig. Mit diesem Begriff werden der Bestand an bekannten natürlichen Ressourcen, auf die zugegriffen werden kann, sowie die vorhandenen Produktionsmittel in Zusammenhang mit dem Stand des technologischen Wissens und Könnens gefasst. Am Beispiel des Apfels zeigt sich, dass es sich hierbei um ein historisch-gesellschaftlich zu verstehendes Phänomen handelt. So wurde der Apfelbaum über Jahrtausende menschlicher Veredelungsarbeit hervorgebracht. Der konkrete Apfel, der heute gepflückt wird, basiert auf früheren gesellschaftlichen Transformationsprozessen der Natur, und auch der Baum, der heute die Frucht trägt, musste vor vielen Jahren gepflanzt werden. Die Produktivkräfte entwickeln sich historisch weiter. Menschliche Gesellschaften haben ihre Techniken der Naturbeherrschung weiterentwickelt, womit heute andere Produktionsmittel zur Verfügung stehen als früher.

Die Veränderungen der Produktivkräfte führten zu geänderten gesellschaftlichen Formen der Organisation der Produktion. Das heißt, es änderten sich die *Produktionsverhältnisse*. Über Hunderttausende von Jahren waren die Gesellschaften bzw. Ökonomien als JägerInnen- und/oder SammlerInnen-gesellschaften bzw. -Ökonomien organisiert. Auch wenn diese, wie ethnologische Studien nahe legen (vgl. Lévi-Strauss 1978), durchaus sehr unterschiedlich organisiert waren, so kam es mit der neolithischen Revolution, die eine höhere räumliche Konzentration der Bevölkerung und damit auch eine vergleichsweise differenziertere Arbeitsteilung ermöglichte, zu einem dramatischen Wandel der Produktionsweise. Damit einher ging eine Veränderung der Gesellschaftsstruktur. In den ersten „Weltreichen“ waren Herrschaftsstrukturen und damit einhergehende Formen der Arbeitsteilung – zum Beispiel zwischen freien BürgerInnen und SklavInnen im Römischen Reich – offensichtlich. Während SklavInnen verschiedene konkrete Arbeiten verrichteten, kam es den BürgerInnen zu, die Arbeiten anzuleiten, zu beaufsichtigen und über die Verwendung der Früchte der Arbeit zu bestimmen. Diese unterschiedlichen Gruppen von Menschen, die eine ähnliche Funktion im gesellschaftlichen Produktionsprozess erfüllen, werden als Klassen bezeichnet (siehe dazu die Ausführungen weiter unten).

Jede Produktionsweise wird durch einen spezifischen *gesellschaftlichen Überbau* stabilisiert. Dieser Begriff umfasst materielle und diskursive Praktiken. Dazu zählen zum Beispiel der Staat mit allen seinen Institutionen, aber auch nicht-staatliche Institutionen und Diskurse und damit verbundener Alltagsverstand bzw. Bewusstseinsformen, die auch Lebens-, Arbeits- und Konsumnormen beinhalten. Das Handeln der AkteurInnen ist damit nicht nur durch materielle Strukturen, wie die Produktionsverhältnisse, beschränkt, sondern wird auch durch ideologische Anschauungen bzw. Vorstellungen bestimmt bzw. reproduziert. Anschauungen werden dann als ideologisch bezeichnet, wenn sie gesellschaftliche Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse stützen. Der gesellschaftliche Überbau lässt sich jedoch nicht linear bzw. funktional aus einer bestimmten Produktionsweise ableiten, auch wenn die Tendenz besteht, gegebene materielle Strukturen im Überbau abzubilden, zu stützen und zu legitimieren. Überdies sind, wie von Michel Foucault, einem der zentralen BegründerInnen des Poststrukturalismus, herausgearbeitet, zahlreiche gesellschaftliche Diskurse nicht direkt funktional aus der ökonomischen Basis, also der Produktionsweise, ableitbar, sondern haben ihre eigendynamischen historischen Ursachen und Genealogien. Dennoch geht die Politische Ökonomie davon aus, dass Vorstellungen, Diskurse und Institutionen nicht nur eine materielle Basis haben, sondern auch gesellschaftlich umkämpft sind. Menschen und ihr Handeln werden damit als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse begriffen, wobei ihnen jedoch die Macht zugestanden wird, aktiv und reflexiv in die Geschichte, das heißt in die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Produktionsweise, einzugreifen. Dies kommt im folgenden Zitat von Marx zum Ausdruck:

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Marx 1972 [1852]: 115)

Klassenauseinandersetzungen um Institutionen, Diskurse und Ideen spielen eine zentrale Rolle bei der Etablierung neuer Produktionsweisen oder bei der Veränderung innerhalb von Produktionsweisen. Der Überbau steht damit in einem dialektischen Wechselverhältnis zur Produktionsweise. Das heißt, es gibt Rückwirkungen aus dem Überbau auf die Produktionsverhältnisse und die Produktivkräfte und umgekehrt.

Als wichtiges langfristig treibendes Moment der Geschichte wird die Entwicklung der Produktivkräfte betrachtet. Kommt es zu deren Weiterentwicklung, so kann es sein, dass sich die bisherigen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse als nicht mehr adäquat erweisen. Sie geraten in einen Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte. Dies kann zu einer Transformation der bestehenden Produktionsverhältnisse führen. Die Auseinandersetzungen

darüber erfolgen auf Basis bestehender Produktionsverhältnisse und damit bestehender Klassenverhältnisse. Dabei können Widersprüche oder Interessensgegensätze sowohl zwischen als auch innerhalb der Klassen aufbrechen. Die Veränderung der Produktivkräfte zu Beginn der Neuzeit führte zu einer radikalen Veränderung der Produktionsverhältnisse, die sich allerdings über Jahrhunderte vollzog. Die Feudalgesellschaft wurde in Europa von einer bürgerlichen Gesellschaft abgelöst. Anstelle der LehensherrInnen und der Leibeigenen traten die KapitalistInnen und die ArbeiterInnen als die zentralen Klassen. Diese neue Produktionsweise wird nunmehr als Kapitalismus bezeichnet und weist im Vergleich zum Feudalismus deutlich veränderte Produktionsverhältnisse auf.

2.3.2 Zentrale Konzepte

Im Folgenden werden zentrale Konzepte zur Untersuchung der Spezifika der kapitalistischen Produktionsweise sowie ihrer besonderen Ausprägungen dargestellt. Begonnen wird mit der Rolle von *Klassen* im Kapitalismus. Darauf aufbauend wird die *Ware* als konkreter Ausgangspunkt der Analyse vor dem Hintergrund verdinglichter Vorstellungen analysiert. Schließlich werden weitere wichtige Konzepte zur Analyse der Produktionsweise eingeführt. Dazu zählen die Klärung der Ursachen der dynamischen Entwicklung im Kapitalismus im *strukturellen Zwang zur Akkumulation*, die Unterscheidungen zwischen *Produktions- und Zirkulationssphäre* sowie von *Produktion und Reproduktion*.

Klassen in kapitalistischen Produktionsverhältnissen

Grundsätzlich bezieht sich der Begriff Klasse auf eine Gruppe von Menschen, die gewisse Gemeinsamkeiten bezogen auf die Produktion und die Kontrolle der Verteilung der Produktion haben. Es handelt sich um einen relationalen Begriff, da unterschiedliche Gruppen ausgemacht werden, die in einer hierarchischen Anordnung zueinander stehen (vgl. Bowles et al. 2005: 123ff). Auf hoher Abstraktionsebene können dabei diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, und jene, die primär durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft ihr Einkommen erzielen, unterschieden werden (siehe Abbildung 2.3-b).

Für die Analyse kapitalistischer Gesellschaften ist es damit zielführend, auf abstrakter Ebene zumindest grob die Unterscheidung zwischen den zwei großen und fundamental unterschiedlichen Klassen vorzunehmen: Nämlich erstens den *KapitalistInnen*, die über substantielle Mengen an Kapital verfügen und damit direkt (zum Beispiel als EigentümerIn eines Unternehmens) oder indirekt (als EigentümerIn von Wertpapieren) den Produktionsprozess organisieren. Und zweitens denjenigen, die ihr Einkommen – bei allen unterschiedlichen Erscheinungsformen – primär durch den Verkauf ihrer Arbeits-

kraft erzielen (müssen). Diese wurden früher als ArbeiterInnen bezeichnet, wobei sich heute der Begriff der *Lohnabhängigen* für diese Klasse zunehmend durchsetzt. Obwohl auf abstrakter Ebene zwischen diesen beiden großen Klassen, den KapitalistInnen und den Lohnabhängigen, unterschieden wird, so wird doch darauf hingewiesen, dass eine weitere Differenzierung innerhalb dieser Klassen im Zuge einer konkreteren Analyse von politökonomischen Prozessen nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig ist, da diese nicht einheitlich sind. Denn je nach Untergruppe innerhalb einer Klasse, einer sogenannten *Klassenfraktion*, gibt es unterschiedliche und teils sehr widersprüchliche Interessenslagen und damit politische Positionen und Strategien (vgl. Cox 1987: 17ff). Dies trifft zum Beispiel auf unterschiedliche Positionen bzw. Zuordnungen auf Basis von Geschlecht und/oder „Rasse“/ethnischer Zugehörigkeit zu (vgl. ausführlich Sayer 2005: 70ff). Als weiteres Beispiel wird häufig der Widerspruch zwischen exportorientierten Kapitalfraktionen und importorientierten Kapitalinteressen oder Finanzkapital und produktivem Kapital angeführt. Auf Seiten der Lohnabhängigen können zum Beispiel Mittelklassen wie etwa BeamtenInnen und prekär Beschäftigte als Klassenfraktionen unterschieden werden. Beide Fraktionen zeichnen sich durch sehr unterschiedliche Probleme, Interessen, Organisationsmöglichkeiten und politische Strategien aus.

Ökonomische Klassen treten in peripheren Ländern aufgrund des deutlichen Unterschieds zwischen dominanten und dominierten Klassen oft sehr deutlich in Erscheinung (vgl. Becker 2011). Hier die Großgrundbesitzerin oder der Fabrikbesitzer, dort der Landlose oder die Fabrikarbeiterin. Anders wird häufig die Situation in Europa eingeschätzt: Angesichts der hierzulande weit verbreiteten Vorstellung von einer existierenden breiten Mittelschicht drängt sich die Frage auf, inwieweit der Klassenbegriff auch hier als analytische Kategorie anwendbar ist. So wird zum Beispiel darauf verwiesen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung über Geldvermögen oder Aktienbesitz (zumindest indirekt über Pensionsfonds) verfüge. Ebenso gibt es Leute, die zwar ein Lohnneinkommen beziehen, wie etwa ManagerInnen oder höhere Angestellte, das jedoch ein Vielfaches eines Durchschnittslohns ausmacht. Sie verdienen damit mehr als so manche/r EinzelunternehmerIn. Gleichzeitig sind zahlreiche Menschen im Rahmen von sogenannten Ich-AGs tätig, erzielen daraus aber oft bestenfalls ein durchschnittliches Einkommen. Des Weiteren sind viele Vermögende als ManagerInnen tätig. Angesichts dieser Komplexität scheint der Klassenbegriff überfordert. Dem wird von Seiten der Politischen Ökonomie entgegengehalten, dass der Begriff analytisch sinnvoll anzuwenden – ja nach wie vor zentral für die Analyse sei, wie im Folgenden dargelegt wird.

Grundsätzlich gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie heute Klassen definiert werden (vgl. Thien 2010). So wird beispielsweise gestützt auf empirische Untersuchungen zur Sozialstruktur darauf hingewiesen, dass nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung – je nach konkretem Kriterium 0,5% bis 2% – über ausreichend Kapital verfügt, dass das Kapitaleinkommen (etwa in Form von Profit oder Zins) ausreicht, um damit den gesamten Lebensunterhalt zu bestreiten. Hingegen ist der große Rest der Bevölkerung gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Abgemildert wird dies durch den Sozialstaat. So partizipieren zum Beispiel Behinderte, Studierende mit Studienbeihilfe, Arbeitslose und PensionistInnen im Sinne einer Solidargemeinschaft durch Umverteilung von anderen ArbeitnehmerInnen und können dadurch zumindest temporär oder im Falle von Arbeitsunfähigkeit dauerhaft das Überleben sichern. Der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft fällt auch dadurch nicht weg, dass jemand über Ersparnisse verfügt, aus denen sich zum Beispiel ein Zinseinkommen ergibt. Dieses ist in fast allen Fällen – je nach Berechnungsgrundlage trifft dies auf etwa 95 bis 99% der Bevölkerung zu – im Vergleich zum Einkommen aus Lohnarbeit kaum nennenswert und reicht bei weitem nicht an ein durchschnittliches Lohneinkommen heran. Auch im Falle von selbständiger Arbeit (sei es auch in Form eines Unternehmens) kann eine Person kaum als KapitalistIn bezeichnet werden. Denn würde sie nicht arbeiten, gäbe es kein Einkommen. Der Unterschied zu üblichen Lohnabhängigen liegt allein in der Form, wie das Arbeitseinkommen erzielt wird. Während traditionelle Lohnabhängige in der Regel ihre Arbeitszeit verkaufen und dafür ein fixes Einkommen bekommen, erhalten Selbständige ihr Einkommen abhängig von Leistung oder Markterfolg, was auch als moderne Form des Akkordlohns verstanden werden kann.

Bei den Lohnabhängigen ist überdies noch zwischen jenen, die tatsächlich eine (abhängige) Beschäftigung innehaben, und jenen, die arbeitslos oder unterbeschäftigt und damit vom unmittelbaren Produktionsprozess exkludiert, also ausgeschlossen sind, zu unterscheiden. In kapitalistischen Ökonomien kann es als Privileg bezeichnet werden, im Falle von Lohnabhängigkeit die Arbeitskraft (wenn auch oft unter schlechten Bedingungen) überhaupt verkaufen zu können. In den Ländern des Globalen Südens bzw. den sogenannten Entwicklungsländern mit in der Regel sehr hohen Arbeitslosen- bzw. Unterbeschäftigungsraten ist das Problem besonders drastisch. Aufgrund fehlender wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen sind dort von Lohnarbeit Exkludierte in ihrer physischen Existenz bedroht. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Europa und den USA wird deutlich, dass dies auch für die reichen industrialisierten Länder ein großes Problem und strukturelles Merkmal kapitalistischer Ökonomien darstellt. Auch wenn hier die existenzielle Absicherung

über den Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat im Falle von Arbeitslosigkeit weitgehend gegeben ist, so sind die Lebensbedingungen bei Abhängigkeit von Hartz IV in Deutschland oder von Food Stamps in den USA alles andere als rosig. So versteht die Politische Ökonomie die Exklusion eines Teils der Lohnabhängigen als ein durchgängiges strukturelles Merkmal kapitalistischer Ökonomien. Diese neigen nämlich nicht zur Vollbeschäftigung, sondern der arbeitsparende technische Fortschritt, also Produktivitätssteigerungen führen – ganz im Gegenteil – grundsätzlich dazu, dass weniger Arbeitskräfte benötigt und damit die „Reservearmee“ aufgestockt wird. Dies kann nur dadurch aufgefangen werden, dass die Produktion ausgeweitet wird, also die Wirtschaft wächst, und/oder Arbeit anders verteilt wird, zum Beispiel durch eine Reduktion der Arbeitsstunden. Einer Ausweitung der Produktion stehen sowohl regelmäßige Verwertungsprobleme im Kapitalismus (siehe detaillierter Kapitel 4), als auch die ökologischen Grenzen des Planeten entgegen. Eine Reduktion der Arbeitsstunden und damit eine Umverteilung der Arbeit wird heute nur von Teilen der Lohnabhängigen mitgetragen, von Kapitaleseite jedoch in der Regel bekämpft. Denn ein „Mindestmaß“ an Arbeitslosigkeit ist aus Sicht der KapitalistInnen wünschenswert (vgl. Kalecki 1943). Damit bleiben Arbeitsplätze hart umkämpft, Löhne können entsprechend niedrig gehalten und Arbeitsbedingungen verschärft werden. Je schlimmer die Drohung von Arbeitslosigkeit – etwa durch einen nicht oder kaum vorhandenen Wohlfahrtsstaat – umso wirkungsvoller ist sie.

Für von Lohnarbeit exkludierte bzw. informell oder prekär inkludierte Menschen in Ländern, in denen der Durchsetzungsgrad der kapitalistischen Produktionsweise geringer ist, geht es jedoch nicht nur um die Frage, wie Inklusion möglich ist, sondern wie traditionelle bzw. alternative Produktionsweisen jenseits der kapitalistischen erhalten bzw. abgesichert werden können (siehe detaillierter Kapitel 4). Im Nord-Süd-Kontext wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass es zwischen Lohnabhängigen im ökonomischen Zentrum und in der globalen Peripherie nicht nur große Unterschiede, sondern auch widerstrebende Interessen gibt. Während sich Lohnabhängige in Europa über billig im Globalen Süden/Peripherie hergestellte Textilien oder Computer freuen, da sie sich um ihren Lohn mehr leisten können, würden höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen den Lebensstandard in der Peripherie verbessern, damit aber auch die Kosten der Produkte erhöhen. Im Globalen Süden wird zum Beispiel auf die gut organisierten Lohnabhängigen im formellen Sektor verwiesen, die häufig über zahlreiche Sozialleistungen verfügen, während ArbeiterInnen im informellen Sektor in der Regel keinerlei rechtliche Absicherung und Ansprüche haben. Erstere werden vor diesem Hintergrund zum Teil auch als „ArbeiterInnenaristokratie“ bezeichnet. Wäh-

rend im Globalen Norden bzw. den Zentren der Weltökonomie nach wie vor das Gros der Lohnabhängigen in typischen Angestelltenverhältnissen im formellen Sektor tätig ist, stellt diese Gruppe in der Peripherie – insbesondere in ärmeren Ländern – eine vergleichsweise kleine Fraktion dar. Unterschiedliche Formen der informellen Selbständigkeit und zum Teil präkapitalistische Arbeitsverhältnisse wie traditionelle Subsistenzproduktion sind oft ungleich wichtiger. Dies hängt mit der partiellen Durchsetzung klassischer formaler kapitalistischer Lohnarbeitsbeziehungen in der Peripherie – einem zentralen Merkmal „unterentwickelter“ Ökonomien – zusammen. Robert Cox (1987) und Jeffrey Harrod (2006) haben im Rahmen ihres *Social Relations of Production Approaches* – von Harrod auch als Neomaterialismus bezeichnet – versucht, ein theoretisches Instrumentarium zu schaffen, welches es ermöglicht, sehr unterschiedliche soziale Verhältnisse in der Produktion zu analysieren und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Interessenslage und Subjektivierungs- bzw. Bewusstseinsbildungsprozesse sowie politische Dispositionen und Durchsetzungsformen zu untersuchen. Subjektivierungsprozesse werden dabei nicht statisch bezogen auf ein Produktionsverhältnis – zum Beispiel formelle Arbeit im Industriesektor –, sondern auch vor dem Hintergrund anderer Produktionsverhältnisse, in denen jemand früher tätig war, wie etwa in der Subsistenzlandwirtschaft oder in alternativen Produktionsbereichen, wie der informellen Selbständigkeit, und den sich daraus ergebenden Interdependenzen gesehen (vgl. Harrod 2006). Begründet mit den sehr heterogenen konkreten Produktionsverhältnissen in der Peripherie und den teilweise – etwa in Folge von Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds – sich zum Teil massiv verschlechternden Lebensbedingungen nehmen politische Handlungen häufig auch die Form von (zum Teil gewaltförmigen) sozialen und politischen Bewegungen an (vgl. Davis 2007: 158ff).

Der Widerspruch zwischen Klassen innerhalb einer Gesellschaft äußert sich in Auseinandersetzungen, die unterschiedliche Formen annehmen. Diese erfolgen vor dem Hintergrund der Veränderung und der Expansion kapitalistischer Produktion. Mit der Verdrängung vorkapitalistischer Wirtschaftsformen verschwinden zum Beispiel traditionelle Institutionen sozialer Absicherung. Damit ergibt sich die funktionale Notwendigkeit für alternative und neue Formen sozialer Sicherheit, die nunmehr häufig auf staatlicher Ebene geregelt wird. Diese werden jedoch keineswegs automatisch zugestanden. Es bedarf in der Regel der politischen Durchsetzung dieser Interessen nach sozialer Absicherung seitens der Lohnabhängigen. Im Rahmen von Klassenauseinandersetzungen kann es jedoch auch zur Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Lohnabhängige kommen. Ein wichtiges Beispiel ist die Durchsetzung neoliberal inspirierter Politikmuster in vielen Teilen der

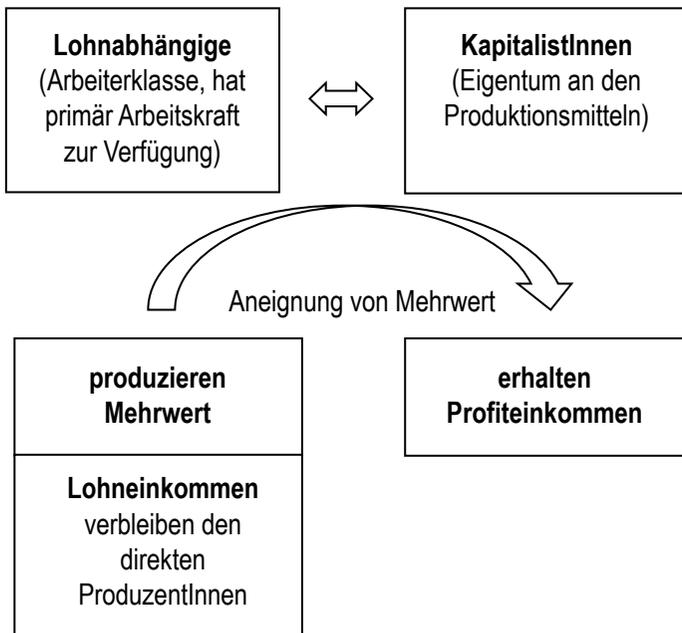


Abbildung 2.3-b: Abstrakte Klassenbeziehungen zwischen Arbeit und Kapital in kapitalistischen Produktionsverhältnissen

Quelle: Eigene Darstellung

Welt ab den 1980er Jahren (siehe Kapitel 5). Generell ist festzuhalten, dass sich in Krisenphasen Widersprüche und damit auch gesellschaftliche Auseinandersetzungen zuspitzen. Diese gesellschaftlichen Konflikte sind wichtiger Motor der Veränderung der Produktionsverhältnisse und damit auch der Produktionsweisen. Krisenperioden sind damit tendenziell offener als Phasen stabiler ökonomischer Entwicklung (genauer siehe Kapitel 4).

Waren, Werte und Arbeitskraft im Kapitalismus

Eine zentrale Kategorie in der kapitalistischen Produktionsweise ist die *Ware*: „Der Reichtum von Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘ [...]“ (Marx 1983 [1867]: 49). Jede Ware besitzt einen *Gebrauchswert* und einen *Tauschwert*. Der Gebrauchswert bezieht sich auf die Nützlichkeit eines Produktes, der Tauschwert auf den auf dem Markt erzielten Preis. Der Tauschwert setzt eine Ware mit anderen in Beziehung und verschleiert bzw. verdinglicht die gesellschaftlichen Beziehungen, die hinter der Warenproduktion stecken.

Kapital oder Geld können beide als besondere Formen von Waren verstanden werden. Ihnen wird jedoch im vorherrschenden Alltagsverständnis – wie auch in der neoklassischen Theorie – die Fähigkeit zuerkannt, Einkommen zu schaffen (Stichwort: „Lassen sie ihr Geld arbeiten!“). Gestützt auf die *Arbeitswertlehre* wird in der Politischen Ökonomie jedoch davon ausgegangen, dass Werte nur durch Arbeit geschaffen werden können und damit auch Mehrwert durch Arbeit geschaffen wird. Kapitalgüter, wie Maschinen, werden als „tote Arbeit“, das heißt, als Ergebnis von früheren Arbeitsprozessen, verstanden.

Zu den wesentlichen Merkmalen der kapitalistischen Produktionsweise generell gehört die Tatsache, dass *Arbeitskraft eine zentrale Ware* darstellt. Die ArbeiterInnen sind doppelt frei. Einerseits verfügen sie nicht über (ausreichend) eigene Produktionsmittel, andererseits sind sie frei (bzw. de facto gezwungen), ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ein das Überleben sicherndes Einkommen zu erhalten. Die Ware Arbeitskraft hat nun, im Vergleich zu anderen Waren, die eigentümliche Eigenschaft, dass sie Mehrwert schaffen kann. Dies erklärt sich daraus, dass der Gebrauchswert von Arbeitskraft höher ist als ihr Preis, der Tauschwert. Dieser Mehrwert wird von den EigentümerInnen des Kapitals in Form von Profit angeeignet (vgl. Abbildung 2.3-b).

Gewinn, Zins und Rente sind nur ökonomisch unterschiedliche Formen des unter spezifischen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise von der Arbeitskraft abgeschöpften *Mehrwerts*, was auch als Ausbeutung bezeichnet wird. Mehrwert (m) kann erstens in Relation zu den eingesetzten Löhnen, die als variables Kapital (v) bezeichnet werden, betrachtet werden.

Dies ergibt die Mehrwertrate: m/v

Mehrwert kann zweitens im Verhältnis zu Löhnen und verwendeten Kapitalgütern und Rohstoffen, bezeichnet als konstantes Kapital (c), gesetzt werden.

Daraus ergibt sich die Profitrate: $m/(c+v)$

Diese Unterscheidung von Werten und Preisen führt bei komplexeren Modellannahmen jedoch teilweise zum Auseinanderfallen der jeweiligen Werte und wurde ausführlich unter dem Titel „Transformationsproblem“ diskutiert. Es gab verschiedene Formen, dieses Problem zu lösen. Ein konsistenter Lösungsansatz wurde von Piero Sraffa vorgelegt. Dabei wurden systematisch Kapitalgüter als in früheren Perioden durch Arbeit produzierte Waren behandelt und entsprechend bewertet. Damit konnten Preise und Werte gleichgesetzt und die Probleme der Transformation gelöst werden (vgl. ausführlich Pirker/Stockhammer 2009: 74ff). *Verdinglichte Vorstellungen* vom kapitalistischen

Produktionsprozess, die sich in der Warenfiktion manifestieren und die darauf beruhen, dass gesellschaftlich geschaffene Werte nicht auf Arbeit zurückgeführt werden, kommen denjenigen zugute, die von den kapitalistischen Verhältnissen profitieren. Diese ideologischen Vorstellungen sind damit für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise von Bedeutung. In politökonomischer Perspektive wird daher Kritik an diesen verdinglichten Vorstellungen für die Infragestellung und Transformation von gesellschaftlichen Verhältnissen als wichtig erachtet (vgl. Heinrich 2005: 179ff).

Akkumulationsimperativ und kapitalistische Dynamik

Kapitalistische Produktionsweisen zeichnen sich im Vergleich zu früheren historischen Produktionsweisen durch ihre außerordentliche Dynamik aus, die sich insbesondere in der Entwicklung der Produktivkräfte zeigt. Es stellt sich daher die Frage, was die Triebkräfte für diese Dynamik sind. In politökonomischer Perspektive resultieren die Investitionen aus dem dem Kapitalismus innewohnenden *strukturellen Zwang zur Akkumulation (Akkumulationsimperativ)*, das heißt dem Zwang zur Anhäufung von Kapital. Dieser Zwang wird über den gesellschaftlich konstituierten Markt vermittelt. Denn investiert ein/e KapitalistIn nicht den Profit, etwa in neue und bessere Technologien, so droht er/sie im Konkurrenzkampf mit anderen KapitalistInnen zurückzufallen und schließlich unterzugehen (Marx 1983 [1867]). Dieser Akkumulationszwang stellt damit einen zentralen Mechanismus zur ständigen Veränderung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte dar. Bereits Adam Smith (1991 [1776]) sah in der dadurch sich vertiefenden Arbeitsteilung und Spezialisierung einen wesentlichen Schritt zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes durch die Erhöhung der Produktivität. Durch den Akkumulationszwang unterscheidet sich der Kapitalismus etwa von einem Feudalsystem oder von Rentenökonomien. Abgeschöpfter Mehrwert muss im Falle von Rentenökonomien nur in vergleichsweise geringerem Ausmaß investiert werden, um weiterhin Renten abschöpfen zu können und die Position des/der Rentier/s nicht zu verlieren. Der Druck der Konkurrenz, zu investieren und die Produktivkräfte weiterzuentwickeln, ist geringer, was vergleichsweise große Spielräume für Luxuskonsum ermöglicht, aber zu weniger Dynamik führt.

Produktionssphäre und Zirkulationssphäre

Auch wenn die Unterscheidung von Produktion von Wert in der sogenannten *Produktionssphäre* und dessen Realisierung durch erfolgreichen Verkauf der Ware auf dem Markt in der *Zirkulationssphäre* nicht essentialistisch verstanden werden soll (vgl. Heinrich 2005: 51ff), so deutet die Unterschei-

derung doch darauf hin, dass aufgrund des Auseinanderfallens von Produktion und Konsumtion Güter nicht (zum entsprechenden Preis) verkauft werden können und es damit zu Realisierungs- bzw. Verwertungsproblemen kommen kann. Vor dem Hintergrund dieser Unterscheidung zwischen Produktionssphäre und Zirkulationssphäre können auch unterschiedliche Kapitalarten und damit Kapitalfraktionen unterschieden werden: Produktives Kapital versus Geldkapital und Handelskapital, welche in der Zirkulationssphäre angesiedelt sind. In Letzterer geht es darum, wie Mehrwert realisiert wird und wer sich wie viel Mehrwert aneignen kann. Der Ursprung für die Profite in der Zirkulationssphäre bleibt damit die Produktion und die dort stattfindende Schaffung von Wert und Mehrwert durch Arbeit. Obwohl kapitalistische Produktion in der Regel mit Unsicherheit behaftet und damit in gewisser Hinsicht immer spekulativ ist, muss vor dem Hintergrund dieser Perspektive festgehalten werden, dass die Zirkulation von Wert als reine Spekulation keinen Mehrwert schafft. Profite, die auf Basis von Spekulation angeeignet werden, stellen damit eine reine Umverteilung von Mehrwert dar.

Produktion und Reproduktion

Im politökonomischen Paradigma wird nicht nur auf die Produktion im engeren Sinn fokussiert, sondern die für die Produktion notwendigen Prozesse der Reproduktion sind ebenso Gegenstand der Analyse. Die Höhe der Löhne wird durch die Reproduktionskosten für die ArbeiterInnen (Essen, Wohnung, auch Kosten für Kinder als zukünftige Generation von ArbeiterInnen) bestimmt. Dieser für die Reproduktion notwendige Subsistenzlohn ist jedoch nicht nur auf absolut lebensnotwendige Güter bezogen, sondern orientiert sich im Sinne eines gesellschaftlichen Subsistenzlohns an den üblichen Lebensbedingungen für ArbeiterInnen und den Notwendigkeiten des spezifischen Stands der Produktionsverhältnisse (zur genaueren Bestimmung des Lohnes und zum Lohnverhältnis siehe Kapitel 5.3). Damit werden im Zuge der Entwicklung der Produktivkräfte auch die Lebensverhältnisse verändert. So müssen im Rahmen von fortgeschrittenen Ökonomien Menschen häufig zahlreiche Fähigkeiten mitbringen, um ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Diese werden in der Regel im Rahmen des Haushalts durch unbezahlte Hausarbeit, beispielsweise im Rahmen der Kindererziehung, und im Zuge eines häufig staatlich bereitgestellten und über Steuern finanzierten Bildungssystems erworben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Analyse der Reproduktion wurde das patriarchale Grundmuster der Verteilung zwischen produktiven und reproduktiven Arbeiten zwischen den Geschlechtern als zentrale Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehoben (siehe Vertiefungstext: Gender und feministische Ökonomie).

Im Rahmen kapitalistischer Produktionsweisen sind jedoch nicht nur der Staat oder der Haushalt Institutionen, in deren Rahmen Reproduktionsarbeit geleistet wird. Auch andere Institutionen bzw. Sektoren, wie etwa Nachbarschaftshilfe oder selbst organisierte Initiativen wie Vereine oder Nichtregierungsorganisationen übernehmen wichtige Funktionen. Ebenso spielen im Bereich der Produktion nicht nur kapitalistisch motivierte, sondern auch staatliche oder öffentliche und solidarökonomische Betriebe eine wichtige Rolle. Vor allem in ärmeren Ländern des Südens sind präkapitalistische Formen der Reproduktion (zum Beispiel im Rahmen von Großfamilien) und Produktion (zum Beispiel Subsistenzproduktion, Schuldknechtschaft) häufig noch viel stärker ausgeprägt und weiter verbreitet. Die vermehrte Durchsetzung von kapitalistischen Produktionsformen führt jedoch schließlich zur Verdrängung und Veränderung früher Formen von Produktion und Reproduktion.

2.3.3 Ziele, Erkenntnisinteresse und wirtschaftspolitische Implikationen

Ziel politökonomischer Forschung ist es, eine kritische Analyse von Wirtschaft und damit von Gesellschaft zu liefern, um Grundlagen für emanzipatorische Veränderung zu schaffen. Es wird daher ein Fokus in der Tradition der Aufklärung eingenommen, der es erlaubt, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Situation der Entfremdung des Menschen von seiner „Menschlichkeit“ ins Blickfeld zu nehmen. Menschen werden dabei nicht nur als KonsumentInnen – wie in der neoklassischen Theorie – oder ArbeiterInnen, sondern in ihrer „Gesamtheit“ betrachtet. Dabei gilt es, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen sowie ideologische und damit diese Strukturen stützende Aspekte im Alltagsverstand sowie in wissenschaftlichen Zugängen sichtbar zu machen. Es geht mithin darum, solche Vorstellungen, die die Interessen der Herrschenden verschleiern, als Mythen zu benennen und zu dekonstruieren (vgl. BEIGEWUM 2010: 12f; Bruff 2011: 482ff). Insbesondere im Zuge des *Cultural Turn* in den Sozialwissenschaften hat auch in der Politischen Ökonomie die Beschäftigung mit Ideen und Diskursen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es nicht nur um die Dekonstruktion einzelner inhaltlicher Vorstellungen bzw. Mythen, sondern auch darum, zu zeigen, wie ideologische Vorstellungen und Diskurse entstehen, ihre Wirkung entfalten und sich auch verändern. Die Politische Ökonomie kritisiert damit eine mechanistische Sichtweise, dass Ideen direkt und unmittelbar aus den Produktionsverhältnissen ableitbar seien, denn diese würde zu kurz greifen. Vielmehr wird auch auf andere Faktoren hingewiesen, wie die Rolle von AkteurInnen und historische Dynamiken, die nicht linear aus den Produktionsverhältnissen ableitbar sind, die herauszuarbeiten sind. Wie Browning und Kilmister (2006: 207f) jedoch betonen, soll die Analyse von Diskursen

nicht unabhängig von Produktionsverhältnissen erfolgen, da sonst die Gefahr bestehe, wichtige gesellschaftliche Zusammenhänge, Dynamiken und Determinanten aus den Augen zu verlieren.

Ziele und wie sie erreicht werden sollen

Die Politische Ökonomie untersucht die zahlreichen systematischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die die kapitalistische Produktionsweise mit sich bringt. Das Erkenntnisinteresse geht jedoch darüber hinaus. Es soll auf gesellschaftlicher Ebene – ohne das Ganze aus den Augen zu verlieren – untersucht werden, wie es zu spezifischen Entwicklungen und Problemen kommt. Darauf aufbauend können grundsätzliche Ansätze und Strategien zur Überwindung von Ausbeutung und Herrschaft, Entfremdung etc. ausgearbeitet werden, die zur Befreiung der Menschen und einer humaneren Gesellschaft führen (vgl. Cowen/Shenton 1996: 118f). Damit erfolgt eine eindeutige Positionierung. Es geht darum, diese als Probleme erachteten gesellschaftlichen und ökonomischen Aspekte zu überwinden. Dabei sollen explizit die Perspektiven der betroffenen Menschen eine Rolle spielen. Dies heißt beispielsweise auch, die konzeptionellen Zugänge, die in der Peripherie entwickelt werden, zu berücksichtigen. Die Politische Ökonomie stellt sich somit nicht nur gegen ihrer Meinung nach problematische Strukturen, sondern positioniert sich auf Seiten derjenigen Menschen, die benachteiligt sind und besonders unter den Strukturen leiden. Ausgehend von einem kritisch-idealistischen Menschenbild der Aufklärung, wie es im Rahmen der Frankfurter Schule innerhalb des politökonomischen Paradigmas aufgegriffen wurde (vgl. detailliert Schwandt 2010), wird jedoch davon ausgegangen, dass auch die Position von AusbeuterInnen nicht erstrebenswert ist, sondern eine solidarischere, egalitäre und „vernünftige“ Gesellschaft für alle das Ziel ist. Dennoch ist man sich darüber im Klaren, dass ein Abbau von Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen oder eine Humanisierung der Arbeitsprozesse bzw. eine veränderte Form der Arbeitsorganisation (siehe Vertiefungstext: Formen der Arbeitsorganisation) unweigerlich Umverteilungsprozesse mit sich bringt. Das heißt, dass bislang privilegierte Klassen und Klassenfraktionen und Gruppen ihre Privilegien abgeben müssen. Es ist offensichtlich, dass dies in der Regel auf erhebliche Widerstände stößt.

Wie es zu diesen Veränderungen kommen kann, wird daher unterschiedlich beantwortet. Es wird zwar davon ausgegangen, dass eine weitgehend schrankenlose Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zu einer dynamischen Entfaltung der Produktivkräfte führen kann, dies jedoch keinesfalls automatisch zu einer Verbesserung der Lebensumstände großer Teile der Bevölkerung führt. Mehr Kapitalismus durch mehr Markt ist

daher keine Lösung. Hingegen spielen einerseits Veränderungen im Kapitalismus, die alternative Strukturen und Institutionen etablieren, im Sinne eines *radikalen Reformismus* eine wichtige Rolle (vgl. Hirsch 1990). Verstanden als dialektischer Prozess kann dies sowohl konkrete Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen verbessern als auch zu einer substanziellen Transformation der Produktionsweise führen und damit langfristig zur Etablierung einer neuen solidarischeren und egalitären Produktionsweise beitragen. Andererseits wurde vielfach davon ausgegangen, dass solche Veränderungen auch durch revolutionäre Umwälzungen in relativ kurzer Zeit erfolgen können. Die reale Erfahrung mit *revolutionären Umwälzungen* und den totalitären historischen Realsozialismen hat jedoch viele skeptisch gemacht, inwieweit dies eine adäquate Strategie darstellt, weshalb eine stückweise Transformation als besserer Weg erachtet wird, auch wenn eingeräumt wird, dass in der Vergangenheit größere Veränderungen in vielen Fällen gewaltförmig verlaufen sind. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass auch nicht-kapitalistische Produktionsweisen dazu tendieren, unterschiedliche Klassen zu schaffen.

Die Erfahrungen des *Realsozialismus*, beispielsweise in der Sowjetunion, belegen, dass auch nicht-kapitalistische Produktionsweisen alles andere als emanzipatorisch sein können. Auch wenn zumindest bis in die 1970er Jahre das Wachstum in diesen Planwirtschaften sogar höher war als in Westeuropa und die Verteilung deutlich gleicher, so kann dies nicht über die totalitären und repressiven Elemente der Regime hinwegtäuschen. Zur Analyse dieser realsozialistischen Produktionsweisen ist die Politische Ökonomie sehr hilfreich. Sie hilft, die Funktionsweise des Systems zu erklären und unterschiedliche (Klassen-)Interessen zu identifizieren und zu benennen: PlanerInnen, Staatsparteimitglieder und BetriebsführerInnen organisierten und kontrollierten die Produktion, ebenso die Reproduktion, sowie staatliche Institutionen bzw. den Überbau, das heißt die Ideologie, um das System zu stabilisieren. Die ArbeiterInnen hatten in diesen undemokratischen Modellen – auch wenn es zum Beispiel im jugoslawischen Realsozialismus zum Teil ein stärker partizipatives System gab – wenig Mitspracherechte und konnten damit ihre Interessen oder Entwicklungsvorstellung kaum einbringen. Aus diesen Erfahrungen wird die Wichtigkeit einer politökonomischen Perspektive deutlich, die einen kritischen Blick auf Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse auch für nicht-kapitalistische Entwicklungen ermöglicht. Ebenso wird durch die historische Analyse die zentrale Bedeutung von demokratischen Strukturen für emanzipatorische Entwicklungen unterstrichen (vgl. Becker 2007).

Konkrete Ziele innerhalb kapitalistischer Produktionsweisen

Eine humanere, solidarischere und egalitäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die kurz im Slogan vom „Guten Leben für alle“ oder einer „Vernünftigen Gesellschaft“ zusammengefasst werden kann, stellt ein abstraktes Ziel dar (vgl. auch Demirović 2005). Dies kann nur durch substanzielle Transformationen innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise und schlussendlich durch ihre Überwindung erreicht werden. Denn in politökonomischer Perspektive herrscht Skepsis bezüglich der Beherrschbarkeit des Kapitalismus als System bzw. der KapitalistInnen und der mit ihnen verbundenen Gruppen. Aufgrund der ihm inhärenten Dynamiken und Widersprüche scheint eine dauerhafte Reduktion der Ausbeutung schwierig. Überdies kommt es immer wieder zu Krisen mit entsprechend negativen Folgen. Ebenso scheint es schwierig, die expansive Logik des Kapitalismus und damit den Drang zu unbeschränkter Ressourcen(über)nutzung effektiv in die Schranken weisen zu können, womit die ökologische Tragfähigkeit dieser Produktionsweise untergraben wird. Dennoch herrscht im Rahmen der Politischen Ökonomie die Überzeugung, dass die Lebensrealität der Menschen innerhalb des Kapitalismus in positiver Hinsicht verändert werden kann. Dazu zählt etwa das Ziel einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen – auch in internationaler Dimension. Dies umfasst mittelbar auch die Frage, wer wie viele Ressourcen nutzen darf und wie und in welcher Form natürliche Ressourcen im Sinne einer Solidarität mit zukünftigen Generationen heute genutzt werden dürfen.

Im internationalen Kontext kann dies auch heißen, dass der Raum und die Ressourcen von traditionellen nicht-kapitalistischen Gesellschaften respektiert und nicht in den kapitalistischen Verwertungsprozess einbezogen werden. Die Durchsetzung von möglichst umfassenden sozialen Sicherungsmaßnahmen, etwa im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates, ist ebenso ein Anliegen wie eine Humanisierung der Arbeitsprozesse, eine Verankerung bzw. ein Ausbau der Mitbestimmung im Produktionsprozess sowie generell eine effektive Demokratisierung der Wirtschaftspolitik. Mit Letzterem soll die Einflussmöglichkeit seitens benachteiligter Gruppen auf gesellschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse erhöht werden. Dabei handelt es sich zuallererst um Anliegen, die insbesondere geeignet sind, die Lebenssituation von bislang ausgebeuteten und unterdrückten Klassen bzw. Klassenfraktionen zu verbessern. Diese Ziele werden auch im Bewusstsein argumentiert, dass es selbst für die bislang privilegierten Klassen langfristig humaner ist, in einer egalitären und solidarischeren Gesellschaft zu leben. Welche konkreten emanzipatorischen Ziele jeweils verfolgt werden (sollen), wird von der Politischen Ökonomie jedoch nicht vorgegeben. Vielmehr herrscht ein nicht-positivistisches Verständnis vor, das davon ausgeht, dass Menschen und Klassenfrak-

tionen im Sinne von Interessensgemeinschaften ihre Ziele im Rahmen von demokratischen und dialogischen Prozessen selbstbestimmt festlegen und auch zu deren Umsetzung beitragen sollen.

Alternativen in Form postkapitalistischer Produktionsweisen

Neben diesen konkreten und kurz bis- mittelfristig umsetzbaren Zugängen bzw. Strategien zur Verbesserung der Lebensrealität bislang benachteiligter Gruppen im Rahmen des kapitalistischen Systems gibt es in der Politischen Ökonomie auch konkrete Vorstellungen bzw. Utopien zu postkapitalistischen Produktionsweisen. Ein prominentes Beispiel dafür ist das von Michel Albert entwickelte PARECON, eine Abkürzung für *Participatory Economics* (vgl. Hahnel/Albert 1991). Dabei handelt es sich um ein durchdachtes Modell, das auf demokratischer Planung beruht und in dem für Probleme historischer planwirtschaftlicher Systeme, wie Totalitarismus und fehlende Demokratie, sowie fehlender Anreizstrukturen oder ungleicher Machtverhältnisse, die sich durch die Trennung von Hand- und Kopfarbeit ergeben, systematische Lösungen geboten werden.

Auch im Globalen Süden wurden in jüngerer Zeit alternative gesellschaftliche und wirtschaftliche Konzepte erarbeitet. Dazu gehören einerseits das Konzept des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, aber auch die Debatten rund um das „*Buen Vivir*“, das „gute Leben“, die in Lateinamerika entstanden und auch hierzulande diskutiert werden (vgl. Gudynas 2011). Insbesondere der letztere Debattenstrang weist deutlich über kapitalistische und sozialistische Alternativen hinaus. Radikal anarchistische Perspektiven sind vor dem Hintergrund politökonomischer Zugänge jedoch als konkrete Utopie kaum vorstellbar, da Produktion immer gesellschaftlich stattfindet und daher immer gesellschaftliche Prozesse der Entscheidungsfindung sowie Regelungen für Produktion und Reproduktion und auch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten erforderlich sein werden.

Generell weisen Vorstellungen über postkapitalistische Gesellschaften als konkrete Utopien über das Bestehende hinaus und können damit handlungsleitend werden. Utopien kommt damit dadurch, dass sie eine erstrebenswerte Richtung angeben, eine wichtige Rolle für emanzipatorische und demokratische Veränderungen zu (vgl. ausführlich Novy 2007: 143ff).

2.3.4 Methodologische Grundlagen und Zugänge

Aufgabe und Ziel der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen ist nicht nur, emanzipatorische Konzepte auf intellektueller Ebene zu entwickeln. Es geht darum, in Interaktion mit Menschen und Interessensgruppen bzw. Klassenfraktionen in die Praxis der Gestaltung und Veränderung der Welt

zu intervenieren, was unmittelbare Rückwirkungen auf die wissenschaftliche Arbeit hat. Diese Haltung unterstreicht auch Marx in seiner elften These über Feuerbach, wo es heißt, dass Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert hätten, es aber darauf ankomme, sie zu verändern. In politökonomischer Tradition wurde und wird daher häufig eigene konkrete politische Praxis mit wissenschaftlicher Forschung verbunden.

Basierend auf dem Kritischen Realismus nimmt eine entsprechende Methodologie eine zentrale Rolle im Erkenntnisprozess ein. Wie schon in Kapitel 1 ausgeführt, steht die Methodik der Abstraktion und Konkretion im Sinne eines *kausal-explanatorischen Vorgehens*, bei dem es darum geht, *generative Kräfte* und ihre Interdependenzen herauszuarbeiten, im Zentrum. Es gibt jedoch auch innerhalb des politökonomischen Paradigmas ForscherInnen, die sich nicht dieser Methodologie bedienen, sondern ein positivistisches Wissenschaftsverständnis haben (Harvey 2010: 13).

Im Anschluss an die allgemeine Darstellung der Methodik der Abstraktion und Konkretion wird auf eine spezifische Interpretation derselben als dialektische Methode eingegangen, wie sie sich in Grundzügen auch im Dialektischen Kritischen Realismus findet (vgl. Archer et al. 1998).

Methodik von Abstraktion und Konkretion

Da die Welt als eine komplexe in Veränderung befindliche Realität betrachtet wird, müssen Abstraktionen ständig entsprechend adaptiert und entwickelt werden, um Erkenntnisse über konkrete Realitäten zu gewinnen. Anstoß bzw. Ausgangspunkt der Analyse bildet dabei das Konkrete:

„Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und Vorstellung ist.“ (Marx 1971 [1857]: 632)

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung auf Basis der Methode der Abstraktion und Konkretion erfordert immer sowohl abstrakte theoretische als auch konkrete empirisch-historische Kenntnisse. Abstraktionen in Form von Begriffen können nicht als solche definiert werden, sondern erhalten ihre Bedeutung im Kontext der Konkretisierung und der spezifischen In-Beziehung-Setzung mit anderen Begriffen. Zur Analyse einer spezifischen historischen Situation reicht es damit nicht, feststehende Kategorien mit Inhalten zu füllen, sondern es bedarf einer analytischen Anstrengung, die eine Rekonfiguration der (mittleren) Abstraktionen impliziert (vgl. Heinrich 2011: 66). Damit kann von einem *kumulativ-zirkulären Forschungsprogramm* gesprochen werden. Die Erkenntnis wird spiralförmig entwickelt. Das Konkrete ist zwar das Ergebnis von vielfäl-

tigen Ursachenketten, bildet jedoch auch den Ausgangspunkt der Analyse. Ein konkreter Tatbestand – oder auch quantitative Daten – sprechen jedoch nicht für sich allein. Vielmehr müssen diese in einer bestimmten Perspektive, das heißt, mit einem abstrakten Instrumentarium, wahrgenommen, geordnet und strukturiert werden. Dabei wird auf vorhandene Abstraktionen zurückgegriffen bzw. diese werden modifiziert.

Es gibt *Abstraktionen auf unterschiedlichem Abstraktionsgrad* (vgl. Sayer 1992: 140ff). Während die Produktionsweise ein Konzept auf sehr hohem Abstraktionsniveau darstellt, kann eine spezifische kapitalistische Regulationsweise als Konzept auf geringerer Abstraktionsebene verstanden werden. Das Lohnverhältnis stellt eine noch spezifischere Abstraktion dar (zu den Begrifflichkeiten siehe Kapitel 4.3). Ein konkreter Lohnverhandlungsprozess zwischen GewerkschafterInnen und UnternehmensvertreterInnen kann beispielsweise als Ereignis bzw. als konkreter Ausgangspunkt der Analyse betrachtet werden (siehe Abbildung 2.3-c).

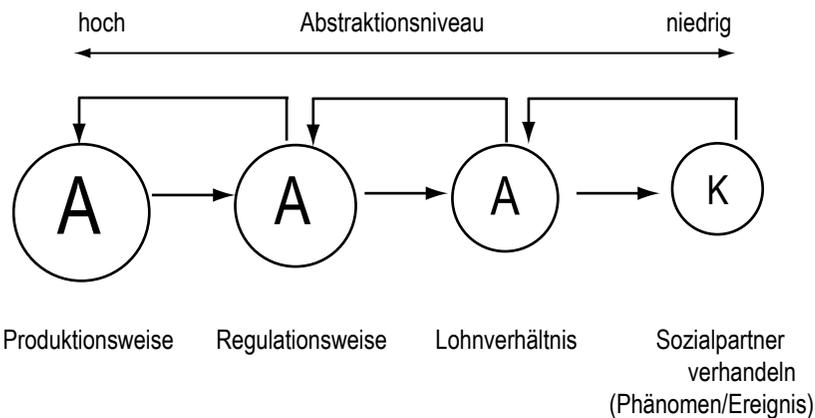


Abbildung 2.3-c: Dialektik von Abstraktion und Konkretion am Beispiel zentraler politökonomischer Abstraktionen (bzw. Konkretisierungen)

Quelle: Eigene Darstellung

Im Zuge der Dialektik von Abstraktion und Konkretion werden immer weitere Elemente, wie die Frage der Geschlechterverhältnisse, des spezifischen ökonomischen Kontextes und deren Implikation, die für die Klärung des Konkreten als wichtig erachtet werden, einbezogen. Dabei kann auf Konzeptualisierungen und Erkenntnisse aus anderen wissenschaftlichen Bereichen und Disziplinen zurückgegriffen werden, wie es etwa im Begriff *Cultural Political Economy* deutlich wird (vgl. Jessop/Sum 2001).

Die Analyse des Konkreten gibt aber auch Aufschluss über die abstrakteren Grundstrukturen, etwa die Produktionsweise (vgl. Novy 2007: 25ff). Die in der Politischen Ökonomie vorhandenen *Abstraktionen auf hoher Abstraktionsebene* – wie Produktionsweise, Klasse etc. (siehe oben) – versuchen, die Grundzusammenhänge im „idealen Durchschnitt des Kapitalismus“ (Heinrich 2011: 65f) zu erklären. Aufbauend auf diesen abstrakten politökonomischen Kategorien können spezifische historische gesellschaftliche Verhältnisse untersucht werden. Quasi als Bindeglied zwischen den abstrakten politökonomischen Konzepten kann zur Analyse konkreterer Phänomene auf jeweils *passende konkretere Abstraktionen* zurückgegriffen werden. Diese liegen etwa in Form von konkreteren politökonomischen Zugängen wie der Regulationstheorie, der neo-gramscianischen Perspektive etc. vor und können bzw. müssen entsprechend dem Erkenntnisinteresse modifiziert und kombiniert werden.

Der Begriff Theorie wird dabei, wie im Kritischen Rationalismus üblich, nicht als rein logische Struktur verstanden, die auf Annahmen aufbaut und bei der aus abstrakten Kategorien gesetzmäßige Aussagen abgeleitet werden. Vielmehr wird der Theoriebegriff breiter verwendet, und zwar dahingehend, dass unterschiedliche Abstraktionen auf eine jeweils spezifische Art und Weise verknüpft werden. Damit findet sich auch hier die Methodik von Abstraktion und Konkretion wieder. Es gibt daher zum Beispiel nicht so etwas wie abstrakte Arbeit, die für sich allein außerhalb der konkreten Produktion erfasst werden kann. Ebenso ist die konkrete Arbeit etwas, das von zahlreichen unterschiedlichen Determinanten bestimmt wird, sodass sie keinesfalls allein auf eine Abstraktion zurückgeführt werden kann (vgl. Harvey 2006: 76f).

In der Politischen Ökonomie versucht man überdies, dem *Struktur-Handlungs-Problem* produktiv nachzugehen. Gemeint ist hier die Frage, wie individuelles Handeln mit der Entwicklung von gesellschaftlichen Strukturen verknüpft ist und wie diese wiederum mit individuellem Handeln. Die Methodologie ermöglicht es, mechanistische und reduktionistische Herangehensweisen an dieses Verhältnis zu vermeiden und es entsprechend in einem offenen Prozess zu erfassen. Aufbauend auf einer kritisch-realistischen Herangehensweise wird in der Politischen Ökonomie versucht, im Prozess der Konkretion und Abstraktion sowohl struktur- als auch handlungstheoretische Dimensionen zu berücksichtigen. Dies kann heißen, dass einerseits die aus dem Akkumulationsimperativ abgeleiteten strukturellen Entwicklungen analysiert werden, gleichzeitig diese jedoch mit handlungsorientierten Abstraktionen – der subjektiven Bedeutungsgebung bzw. strategischen Momenten – für die Analyse von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verknüpft werden, ohne jeweils die Erklärung auf eine Dimension zu reduzieren.

Die *dialektische Methodologie* als spezifische Form der Analyse wurde in der Politischen Ökonomie ursprünglich von Karl Marx eingeführt. Er übernahm sie von Georg W. F. Hegel, jedoch nicht dessen philosophischen Idealismus, also die Vorstellung, dass die Welt primär aus den Gedanken bzw. Ideen der Menschen zu erklären ist (eine Vorstellung, die heute in vielen konstruktivistischen Zugängen im Zentrum steht). Im Gegensatz dazu schlug Marx den philosophischen Materialismus als Ausgangspunkt der Analyse vor, er setzte also bei der Materialität des Seins bzw. den konkreten Produktions- und Lebensbedingungen an. Der im Zuge der Dialektik häufig genannte Dreischritt von These-Antithese-Synthese (vgl. Kromphardt 1987: 125ff) greift zu kurz, um das Wesen der dialektischen Methodologie zu fassen. David Harvey (1996: 48) weist darauf hin, dass Marx aus einem guten Grund nie detailliert über die konkrete Methodologie des dialektischen Vorgehens geschrieben hat. Sie könne nur dadurch verstanden werden, indem das praktische Vorgehen von Marx analysiert werde. Die Methode stellt in dieser Sichtweise kein gegebenes „Ding“ dar, sondern einen Prozess. Die Frage, was eine dialektische Form der Argumentation konstituiert, ist eine Diskussion darüber, wie wir von Phänomenen des Alltagslebens abstrahieren sollen. Bei der Präzisierung der Methodologie wird daher gefragt, wie solche Abstraktionen formuliert werden können. Vielfach wird bereits die Frage danach, wie die Welt beschaffen sei, also die Frage nach der Ontologie, damit beantwortet, dass diese dialektisch konstituiert sei. Auch für den Fall, dass von einer nicht-dialektischen Ontologie ausgegangen würde, wird jedoch argumentiert, dass für den Erkenntnisgewinn dennoch die dialektische Methodologie zielführend ist. Im Zuge der dialektischen Methodologie wird versucht, die Spaltung des Einheitlichen zu erkennen und es in seine widersprüchlichen Bestandteile zu zerlegen. Dabei wird insbesondere auf die Analyse von Relationen abgestellt: „Dialectics restructures our thinking about reality by replacing the common sense notion of ‚thing‘, as something that has a history and has external connection with other things, with notions of ‚process‘, which contains its history and possible futures, and ‚relation‘, which contains as part of what it is its ties with other relations“ (Ollman 1993: 11).

Anstatt auf statische Mechanismen zu fokussieren, steht die Analyse von nicht-linearen Dynamiken im Vordergrund, wodurch Prozesse ins Zentrum des Interesses rücken. Die Bedeutung des *Prozessbegriffes* unterscheidet sich hier deutlich von dessen Verwendung beispielsweise in der Betriebswirtschaft. In Letzterer wird darunter ein standardisierter Ablauf, der sich in Betrieben regelmäßig wiederholt, zum Beispiel der Bestellvorgang, verstanden. In der Politischen Ökonomie bezieht sich der Begriff jedoch auf eine komplexe Struktur von (dialektischen) Relationen, die sich nicht linear, aber dennoch

systematisch und dynamisch verändern. Überdies gibt es innerhalb der dialektischen Methodologie zahlreiche Differenzierungen (vgl. ausführlich Harvey 1996: 49ff).

Erkenntnisinteresse und Methodologie

Für „große“ Fragen nach ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung und globaler Ungleichheit eignet sich diese methodologische Vorgangsweise in Kombination mit den konkreten konzeptionellen Zugängen in politökonomischer Tradition besonders, da sie den breiten gesellschaftlichen Kontext systematisch berücksichtigt und in seiner historischen Entstehung analysiert. Diese großen Fragen stehen tatsächlich im Zentrum des Forschungsinteresses dieser Tradition. Der Akt der wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird dabei als Element eines gesellschaftlichen Prozesses begriffen. Dabei handelt es sich im Idealfall um einen höchst reflexiven Prozess, wobei das Erkenntnisinteresse und die damit verbundenen potenziellen Implikationen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen (wem kann diese oder jene Form des Wissens wie schaden oder nützen?) oder gesellschaftliche Entwicklungen wichtige Bezugspunkte bilden. Politökonomische Forschung kann ausgehend von spezifischen Gruppen bzw. AkteurInnen und deren Interessen erfolgen bzw. auf diese bezogen sein. Diese Vorgangsweise wird heute in der Regel auch im Zuge transdisziplinärer Forschung eingefordert (vgl. Novy/Beinstein 2009). Überdies impliziert diese konkrete Forschung eine Weiterentwicklung der Konzepte und Begriffe auf höheren Abstraktionsebenen und schafft damit die Basis für ein differenzierteres Verständnis anderer konkreter Phänomene.

Das methodologische Vorgehen, wie es Marx (1971 [1857]: 631ff) unter dem Titel der Methode der Politischen Ökonomie zusammengefasst hat, mag folgendes Beispiel nochmals verdeutlichen: Die konkrete Erfahrung mit Armut in der Peripherie oder Arbeitslosigkeit im Zuge einer Finanzkrise kann Anlass sein, sich mit den Ursachen und Hintergründen auseinanderzusetzen. In politökonomischer Herangehensweise wird dabei versucht, ausgehend von abstrakten Konzepten zunächst die Produktionsweise, das heißt, die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen, zu erfassen. Zurückgreifend auf konkretere Abstraktionen, wie sie etwa innerhalb der Regulationstheorie erarbeitet wurden, kann versucht werden, die Ursachen des fehlenden Wachstums zu ergründen. Dies erfolgt im Zuge einer konkreten Analyse, bei der auf Daten, wie etwa die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, Daten zur Wirtschaftsstruktur, der Verteilung, auf Informationen zu Regulierungen und zu Wirtschaftspolitik, sowie die Bestimmungsgründe und Interessen hinter bestimmten Strukturen etc. zurückgegriffen wird. Werden dabei quantitative

Daten verwendet, so wird bewusst reflektiert, dass diese Zahlen auf bestimmten theoretischen Vorstellungen, also auf früheren Abstraktionen, basieren. Diese werden dann wieder mit ähnlichen Phänomenen in Bezug gesetzt und entsprechend adäquate Abstraktionen verwendet, um zentralen ursächlichen Zusammenhängen auf die Spur zu kommen. Mit jedem Durchlauf von Abstraktem zu Konkretem und von Konkretem zu Abstraktem wird die Perspektive modifiziert und präzisiert.

Zusammenfassung

Das Verständnis von Ökonomie als gesellschaftlichem Transformationsprozess von Natur durch Arbeit steht im Zentrum des politökonomischen Paradigmas. Wichtige Begriffe auf hoher Abstraktionsebene sind dabei die *Produktionsweise*, die *Produktivkräfte* und die *Produktionsverhältnisse*. Als generelles Merkmal kapitalistischer Produktionsweisen wird festgehalten, dass sich diese aufgrund des *Akkumulationsimperativs* historisch vergleichsweise sehr dynamisch entwickeln.

Zur Analyse der aktuellen Entwicklungen und konkreter Fragen in politökonomischer Perspektive, wie etwa zu den Ursachen der Krise oder

REFLEXIONSFRAGEN

Was sind die zentralen abstrakten Kategorien in der Politischen Ökonomie und wie sind diese miteinander verknüpft?

Welche zentralen Abstraktionen gibt es zur Analyse kapitalistischer Produktionsweisen und wie sind diese zu verstehen?

Welche Bedeutung kommt der Methodik von Abstraktion und Konkretion zu?

Welches Erkenntnisinteresse und welche Zielsetzungen verfolgt die Politische Ökonomie?

der Form der Bankenrettung, der Persistenz von Armut in einem Entwicklungsland, der sich vergrößernden Ungleichheit, der Aneignung und Umverteilung von Rohstoffrenten in der Peripherie, der Auslagerung von Produktionskapazitäten etc., bedarf es nicht nur der Kategorien auf höchster Abstraktionsebene, sondern deren Spezifizierung auf niedrigerer Abstraktionsebene im Rahmen der kritisch-realistischen Methodologie. Die Analyse eines spezifischen Phänomens beginnt in der Politischen Ökonomie dabei nicht notwendigerweise bei den Kategorien auf höchster Abstraktions-

ebene. Für die Bearbeitung konkreter Fragestellungen kann in der Regel auf bereits vorhandene Konkretisierungen, das heißt, Abstraktionen auf geringerem Abstraktionsgrad, zurückgegriffen werden, welche zu ähnlich gelagerten Fragen entwickelt wurden. Die Kategorien können dann im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem konkreten Phänomen adaptiert werden.

Trotz des Interesses am Konkreten liegt es im Kern der Methode, nicht isoliert vorzugehen, sondern über (höhere) Abstraktionen Verknüpfungen vorzunehmen, weil gerade der „Blick aufs Ganze“ auf hoher Abstraktionsebene das Spezifische der politökonomischen Zugangsweise ausmacht, geht es ihr doch darum, der gesellschaftlichen Dimension Rechnung zu tragen. Es ist daher wenig zielführend, auf rein abstrakter Ebene für oder gegen die eine oder die andere politökonomische theoretische Konkretisierung zu argumentieren. Vielmehr muss bezogen auf die konkreten analysierten Phänomene, Fragen und die dahinterliegenden emanzipatorischen Erkenntnisinteressen und Ziele entsprechend ein Zugang gewählt und in der Regel am Konkreten weiter entwickelt werden. Solche Konzeptualisierungen bzw. Theorien auf mittlerer Abstraktionsebene liegen für unterschiedliche Aspekte der Analyse von (kapitalistischen) Produktionsweisen vor, wobei hier theoretische Schwerpunktsetzungen, etwa bezogen auf die Frage des Umgangs mit der Struktur- und Handlungsdimension gesellschaftlicher Realität, vorgenommen werden. Weiterentwicklungen und Konkretisierungen gibt es zu Fragen der Rolle des Staates, des Wachstums und der Krise, hier ist allen voran die Regulations- theorie zu nennen, aber auch konkretere politökonomische Theorien zu Ungleichheit und Verteilung sowie zur Rolle des Geldes und zur geographisch ungleichen Entwicklung im Kapitalismus. Eine spezifischere Diskussion im Hinblick auf konkretere Aspekte dieser Fragen wird in diesem Buch im Rahmen gesonderter Kapitel dargelegt.

Literatur

- Archer, Margaret/Bhaskar, Roy/Collier, Andrew/Lawson, Tony/Norrie, Alan (1998): *Critical Realism. Essential Readings*. London: Routledge.
- Becker, Joachim (2007): Variationen staatssozialistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim/ Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): *Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat*. Wien: Mandelbaum, 280-299.
- Becker, Joachim (2011): Klassen und Politik in der Peripherie. In: Atac, Ilker/Kraler, Albert/ Ziai, Aram (Hg.): *Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung*. Wien: Mandelbaum, 153-168.
- BEIGEWUM (2002): *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen*. Hamburg: VSA.
- Bowles, Samuel/Edwards, Richard/Roosevelt, Frank (2005): *Understanding Capitalism. Competition, Command and Change*. Oxford: Oxford University Press.
- Browning, Gary/Kilmister, Andrew (2006): *Critical and Post-Critical Political Economy*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Bruff, Ian (2011): What about the Elephant in the Room? Varieties of Capitalism, Varieties in Capitalism. In: *New Political Economy* 16 (4), 481-500.
- Cowen, Michael P./Shenton, Robert W. (1996): *Doctrines of Development*. London: Routledge.

- Cox, Robert (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*. New York: Columbia University Press.
- Davis, Mike (2007): *Planet of Slums*. London: Verso.
- Demirović, Alex (2005): Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 35 (4), 479-496.
- Gudynas, Eduardo (2011): Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen. In: *Emanzipation* 1 (1), 34-50.
- Hahnel, Robin/Albert, Michael (1991): *Political Economy of Participatory Economics*. Princeton: Princeton University Press.
- Harrod, Jeffrey (2006): The Global Poor and Global Politics: Neomaterialism and the Sources of Political Action. In: Davies, Matt/Ryner, J. Magnus (Hg.): *Poverty and the Production of World Politics. Unprotected Workers in the Global Political Economy*. Houndmills: Palgrave, 38-61.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature & the Geography of Difference*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (2006): *Spaces of Global Capitalism. Towards a Theory of Uneven Geographical Development*. London: Verso.
- Harvey, David (2010): *A Companion to Marx's Capital*. London: Verso.
- Heinrich, Michael (2005): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling.
- Heinrich, Michael (2011): Das analytische Potenzial der Marxschen Theorie angesichts der Krise. In: Scherrer, Christoph/Dürmeier, Thomas/Overwien, Bernd (Hg.): *Perspektiven auf die Finanzkrise*. Opladen: Budrich, 50-69.
- Hirsch, Joachim (1990): *Kapitalismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2001): Pre-Disciplinary and Post-Disciplinary Perspectives in Political Economy. In: *New Political Economy* 6 (1), 89-101.
- Kalecki, Michal (1943): Political Aspects of Full Employment. In: *Political Quarterly* 14, 322-331.
- Kromphardt, Jürgen (1987): *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*. Göttingen: UTB Vandenhoeck.
- Lévi-Strauss, Claude (1978): *Traurige Tropen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl (1971 [1857]): *Einleitung [Zur Kritik der politischen Ökonomie]*. MEW, Band 13. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1972 [1852]): *Der achzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. MEW, Band 8. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1983 [1867]): *Das Kapital. Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. MEW, Band 23. Berlin: Dietz.
- Novy, Andreas (2007): *Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/Südwind.
- Novy, Andreas/Beinstein, Barbara (2009): *Transdisciplinarity and Social Innovation Research*. SRE-Discussion Paper 2009/01. Wien: Wirtschaftsuniversität.
- Ollman, Bertell (1993): *Dialectical Investigations*. London: Routledge.
- Pirker, Reinhard/Stockhammer, Engelbert (2009): Die Marxsche Ökonomie: Von Marx zu aktuellen Debatten. In: Becker, Joachim/Grisold, Andrea/Mikl-Horke, Gertraude/Pirker, Reinhard/Rauchenschwandtner, Hermann/Schwank, Oliver/Springler, Elisabeth/Stockhammer, Engelbert (Hg.): *Heterodoxe Ökonomie*. Marburg: Metropolis, 55-88.
- Sayer, Andrew (1992): *Method in Social Science. A Realist Approach*. London: Routledge.

- Sayer, Andrew (2005): *The Moral Significance of Class*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schwandt, Michael (2010): *Kritische Theorie. Eine Einführung*. Stuttgart: Schmetterling.
- Thien, Hans-Günter (Hg., 2010): *Klassen im Postfordismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Smith, Adam (1991 [1776]): *Wealth of Nations*. Amherst: Prometheus Books.

ÜBERGREIFENDE REFLEXIONSFRAGEN ZU KAPITEL 2

Worin unterscheiden sich Annahmen/Grundstrukturen der drei großen Paradigmen?

Wo gibt es Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Paradigmen bezogen auf Reichweite des Ökonomiebegriffs?

Inwieweit sind unterschiedliche wissenschaftstheoretische Grundlagen für die Methodologie und Erkenntnisstruktur innerhalb einzelner Paradigmen relevant?

Was spricht für/gegen einzelne Paradigmen?

Welche gesellschaftlichen Gruppen/Interessen/Sichtweisen werden tendenziell durch welche Paradigmen bevorzugt?